

# PROTOKOLL

über die 35. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 6. Juli 1995, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

ÖFFENTLICHE SITZUNG

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr, Anna Jeloucan, Dipl.-Ing. Frank Mundorff

VIZEBÜRGERMEISTER:

Helmut Oberreiter, Friederike Mach, Walter Oppl, Dr. Leopold Pfeil, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps, Edith Radmoser

STADTRÄTE:

Franz Rohrauer

Roman Eichhübl, Hermann Rupprechter, Karl Holub, Dr. Tilman Schwager, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Straßer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Strobl, Leopold Tatzreiter, Marco Vanek, Dkfm. Mag. Helmut Zagler, Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE: VOM AMT:

Kurt Apfelthaler, MD Dr. Kurt Schmidl, Hermann Bachner, SR Dr. Gerhard Alphasamer, Felicitas Bauer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Josef Brandstötter, SR Dr. Franz Starzengruber, Ulrike Fuchs, Gerald Hackl, Günter Fürweger, Walter Gabath

PROTOKOLLFÜHRER:

Hans-Dieter Götz, OAR. Anton Obrist

Engelbert Huber, Gabriele Angerbauer

## T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer.
2. Behandlung von allfälligen Fragen
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

## Kennntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

keine vorhanden

## V e r h a n d l u n g s g e g e n s t ä n d e

**BERICHTERSTATTER      BÜRGERMEISTER      HERMANN  
LEITHENMAYR:**

- 1) Präs-300/95 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an OStR. Prof. Mag. Heribert Mader.
- 2) Präs-355/95 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyran Herrn Pfarrer Dr. Alexander Kronsteiner.
- 3) Präs-301/95 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Vizebürgermeister a. d. Erich Sablik.
- 4) Präs-302/95 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyran Stadträtin a. D. Ingrid Ehrenhuber.
- 5) Präs-383/95 Antrag von GR Spöck gem. § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr i. V. mit § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr betreffend sofortige Einstellung der

Kostenübernahme für Fernmelde-Privatanschlüsse von politischen Mandataren durch die Stadt.

## **BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

6) Kdg-4/94 Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr an den OÖ. Landtag hinsichtlich der Übernahme von 50 % der nicht gedeckten Kosten für Kindergärten, Tagesstätten und Horte.

7) Ha-7442/87 Einrichtung eines Notarzwagens in Steyr; Beitrag zu den Kosten der Notfallsanitäter im Jahre 1995.

8) Ha-2517/91 Verein „Frauen für Frauen“; Subvention für das Jahr 1995.

9) Fin-67/95 Verein „Pro mente infirmis“; ATRIUM Steyr; Subvention 1995.

10) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst; neuer Vertragsabschluß mit dem Roten Kreuz.

## **BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:**

11) Fin-131/95 Mauthausen Gedenkstein; Förderung.

## **BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:**

12) K-1/95 Maßnahmen zur Ortsbildpflege 1995 - 1. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

## **BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:**

13) GemKan-102/94 Kanalanschlußgebührenordnung; Novellierung.

14) BauStr-682/93 Belagsarbeiten auf der 1348 Saaßer Bezirksstraße, km 9.000 - km 9.625 (Bereich Quenghof); Vergabe der Arbeiten.

15) BauStr-714/94 Belagsarbeiten auf der B 115 (Eisenbundesstraße) km 18.665 - km 19.085.

16) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor, 3. Bauabschnitt 1994/95; Mittelfreigabe.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

17) ÖAG-45/95 Verkauf des Grundstückes 1157, KG Mitterdietach, an die Gemeinde Dietach.

18) Ha-5369/92 Wohnungsanlagen GesmbH Linz, Bauvorhaben Steyr IX, Zahlung des Annuitätenzuschusses, zweite Rate 1995.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

19) Fin-180/94 Rechnungsabschluß 1994.

20) Präs-11/94 Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinarbehörden.

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Vertreter der Presse! Ich eröffne die zweite Sitzung des Gemeinderates am heutigen Tage, stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Ich stelle weiters fest, daß die Protokollprüfer - wie ich annehme - dieselben sein sollen, wie bei der vorhergehenden Sitzung, weil mir keine anderen gemeldet wurden. Es würde sich aus ökonomischen Gründen anbieten. Wenn ich mich richtig erinnere, ist das der Kollege Straßer und der Kollege Fürweger. Nehmen die beiden Herren das wiederum an? Ich danke herzlich. Entschuldigt haben sich die Kollegen Klaus Jansky, Engelbert Lengauer, Wilhelm Spöck, Richard Gollatsch und Frau Brigitte Lohnecker. Zu Punkt 2) Behandlung von allfälligen Anfragen: Ich darf mitteilen, daß die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion mit Datum vom 24. 5. 1995 folgende Anfrage an mich gerichtet hat. Sie lautet:

„Gemäß § 10 der Geschäftsordnung der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgende schriftliche Anfrage an Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Die Stabsstelle für Controlling wurde im Jahr 1993 geschaffen. Diese Stelle wurde nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern es wurde der ehemalige Bürgermeistersekretär, Mag. Augustin Zineder, mit diesem A-VII-Posten betraut.

Eine Dienstpostenbeschreibung wurde erst im Februar 1995 erstellt. Der Stelleninhaber hatte für die Stabsstelle Controlling keinerlei Aus- oder Vorbildung für diese Tätigkeit mitgebracht. Aus diesem Grund wurde er laufend auf Kurse und Seminare auf Kosten des Magistrates und somit des Steuerzahlers während der Dienstzeit geschickt. Seit Beginn dieses Jahres hat Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil den Herrn Magistratsdirektor mehrfach auf die Unzukömmlichkeiten im Bereich der Stabsstelle Controlling hingewiesen. Es folgten jedoch keine Konsequenzen hieraus. Aus diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen an Sie:

Wann hat Herr Mag. Augustin Zineder den Dienstposten Stabsstelle Controlling angetreten?

Welche Anzahl von Seminaren und Kursen hat Herr Mag. Zineder auf Kosten des Magistrates besucht bzw. wurden vereinbart, bezahlt und nicht besucht?

Welche Gesamtkosten resultieren aus diesem Titel?

Ist daran gedacht, diese Kosten auf dem Regreßweg zurückzufordern?

Welchen Tätigkeitsbericht gibt es über die Stabsstelle Controlling?

Welcher Verlust ist durch die monatelange Absenz durch Mag. Zineder eingetreten bzw. wer vertritt ihn während seiner Abwesenheit?

Um Beantwortung oben genannter Fragen in der nächsten Gemeinderatssitzung wird gebeten.“

Vor Beantwortung der gegenständlichen Anfrage des Herrn Vizebürgermeisters Dr. Pfeil vom 24. 5. 1995 im Zusammenhang mit Herrn Mag. Augustin Zineder und der Stabsstelle für Controlling will ich zunächst zwei Dinge klarstellen:

Sie haben nicht mehrmals, wie sie behaupten, sondern lediglich einmal, und zwar am 17. April 1995, den Herrn Magistratsdirektor auf Unzukömmlichkeiten im Bereich der Stabsstelle Controlling hingewiesen. Die dabei aufgestellte Behauptung, Herr Mag. Zineder hätte eine Kulturveranstaltung besucht, wurde sofort überprüft und stellte sich als völlig haltlos heraus. Im übrigen ist es bei einem „Krankenstand mit Ausgang“ nicht verboten, spazieren zu gehen.

Für die Einrichtung einer Controlling-Stelle in einem Unternehmen gibt es grundsätzlich zwei Möglichkeiten: a) Einen ausgebildeten Betriebswirt aufzunehmen, der im zweiten Studienabschnitt als spezielle Betriebswirtschaft Controlling gewählt hat. b) Einen internen Mitarbeiter durch eine spezielle fundierte Ausbildung zum Controller auszubilden. Nachdem Betriebswirte mit der speziellen Controlling-Ausbildung auch in der Privatwirtschaft gesucht sind, die Privatwirtschaft wesentlich mehr bezahlt, als es ein öffentliches Unternehmen kann, blieb für den Magistrat nur die zweite Variante als Möglichkeit übrig.

Zu den Anfragen kann ich folgendes berichten:

Herr Mag. Augustin Zineder hat den Dienstposten Stabsstelle Controlling mit Installierung dieser Stabsstelle, somit am 10. 2. 1994 angetreten. Herr Mag. Zineder hat die Ausbildung zum Controller beim österreichischen Controllerinstitut an der Wirtschaftsuniversität Wien, deren Geschäftsführer Herr Univ.-Prof. Dr. Rolf Eschenbach ist, absolviert. Diese außeruniversitäre Ausbildung an der Wirtschaftsuniversität Wien ist einer Ausbildung im Rahmen des Betriebswirtschaftsstudiums zumindest adäquat, wenn nicht höher zu bewerten. Die Ausbildungskosten für die Erreichung des Controller-Diploms betragen S 70.800,--. Hinzu kamen 6 Einzelseminare, die von Herrn Mag. Zineder besucht wurden. Kein einziges Seminar wurde bezahlt und nicht besucht. Hinsichtlich der Rückforderung der entstandenen Kosten im Regreßweg ist mit Herrn Mag. Zineder keine Vereinbarung abgeschlossen worden. Eine solche ist bisher nicht üblich gewesen. Die Stabsstelle Controlling hat im letzten Jahr eine Vielzahl von Einzelaufgaben erledigt, so z. B. die Grundlagenermittlung für die Errichtung einer neuen Volksschule im Stadtteil Resthof, die Aufarbeitung der Kostensituation bzw. Kostenanalyse im Bereich der Volkshochschulkurse sowie eine Kostenzusammenstellung im Bereich der Kindergärten. Weiters war Herr Mag. Zineder Projektleiter für die Grundlagenarbeit für die Errichtung eines neuen Altenheimes im Stadtteil Münichholz. Im Zuge seiner Koordinationstätigkeiten war er bei Verhandlungen des Bundes und des Landes, an denen die Stadt beteiligt war, juristisch tätig und hat Verträge mit dem RHV über Grundstückstransaktionen und Servitutsrechte fertiggestellt. Während des Krankenstandes von Herrn Mag. Zineder werden seine Koordinationsaufgaben von Herrn Mag. Pöchlhammer miterledigt. Hinsichtlich seiner Controlling-Aufgaben gibt es keine Stellvertretung.

Nun zu den Mitteilungen des Bürgermeisters, Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr.

## VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Zusatzfrage bitte, Herr Bürgermeister. Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe eines Controllers, Koordinationstätigkeiten zu machen in bezug auf Altenheime, Kindergärten, Resthof usw. Das steht auch nicht in seiner Arbeitsplatzbeschreibung, in der Dienstpostenbeschreibung. Ich erlaube mir deshalb, weil ich anderer Meinung bin, auch ... - ich habe öfters beim Herrn Magistratsdirektor vorgesprochen. Ich bin auch der Meinung, daß Kurse für Herrn Mag. Zineder belegt und bezahlt worden sind, die dann nicht von ihm besucht worden sind. Ich erlaube mir, folgende Zusatzfrage zu stellen: Übernehmen sie die politische Verantwortung dafür? Sie sind für den Herrn Magistratsdirektor verantwortlich. Der Magistratsdirektor hat immer behauptet, es ist alles in Ordnung bezüglich Mag. Zineder. Wir haben von Anfang an gesagt, das ist ein ungeeigneter Mann für diesen Posten. Es gehört der Posten ausgeschrieben, der Posten gehört bewertet, und dann wird man den besten Mann für diesen Posten einstellen. Übernehmen sie die politische Verantwortung? Welche dienstrechtlichen Konsequenzen gibt es gegenüber dem Herrn Magistratsdirektor?

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die politische Verantwortung werde ich wohl - wie für alle anderen Dinge - auch in diesem Fall übernehmen müssen. Ich bin darüber informiert, daß die Dinge so sind, wie ich sie vorgetragen habe. Ich bin natürlich nicht mit dem Herrn Mag. Zineder auf diese Ausbildungsseminare mitgefahren. Aber es ist mir versichert worden, es ist überprüft worden, daß er alle diese Fortbildungsveranstaltungen besucht hat und auch ein Zertifikat vorgelegt hat über die erfolgreiche Abschlußprüfung an diesem Controllerinstitut. Gegenüber dem Herrn Magistratsdirektor eine dienstrechtliche Folgerung vorzunehmen, dazu sehe ich keine Veranlassung aus dem heraus, was sie gesagt bzw. gefragt haben. Zur Arbeitsmarktlage im Bezirk Steyr darf ich die erfreuliche Mitteilung machen, daß sich gegenüber dem Vorjahr die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 12,1 Prozent reduziert hat. Die Arbeitslosenquote beträgt Ende Mai allerdings noch immer 6,8 Prozent. Das ist die niedrigste Arbeitslosenrate seit Juli 1992.

Bezüglich der Entwicklung am Lehrstellenmarkt ist eine erfreuliche Entwicklung feststellbar. Den 191 Lehrstellensuchenden stehen 225 gemeldete offene Lehrstellen gegenüber.

In Bezug auf eine weitere, wichtige Aktivität, nämlich ein eigenes EU-Regionalmanagement in Steyr zu installieren, darf ich folgendes berichten: Die Regionalplattform Steyr - Kirchdorf, der die Bezirkshauptleute, die Abgeordneten zum Nationalrat und OÖ. Landtag, die Vertreter der Sozialpartner sowie die Sprecher der Bürgermeisterkonferenz der Region angehören, hat sich mit Landeshauptmann-Stellvertreter Wirtschaftsreferent Dr. Christoph Leitl geeinigt, ein eigenes Regionalmanagementbüro in Steyr einzurichten. Das neue Regionalmanagement wird als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle für sämtliche EU-Förderungen, die im Rahmen des für den politischen Bezirk Steyr-Stadt gültigen Ziel-2-Gebietes möglich sind, fungieren. Weiters werden Förderungsprojekte aktiv begleitet und deren Umsetzung forciert. Ein zweites EU-Regionalmanagement wird in Steinbach an der Steyr installiert, das sich gezielt um Förderungen im Rahmen des für die Bezirke Steyr-Land teilweise und Kirchdorf gültigen Ziel-5b-Gebietes kümmern wird. Die Finanzierung der beiden Regionalmanagements erfolgt durch die EU, durch Bund, Land und die Region.

Im Zusammenhang mit diesem Management und Förderungen aus Brüssel, aus der EU, darf ich ihnen mitteilen, daß die Endverhandlungen mit der europäischen Kommission über sämtliche nationalen Ziel-2-Gebiete in Österreich und deren Förderprojekte, die vom 28. - 29. Juni in Steyr stattfanden, positive Ergebnisse gebracht haben. So wurden der weitere Ausbau des Forschungs- und Ausbildungszentrums für Arbeit und Technik sowie der Auf- und Ausbau des Forschungsinstitutes VPTÖ, Standort Steyr, das mit einer Investitionssumme von rund 173 Millionen Schilling das summenmäßig größte Einzelbürgerprojekt darstellt, erzielt. Sowohl inhaltlich als auch in bezug auf

die Finanzierung und Förderschlüssel wurde das, was vorgelegt wurde, akzeptiert. Das bedeutet, daß dieses für die Stadt und die gesamte Region so bedeutende Projekt in der vorgesehenen Form im Herbst dem EU-Parlament zur endgültigen Beschlußfassung vorgelegt werden wird. Der Finanzierungsschlüssel sieht für den mit rund 63 Millionen Schilling veranschlagten Ausbau des FAZAT Förderungen der EU, des Verkehrsministeriums und des Landes in Höhe von jeweils 15,75 Millionen Schilling vor. Knapp 14 Millionen Schilling hat die Stadt Steyr zu zahlen, rund 2 Millionen Schilling der Verein FAZAT selbst. Parallel mit der Ausbaustufe FAZAT 3 wird mit einem Gesamtaufwand von rund 110 Millionen Schilling das Forschungsinstitut VPTÖ realisiert. Für dieses in Österreich einzig-artige Forschungsprojekt sieht die EU-Förderungsmittel in Höhe von rund 27,5 Millionen Schilling vor. Die bei allen EU-Förderprojekten erforderliche nationale Cofinanzierung teilt sich Bund, Land und Stadt, wobei das Wirtschaftsministerium 51,25 Millionen, das Land Oberösterreich 25 Millionen, die Stadt 14,6 Millionen Schilling beizusteuern hat. Darüber hinaus werden zur Qualifizierung und Höherqualifizierung von Frauen im Rahmen der Frauenstiftung Steyr rund 100 Millionen Schilling bereitgestellt, wobei 41 Millionen als EU-Förderung, der Rest als Mittel des Bundes fließen werden. Sämtliche Finanzierungen beziehen sich auf einen Zeitraum von 5 Jahren. Ich darf weiters mitteilen, daß wir eine Besprechung bei BMW Steyr mit dem Herrn Vorstandsdirektor Dr. Durchschlag hatten. Die Unterlagen habe ich momentan ein bisserl verlegt, wie ich sehe. Aber ich darf ihnen mitteilen, daß BMW zu einem Gespräch gebeten hat - ich habe das im Kopf -, um die nächsten Investitionsschritte zu erörtern. Es ist außerordentlich erfreulich, daß eine Ausbaustufe 5 bei BMW in Vorbereitung ist und im Rahmen dieser Ausbaustufe weitere Milliardeninvestitionen erfolgen. Die genauen Zahlen werden morgen bei einer Pressekonferenz, die BMW abhält, bekanntgegeben. Fest steht aber, daß zusätzliche Fertigungshallen und Logistikprojekte, die auch räumliche Erfordernisse im Ausmaß von 13.000 zusätzlichen Quadratmetern umfassen, errichtet werden, daß zudem ein Parkhaus für 600 Stellplätze errichtet wird, daß auch Änderungen des Verkehrsregimes im BMW-Gelände selbst vorgesehen sind und es durch diese Investitionen möglich sein wird, die gefertigte Motorenstückzahl weiter zu steigern. Natürlich wird es dadurch auch zu einer Vermehrung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen kommen. Das wollte ich am Schluß meiner Mitteilungen auch noch sagen. Es ist eine höchst erfreuliche Entwicklung, die stattfindet. Zunächst sind - wie immer bei solchen Projekten - lange Beratungsphasen abzuführen. Immerhin geht es um Situierungsfragen, wo irgendetwas im Rahmen eines internationalen Konzerns gefertigt wird, in anderen Ländern oder bei uns. Erst vorige Woche ist diese Entscheidung gefallen, Gott sei Dank für Steyr. Jetzt ist es natürlich fürchterlich eilig, gestern wäre es schon zu spät gewesen, die Behördenverfahren abzuwickeln. In diesem Zusammenhang haben wir volle Unterstützung seitens der zuständigen Behörden zugesagt, rasch die Verfahren in Richtung baurechtliche bzw. betriebsbewilligungsmäßige Behördenverfahren abzuwickeln. Auf dem Gebiet haben wir ja schon eine sehr gute Erfahrung bei SNF nachweisen können. Auf diesem Sektor, im Abwickeln solcher Behördenverfahren, sind wir sicher - auch in EU-Maßstäben gemessen - im Spitzenfeld. Dadurch wird grünes Licht gegeben für eine weitere positive Entwicklung bei BMW und damit auch für die gesamte Region. Nun, meine Damen und Herren, bitte ich sie unter Punkt 4) die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen und gebe den Vorsitz an die Kollegin Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe heute eine sehr angenehme Aufgabe, nämlich eine Reihe von Ehrungen dem Gemeinderat vorzuschlagen, zunächst die Verleihung der Ehrenmedaille an den Herrn OStR. Prof. Mag. Heribert Mader. Der Antrag lautet:

1) Präs-300/95 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an OStR. Prof. Mag. Heribert Mader.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 29. Mai 1995 wird Herrn OStR. Prof. Mag. Heribert Mader die Ehrenmedaille der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. 9/1992, verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner umfangreichen kulturellen Verdienste, im besonderen in Anerkennung seines beispielhaften und erfolgreichen Einsatzes zur Erhaltung des Steyrer Wehrgrabens.“

Ich darf bitten, die Debatte zu eröffnen und dann die Abstimmung vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Dr. Schwager, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Die Ehrung von Herrn Prof. Mader ist eine, die auch die Stadt ehrt, denn ich freue mich, daß hier jemand dafür eine Auszeichnung erhält, daß er mehr als das gemacht hat, was er von seinem Beruf her hätte tun müssen und was zu seinen Verpflichtungen an sich gehört hat. Herr Prof. Mader ist ja, wie sie dem Amtsbericht entnehmen können, sehr verdienstvoll für die Erhaltung des Wehrgrabens eingeschritten. Er hat unserer Stadt in einer Weise und vor allem in einer Intention geholfen, die nicht immer jener der Stadtverwaltung entsprochen hat. Es gehörte im faktisch - sozusagen um ältere Modelle zu vergleichen - eine Art Marie-Theresien-Orden, wenn man auch das berücksichtigt, was Herr Prof. Mader auf sich genommen hat. Ich freue mich sehr, daß sich die Stadtgemeinde nunmehr durchgerungen hat, Herrn Prof. Mader die hier angekündigte Auszeichnung zu verleihen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Stadtrat Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren! Es ist fraglos richtig, wenn Prof. Mader vor den Vorhang gerufen wird und es ehrt den Dr. Schwager, daß er den Prof. Mader hervorhebt. Als einer der überlebenden Zeitzeugen aus der Ära des Konfliktes um den Wehrgraben kann ich mich sehr gut daran erinnern, daß Heribert Mader sich nicht immer so sehr im Glanz der Sonne und der Freude der Stadt freuen durfte. Umso wichtiger ist es, daß heute die Zeiten überwunden sind und ein generelles Umdenken stattgefunden hat. Ich möchte bei der Gelegenheit noch an einen zweiten Mitstreiter des Heribert Mader er-innern, an den Journalisten Hans Stögmüller, der sich sicherlich mit der Dokumentation

rund um den Wehrgraben und mit der Erarbeitung des Industrielehrpfades, des Kulturlehrpfades „Eisenbearbeitung im Wehrgraben“ auch sehr große Verdienste um die Industriearchäologie in Steyr erworben hat. Ich möchte ihm wirklich nicht entbehren lassen, daß er bei diesem würdigen Anlaß für Heribert Mader mit erwähnt wird. Ich glaube, wir werden es in den heutigen Tagen gar nicht so erkennen können, aber unsere Kinder werden es einmal tun, wieviel wir dem Bewußtseinsbildner Hans Stögmüller zu verdanken haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Der Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Heribert Mader, zweifellos eine ganz hervorragende Persönlichkeit des Steyrer Schullebens, ein Mann, der sich aus der Schule hervor- oder emporgehoben hat, herausgehoben hat, der in der Stadt aktiv war. Ich darf das auch als Schüler von Heribert Mader sagen. Ich habe ihn in der Schule - am Bundesgymnasium am Michaelerplatz - jahrelang als meinen Zeichen- und Kunstlehrer gehabt und ihn damals auch sehr schätzen gelernt. Er hat sich auch im Nachhinein sehr mit der baulichen Entwicklung der Stadt Steyr auseinandergesetzt. Das hat zu der bereits erwähnten Entwicklung im Steyrer Wehrgraben geführt, aber Herr Prof. Mader hat es auch nicht dabei bewenden lassen. Auch als er dann von Steyr weggezogen ist und in Linz Heimat gefunden hat, hat er immer wieder bei diversen Veranstaltungen bei Serviceclubs seine mittlerweile doch ganz berühmte Diaserie über die bauliche, architektonische Entwicklung der Stadt Steyr mit den Sünden der Vergangenheit und mit den Sündenregistern Ausblick in die Zukunft gezeigt. Da bin ich nicht so optimistisch wie Herr Stadtrat Holub, daß all dies vorbei und jetzt nicht mehr möglich ist. Ich erinnere mich nur plakatarisch an einige Sünden, die er uns so vor Augen gehalten hat. Das ist zum Beispiel der Brückenkopf, dort wo jetzt das Sporthaus Eybl steht, die Demolierung dieses gesamten Ensembles dort. Die gesamte Brückenkopfsituation, wo er ganz bewußt aufgearbeitet hat, wie städtebaulich unverträglich diese Situation geschaffen worden ist. Gleichzeitig mit der Demolierung der Neutorbrücke, mit der Schaffung von zwei Neutoreinfahrten, die - wie er sagt - das Gebäude durchschneiden und einfach nicht faßbar sind, weil auch verkehrstechnisch dann diese zwei Fahrspuren auf eine Fahrspur zusammengehen. Er hat dazu gemeint, das wäre überhaupt nicht notwendig gewesen. Jedenfalls war Herrn Prof. Mader der Blick auf das Wesentliche nicht verstellt und er macht heute immer noch Vorträge in der Stadt Steyr. Dafür bin ich ihm sehr dankbar und ich freue mich ganz außerordentlich, daß er diese Ehrenmedaille bekommt, daß er eine Würdigung erfährt. Ich wünsche mir, daß die Stadtväter, die Verantwortlichen, auch seine Aussagen zu den derzeitigen Projekten ernst nehmen, dazu gehört auch die derzeitige Planung des Bahnhofareals. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort gewünscht? Auch nicht, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich setze fort mit dem folgenden Antrag:

2) Präs-355/95 Verleihung der Ehrenmedaille der Stadt Steyr an Herrn Pfarrer Dr. Alexander Kronsteiner.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 12. Juni 1995 wird Herrn Pfarrer Dr. Alexander Kronsteiner die Ehrenmedaille der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr, LGBl. 9/1992, verliehen.

Die Eintragung im Buch der Träger der Ehrenmedaille der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

Die Verleihung der Ehrenmedaille erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner besonderen Verdienste um die Renovierung der Michaelerkirche, um die gelungene Neugestaltung des Kindergartens Wieserfeldplatz, um sein persönliches Engagement für die Einführung des Georgirittes in Steyr und nicht zuletzt für seinen großen Einsatz im Zusammenhang mit der Förderung von touristischen und kirchenmusikalischen Veranstaltungen in der Stadt Steyr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gibt es Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Im weiteren Antrag geht es um die Verleihung des Ehrenringes an Herrn Vizebürgermeister a. D. Erich Sablik. Der Antrag lautet:

3) Präs-301/95 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Vizebürgermeister a. D. Erich Sablik.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 29. Mai 1995 wird Herrn geschäftsführenden Vizebürgermeister a. D. Erich Sablik der Ehrenring der Stadt Steyr gem. § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, verliehen.

Die Eintragung in das Buch für Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung seiner über das normale Maß hinausreichenden Verdienste als langjähriger Mandatar sowie als geschäftsführender Vizebürgermeister der Stadt, wo er sich im besonderen um den Ausbau der städtischen Infrastruktur im Umweltbereich sowie um die gedeihliche Entwicklung und demokratische Zusammenarbeit im Gemeinderat der Stadt Steyr bemüht hat.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sie wissen aus vergangenen Jahren, daß wir etwas reserviert Ehrungen gegenüberstehen, die eigentlich nur auszeichnen, wenn jemand seine Pflicht getan hat, die ihm als Politiker, als Beamter oder was immer auch zugekommen sei. Ich darf, was Herrn Ex-Vizebürgermeister Sablik angeht, von meiner diesbezüglichen grundsätzlichen Haltung eine Ausnahme machen. Ich kann nur sagen, alle, die wir Herrn Vizebürgermeister Sablik als solchen hier erlebt haben, sind ihm diese Auszeichnung auch sicher vergönnt. Irgendwie - muß ich sagen - ist es schade, daß er nicht mehr ist, wenn auch jetzt ein gewisser Charme ins Präsidium hineingekommen ist. Aber eines muß man dem Herrn Vizebürgermeister ... - gewisser unter Führungszeichen natürlich, weil sich das ja gar nicht in Worte kleiden läßt. Aber eines wäre zum Beispiel unter Sablik nie passiert, daß eine Entgleisung wie heute Vormittag vom Präsidium nicht auch gleich geahndet worden wäre. Ich traure geradezu der Zeit nach, wo Sablik hier im Hause gearbeitet hat. Nicht umsonst habe ich ihn wohlwollend vom geschäftsführenden Vizebürgermeister mit V in den schmähführenden Witzebürgermeister mit W umbenannt. Wie gesagt, das war meine Grundeinstellung zu ihm und ich finde es richtig, daß wir für seine Tätigkeit danken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wir zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die Verleihung des Ehrenringes der Stadt an Frau Stadträtin a. D. Ingrid Ehrenhuber. Der Antrag lautet:

4) Präs-302/95 Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr an Stadträtin a. D. Ingrid Ehrenhuber.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Büros des Bürgermeisters vom 29. Mai 1995 wird Frau Stadträtin a. D. Ingrid Ehrenhuber der Ehrenring der Stadt Steyr gemäß § 5 Abs. 1 Stadtstatut Steyr, LGBl. Nr. 9/1992, verliehen.

Die Eintragung in das Buch für Ehrenringträger der Stadt Steyr hat wie folgt zu lauten:

„Die Verleihung des Ehrenringes der Stadt Steyr erfolgt in Anerkennung und Würdigung ihrer über das normale Maß hinausreichenden Verdienste um die Stadt Steyr, insbesondere für ihr Wirken als Stadträtin für die Bereiche Gesundheit, Soziales, Kindergärten und Senioren von 1982 bis Oktober 1994.“

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Niemand. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Stimmenthaltungen, Gegenstimmen? Keine. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag wurde vom Herrn Gemeinderat der Stadt Steyr Wilhelm Spöck übermittelt, und zwar gemäß § 12 Abs. 1 des Statutes in Verbindung mit § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr. Er schreibt also folgendes:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Soweit zurückverfolgbar, erfolgt die Bezahlung der Telefongebühren für die Bürgermeister bzw. Vizebürgermeister der Stadt und den jeweiligen Magistratsdirektor weder durch Beschluß des Stadtsenates noch des Gemeinderates. Die Kosten für die Privatanschlüsse werden derzeit Herrn Bürgermeister Leithenmayr und Herrn Vbgm. Dr. Pfeil in voller Höhe ersetzt. Frau Vizebürgermeisterin Mach werden die Kosten für ein Mobiltelefon zurückerstattet. Herrn Stadtrat Zagler werden 50 % der anfallenden Gesprächskosten für sein selbst angekauftes Mobiltelefon bezahlt. Herr Magistratsdirektor Dr. Schmidl hat seit Juli 1993 auf die Kostenübernahme durch die Stadt verzichtet.

Der Antrag lautet:

5) Präs-383/95 Antrag von GR. Spöck gem. § 12 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr i. V. mit § 6 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Steyr betreffend sofortige Einstellung der Kostenübernahme für Fernmelde-Privatanschlüsse von politischen Mandataren durch die Stadt.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Kostenübernahme für Fernmelde-Privatanschlüsse von politischen Mandataren durch die Stadt wird mit sofortiger Wirksamkeit eingestellt.

Der Antrag ist ausreichend unterstützt. Ich bitte, die Debatte zu eröffnen und den Antrag vielleicht noch einmal von der ÖVP-Fraktion erläutern und begründen zu lassen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet ist der Herr Stadtrat Eichhübl. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL.

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Offensichtlich ist es bei der ÖVP erforderlich, wenn man intern etwas werden möchte, sehr lautstark nach außen hin aufzutreten und alle Mittel und Wege zu beschreiten, um auf

sich aufmerksam zu machen und auch einmal in der Tagespresse aufzuscheinen. Ich habe sogar ein gewisses Maß an Verständnis dafür. Kein Verständnis haben aber wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, daß im Zusammenhang mit der Refundierung oder Bezahlung dieser Telefonkosten eine Person aus diesem Personenkreis herausgenommen wird - nämlich unser Vizebürgermeister und Fraktionsobmann Dr. Pfeil - und an den Pranger gestellt wird. Wohlwissend, daß gerade Dr. Pfeil es war, der bei Fraktionsobmännerbesprechungen verlangt hat, daß diese Refundierung bzw. Bezahlung der Telefonkosten auf Null gestellt wird und die Fraktionsobmänner der SPÖ und ÖVP bekanntlich dort ein andere Auffassung vertreten haben, nämlich eine Pauschalierung in der Höhe von 6.000,-- Schilling zu genehmigen. Kein gutes Licht wirft es auf die Antragsteller, wenn im Antrag drinnensteht - der Herr Bürgermeister hat ja den Antragstext verlesen - „... soweit zurückverfolgbar erfolgt die Bezahlung der Telefongebühren für die Bürgermeister, Vizebürgermeister usw. ....“. Ich lege Wert auf die Betonung *zurückverfolgbar*, denn da erhebt sich schon die Frage, wie weit hat der Kollege Spöck das zurückverfolgt, wie weit war er damals im Wissen, als er Obmann des Kontrollausschusses war, daß es diese Regelung gegeben hat, und wie weit ist er dort intern vielleicht darauf hingewiesen worden, das nicht aufzuzeigen, weil es auch einen Mandatar der Österreichischen Volkspartei betroffen hat? Das stelle ich hier in den Raum. Das wäre auch eine Frage, die dringend zu beantworten wäre. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir von der Freiheitlichen Fraktion haben kein Problem, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. Ich hoffe aber auch, daß nicht die anderen Mandatäre der anderen Fraktionen Probleme dabei bekommen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Heute bei der Einleitung dieser Sitzung ist vom Kollegen Pfeil schon die Frage betreffend die politische Verantwortung an unseren Bürgermeister gestellt worden. Vielleicht haben viele von uns noch gar nicht so richtig begriffen, was das neue Statut an Verantwortung für jeden der Stadträte und Vizebürgermeister oder Stadtsenatsmitglieder gebracht hat. Weg vom bloßen Titular-Stadtrat oder Titular-Vizebürgermeister, hin zu einem politisch und auch rechtlich voll verantwortlichen Mitglied - Karl Holub hat das ja oftmals herinnen auch erklärt -, und das unter miserabelsten Arbeitsbedingungen. Kein Mensch in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig, in irgendeiner anderen Institution, würde unter solchen Bedingungen, wie sie die Stadt Steyr ihren gewählten Mandatären zubilligt, arbeiten. Es gibt kein Büro für einen Stadtrat, es gibt kein Sekretariat für einen Stadtrat, keine Sekretärin, keinen Dienstwagen und mindere Bezüge, so daß man also auch von den Bezügen her diesen Ausgleich nicht schaffen kann. Wir machen es freiwillig, ich weiß schon. Aber vergleichen sie doch, vor allem die Herren und Damen von der Presse, die Verhältnisse mit Wels, mit Linz, mit anderen Städten, wie sie das ja sonst auch so gerne tun. Vergleichen sie das - wenn sie schon hier andere Vergleiche heranbringen über die Verschuldung der Stadt Steyr, verglichen mit anderen und diesen und jenen Dingen - mit den anderen Vergleichsstädten. Es hat 1992 einen Versuch gegeben, eine Verbesserung zu bringen. Mir geht es wirklich nicht um die finanzielle Besserstellung allein, sondern um die Verbesserung dieser ursprünglichen Arbeitsbedingungen. Wenn heute ein Beschluß gefaßt wird ... - ich persönlich werde mich der Stimme enthalten, weil ich die Richtung dieses Beschlusses in eine völlig falsche Richtung gehen sehe. Nämlich in die Richtung, daß Beamte und Journalisten noch mehr das Sagen haben in unserer Stadt Steyr und der Politiker weiter an den Rand gestellt wird. Das wird der Grund für meine Stimmenthaltung sein. 1992 hat es einen Versuch gegeben, die Bedingungen zu verbessern. Es ist - nicht nur aus unserer Fraktion, auch aus der F-Fraktion und klarerweise auch aus der VP-Fraktion - ein sehr spontaner Querschub gekommen, weil es so ausgeschaut hätte, als wollte sich eine Klasse am

Volksvermögen bereichern. So ist es nicht, meine Damen und Herren! Wenn ich mein Beispiel bringen darf und auch mein nahes Ausscheiden damit heute schon begründe: Ich habe einen Beruf, der mich sehr stark beansprucht. Ich habe einmal in einer Gemeinderatssitzung, als ich das erste Budget vorgestellt habe, gesagt, ich begehe Zeitdiebstahl an meinem Arbeitgeber, weil ich viel mehr hier bin, und zwar nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ, zu Zeiten, wo ich eigentlich in der Schule stehen sollte. Auch das war ein Grund dafür, meinen Auftraggeber zu ersuchen, mich mit einem Mobiltelefon auszustatten. Ich habe mir dieses Telefon selbst besorgt und gebeten, zumindest 50 Prozent der Kosten dafür zu übernehmen, damit ich, wenn ich hier sitze - und vor einer halben Stunde etwa hat das Telefon geläutet, die Frau Mag. Ute Wiesmayr, die Nachfolgerin meines viel zu früh verstorbenen Administrators war am Gerät, weil eine Schulentscheidung zu treffen war -, erreichbar bin. Ich habe das nicht für mich gemacht, um im Auto vor anderen zu brillieren. Mir ist es peinlich, wenn das Telefon in unserer Runde läutet, aber ich bin das meinen Schülern, deren Eltern, meinen Kollegen, ich bin das meinem Hauptberuf schuldig. Schließlich meine Gesundheit: Seit über einem Jahr beknien mich meine Ärzte, endlich das Handtuch zu werfen. Diese Doppelbelastung oder Vielfachbelastung ist auf Dauer nicht zumutbar für einen Politiker, der über ein Budget von 1 ½ Milliarden Schilling Verantwortung trägt, der für 1000 Personen Personal Verantwortung zu tragen hat. Und schließlich meine Familie. Meine Frau hat vor einem Jahr - einstimmiger Beschluß des Personalbeirates, einstimmiger Beschluß des Stadtsenates - eine Karenzvertretung im Sozialamt geführt. Angeblich zur vollsten Zufriedenheit des Leiters, der Fachabteilungsleiterin, des politisch zuständigen Mandatars, der Kunden unseres Magistrates. Jetzt ist dieser Posten ausgeschrieben und ich habe das Signal von oberster Stelle in der Stadtverwaltung, daß meine Frau dafür nicht in Frage kommt. Das sind die Arbeitsbedingungen, unter denen ein Politiker in Steyr arbeiten muß. Mir tut das leid. Mich freut es, daß Sablik und Ehrenhuber heute den Ehrenring einstimmig bekommen haben. Aber wenn das das einzige Äquivalent ist für eine Leistung, die man für die Stadt erbringt, ist es doch ein bißchen dürftig.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächste zur Wort gemeldet ist Frau Gemeinderätin Radmoser, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte nur ganz kurz die Entstehungsgeschichte dieses Antrages beleuchten. Im ersten Quartal, also im März, im Prüfungsausschuß wurde uns vom Kontrollamt der Prüfbericht ohne detaillierte Zahlen vorgelegt. Daraufhin wurde einstimmig der Antrag des Prüfungsausschusses gestellt, wir möchten nähere Daten, damit wir wissen, wovon überhaupt die Rede ist, in welcher Größenordnung sich das beläuft. Komischerweise - oder ich weiß nicht, wie ich es sonst sagen soll - haben wir ein paar Tage später in der Zeitung die genauen Zahlen gelesen, obwohl ein Prüfungsausschuß vertraulich ist. Im letzten Prüfungsausschuß im Juni wurden uns dann die Zahlen vorgelegt. Es wurde auch wieder einstimmig im Prüfungsausschuß der Antrag gestellt, daß dieser Vertrag oder - wie immer man das nennen will - diese Vereinbarung aufgehoben wird. Mir tut nur leid, daß heute der Kollege Spöck nicht da ist, weil ich es irgendwie eigenartig finde. Wie schon erwähnt wurde, diese Prüfberichte erfolgen jährlich oder zumindest zweijährlich, wenn ihm das wirklich so ein Anliegen wäre oder gewesen wäre, hätte das schon längst einmal über die Bühne gehen können. Und zweitens, wenn er im letzten Prüfungsausschuß anwesend gewesen wäre, hätte er über diesen Beschluß Bescheid gewußt und hätte sich diesen Antrag ersparen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

#### VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Frau Vizebürgermeisterin, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gedacht, ich habe die Gelegenheit, erst nach einem der Antragsteller zu reden. Offensichtlich hat es denen die Rede etwas verschlagen und der Gemeinderat Spöck ist leider schon seit längerer Zeit krank. Ich hätte es auch richtig gefunden, daß das im Kontrollausschuß besprochen gehört. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, daß ich nicht darauf Wert lege. Es gehört eine allgemeine, saubere Lösung und ich habe gesagt, ich habe auch kein Problem - das habe ich auch schon vor vier Jahren gesagt -, wenn niemand das in Anspruch nimmt, aber es soll eine gleiche Lösung für alle sein. Die Arbeitsbedingungen sollen gleich sein für alle. Falls sie es vergessen haben, die Kollegen von der ÖVP, ich bin zuständig für die Bezirksverwaltung, für das Verkehrsressort, für das Kulturressort, für das Veterinäramt, für das Standesamt. Das sind einige Dinge, die man nebenberuflich sehr schwer unter einen Hut bekommt. Deshalb habe ich selbstverständlich auch immer ein Handy bei mir, weil ich meinen Beruf auch nicht vernachlässigen möchte und werde. Ich habe ganz klare Prinzipien, weil ich nicht abhängig werden möchte von der Politik. Ich scheide einmal ganz leichten Herzens aus der Politik, weil - wie Kollege Zagler gesagt hat, er betreibt Stundendiebstahl am Staat - ich betreibe Stundendiebstahl an der Tierklinik, aber - was mir noch viel mehr weh tut - auch an meiner Lebensqualität, insbesondere was meine Familie betrifft. Es ist nicht einfach, daß man ständig rund um die Uhr vom Telefon ich sage nicht gequält, aber schon belästigt wird. Man hätte auch gerne einmal die Telefone für 14 Tage abgeschaltet. Ich sage nur ein Beispiel: Letzten Donnerstag waren wir in einer Versammlung, Casino, Stadtsaal, es war eine Bürgerversammlung. Am gleichen Abend haben drei Leute - ich kann ihnen nachher die Namen geben - meine Frau zuhause angerufen, haben sie teilweise beschimpft über Verkehrslösungen. So ist das eben. Natürlich sagt dann meine Frau, wie kommt sie dazu, hier noch Sekretärin zu sein. Und wenn ich dann heimkomme spät am Abend, natürlich sind die Bürger es gewöhnt und verlangen es, daß man am Abend noch einen Retourenruf startet. Denn am nächsten Tag sind die selbstverständlich, wenn wir hier im Rathaus sind, wieder bei der Arbeit und dann erreicht man diese Bürger nicht. Ich lege Wert darauf, daß ich bürgernah bin. Ich stehe auch im Telefonbuch. Ich habe auch keine Geheimnummer. Ich lege Wert darauf, daß ich erreichbar bin und zurückrufen kann. Ich diskutiere nicht über die Höhe, das bleibt mir überlassen. Wir können gern darüber diskutieren und ich bin auch dafür, sollten alle darauf verzichten. Aber die Rahmenbedingungen für die Arbeit hier im Rathaus werden dünn. Da muß ich dem Kollegen Zagler recht geben. Zum zweiten: Bei der Presseaussendung der ÖVP ist schon einiges passiert. Hier werden Kosten in Höhe von 24.000,- Schilling in den Raum gestellt. Es steht nicht dabei, daß das Jahreskosten sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wirklich schade, daß der Gemeinderat Spöck heute nicht da ist. Ich hätte ihm so gerne meine Steuererklärung gezeigt. Er muß ja als Finanzbeamter etwas davon verstehen. Er kennt sie wahrscheinlich sowieso. Da steht genau drinnen, daß ich noch drei andere Apparate habe, für die ich meine Steuern bezahle und die ich zusätzlich habe. Auch das Handy wird von mir privat bezahlt bzw. ist in der Steuer drinnen. Selbstverständlich, weil ich das als beruflichen Aufwand sehe. Wenn man darüber diskutiert, daß ich zuviel telefoniere, dann kann ich schon dazusagen, ich telefoniere sehr wenig privat. Ich telefoniere auch privat, das ist richtig, aber von allen Telefonen. Ich gehe nicht dorthin, wo es nichts kostet oder wo es etwas kostet, die Zeit ist mir das Wichtigste. Und wenn ich einmal privat telefoniere, dann nütze ich die Zeit, wenn ich im Auto sitze, an meinem Handy. Da erledige ich diese Dinge, die lange aufgeschoben sind. Zum dritten möchte ich schon noch eines anfügen: Wir reden von Jahreskosten über 20.000,- Schilling, Jahreskosten für ein Telefon! Meine Privattelefone bzw. meine Kliniktelefone haben ein Vielfaches davon. Aber was passiert denn mit diesem Geld? Glauben sie denn, daß der Herr Dr. Stickler in Innsbruck nur in den Amtsstunden von mir erreichbar ist? Glauben sie denn, daß es nicht notwendig war, daß ich x-mal in Innsbruck angerufen habe? Glauben sie nicht, daß auch bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes eine Telefonleitung als Arbeitsmittel notwendig ist? Da kann man sich nicht auf die Stunden vormittags im Amt beschränken. Aus aktuellem Anlaß: Es ist uns nach vielen Telefonaten mit BMW München gelungen - und da ist auch dieses Telefon

*schuld* daran -, daß der Stadt Steyr bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes Kosten von 500.000 Schilling fix erspart werden und bei der Lichtsignalanlage Kosten in Höhe eines noch auszuverhandelnden Betrages, aber auch ein paar hunderttausend Schilling. Auch mit Hilfe eines Telefones, das sich nicht an die Arbeitszeiten bzw. an die Zeiten hält, die man hier im Rathaus verbringt! Welche Augenauswischerei wäre es, wenn man zum Telefonieren - für die Ferngespräche - hereintrabt und das vom Amtstelefon aus macht! Das ist doch Augenauswischerei! Ich warte schon darauf, daß wir uns dann die Computerlisten gegenseitig vorhalten. Was hat der Herr Bürgermeister in seinem Büro telefoniert? Was hat die Frau Vizebürgermeister telefoniert? Oder vielleicht kommt doch auch dein Telefon zur Sprache, lieber Freund Schloßgangl. Wieviel hast du telefoniert? Aber wahrscheinlich telefonierst du nicht mehr mit dem Bürger. Wahrscheinlich bist du ihm da abgehoben. Ich sage es zum Schluß noch einmal: Das, was du in deiner Presseaussendung gemacht hast, ist falsch, schlicht und einfach falsch! Der Kollege Eichhübl hat es schon gesagt, ich habe es in der Fraktionsobmännerbesprechung vorgeschlagen: Verzichten wir alle darauf, wenn das ein Thema ist! Du hast nichts gesagt, als der Bürgermeister vorgeschlagen hat, bei den 6.000,-- Schilling zu bleiben! Da habe ich nichts gehört, da hast du genickt! Der Bürgermeister würde sagen - wie haben sie das letzte Mal gesagt? - wie die Märzenbecher. Genauso hast du letztes Mal da genickt. Wie ein Märzenbecher bist du dagesessen, als der Bürgermeister sagte, 6.000,-- Schilling seien gut. Da habe ich nichts von dir gehört, nichts! Erstaunliche-weise! Ich habe nichts dagegen, wenn wir alles öffentlich machen, alles! Kontrollausschuß, Ausschußsitzung, ist schon egal! Wenn man aber nur das herausnimmt, was einem gerade paßt, ist das nicht richtig. Ich bin schon der Meinung, ein Kontrollausschuß ist nicht öffentlich. Das wird noch zu klären sein im Kontrollausschuß, auch über den Vorsitzenden des Kontrollausschusses, Hrn. Dr. Schwager, und den Beamten, SR. Dr. Gottlieb-Zimmermann, wie das möglich ist, daß so etwas an die Öffentlichkeit kommt. Ich kritisiere das nicht, aber es kann nicht sein, daß das eine an die Öffentlichkeit kommt, das andere nicht. Das dritte Mal schicken wir uns den Staatsanwalt hier ins Haus, weil irgendwas gerade nicht gepaßt hat, was man gesagt hat. Haben wir ja auch schon gehabt. Ich möchte schon bitten, daß wir alles aus dem gleichen Gesichtswinkel anschauen. Dem Antrag stimmen wir selbstverständlich zu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Eigentlich wollte ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht melden, aber nachdem der Kollege Dr. Pfeil immer die Sachen so dreht, wie es sie gerne haben möchte, muß ich dazu schon etwas sagen. Ich muß sagen, es ist richtig, daß früher auch ÖVP-Mandatare Telefonkosten ersetzt bekommen haben, das ist überhaupt keine Frage. Aber jetzt, bitte schön, sind die Zeiten anders. Wir sparen, wir nötigen die Beamten zum sparen, wir haben ein ganz restriktives Sparbudget eingeführt. Daher ist es legitim, daß sich der Kollege Spöck erkundigt hat, ob es noch irgendwelche Telefonanschlüsse gibt, die vom Magistrat bezahlt werden. Damit ist das Ganze ins Rollen gekommen. Der Kollege Spöck hat nicht die Zahlen veröffentlicht, die hat er nämlich noch gar nicht gehabt! Die wurden uns erstmals bekannt, als ich den Bürgermeister aufgefordert habe, die Zahlen bekanntzulegen.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*ÖVP-Pressedienst, bitte schön, mit Zahlen! Pharisäer!*

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Bitte schön, das kannst du nachher noch belegen. In dieser Fraktionsobmännerbesprechung, von der so viel die Rede war, haben wir diskutiert. Als das Gespräch auf die Kosten gekommen ist, hat der Dr. Pfeil erklärt: „Darüber rede ich nicht! Herr Bürgermeister, wir haben vereinbart, darüber nicht zu sprechen! Aber wenn das öffentlich wird, bin ich überhaupt gegen eine Subvention oder einen Kostenersatz!“ Da habe ich gesagt: „Moment, so kann das nicht sein! Wenn öffentliche Gelder herangezogen werden zum Bezahlen der Telefonrechnung, dann wirst du sehr wohl darüber reden müssen!“ Der Bürgermeister hat sich dann nicht geschert, in der Diskussion die Zahlen und die Beträge zu nennen. Da habe ich sie das erste Mal gehört und gesehen und dann haben wir diskutiert. Dann hat der Bürgermeister gesagt, er sei eigentlich der Meinung, man sollte den verantwortlichen Politikern, die ein Telefon bezahlt bekommen oder ein Handy haben, doch einen Pauschalbetrag von S 500,- pro Monat vergüten. Ich habe gesagt: „Nach dem, was hier offenkundig wurde, gehört eigentlich der Ersatz der Kosten ganz abgeschafft! Aber ich habe keinen Neidkomplex ...“

*ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:*

*Das habe ich nicht gehört!*

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Das habe ich aber gesagt, wortwörtlich! „... wenn sie eine Mehrheit finden und wenn diese, die jetzt dieses Handy oder die Privatkosten ersetzt bekommen, diesen Pauschalbetrag bekämen. Holub und ich zahlen uns unsere Privattelefone und unsere Handys selbst.“ Und ich habe gesagt, daß ich sehr viel telefoniere. Ich habe auch nicht Zeit, daß ich jedesmal in den Magistrat gehe oder viel-leicht in die Kammer, sondern ich mache das hauptsächlich entweder mit dem Handy oder von meiner Firma aus. Der Bürgermeister hat es mir sogar einmal angeboten im Laufe eines Gespräches, als wir sehr stark kritisiert haben, daß Stadtrat Zagler, der ja sein Telefon immer in den Sitzungen hat läuten lassen, eines hat. .... Du hast es läuten lassen, Du hättest es abschalten können! Auf jeden Fall hat man gesagt, wenn wirklich der Wunsch besteht und die anderen Stadträte so etwas möchten, dann könnte man nicht nein sagen. Wir haben das nicht beansprucht, ich habe gesagt: „Ich lege überhaupt keinen Wert darauf. Ich habe es mir bisher bezahlt und werde es mir auch in Zukunft bezahlen.“ So ist das entstanden, bitte! Wenn du sagst, wenn öffentlich darüber gesprochen wird, dann verzichte ich auf diese Kosten, dann ist das deine Anschauung, aber dann mußt du auch dazu stehen. Ich habe gesagt, wenn die S 500,- eine Mehrheit finden, habe ich keinen Neidkomplex und kann ich mich damit auch abfinden. So war die Rede und nicht anders! Mehr möchte ich dazu eigentlich nicht sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Liegt noch eine Wort-meldung vor? Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Angeregt zu dieser Wortmeldung wurde ich durch die unserer Kollegin Radmoser, die sehr zu Recht die Entstehungsgeschichte dieser Kampagne - kann man ruhig sagen, denn als solche wurde sie geritten - beleuchtet hat. Zur Präzisierung des Ganzen: Der Kollege Spöck war mein Vorgänger als Vorsitzender des Prüfungsausschusses bis zu den Wahlen 1991. Bis dahin hat es bekanntlich genau dieselbe Regulierung gegeben ... Entschuldigung, na gut, aber es wurden jedenfalls Kosten ersetzt. Ich muß ehrlich sagen, das Kontrollamt hat von sich aus im vierten Quartal des vergangenen Jahres geprüft, was diese Kosten ausmachen und einen Bericht für die Prüfungsausschußsitzung von Ende März 1995 vorgelegt, in welchem keine Zahlen enthalten waren. Dieser Bericht wurde auch im Prüfungsausschuß von Ende März 1995 verhandelt. Prüfungsausschußsitzungen finden üblicherweise an einem Montag um 7.30 Uhr statt. Genauso bespreche ich mit dem Herrn SR. Dr. Gottlieb-Zimmermann üblicherweise die Akten am Freitag vorher zu Mittag. Da hat mir der Herr Senatsrat schon gesagt: „Sie, der Herr Gemeinderat Spöck möchte die Zahlen haben und ich weiß nicht genau, aber ich glaube, er hat sie.“ Vorher nicht, nach dem Prüfungsausschuß. Die Veröffentlichung war kurz nach dieser Prüfungsausschußsitzung, die am 26. März war. Es ist dann jedenfalls 2 - 3 Tage später mit Zahlen in der Zeitung gestanden. Diese Zahlen sind damals überhaupt noch in keinem Amtsbericht bekannt gewesen. Mir gefällt diese Art nicht! Zum Antrag als solchem: Auch wenn wir damals im Kontrollausschuß, im Prüfungsausschuß beschlossen haben, daß diese Art von Kostenübernahme nicht mehr zeitgemäß ist - so war nämlich der Antrag des Amtes, ohne daß es eben noch Zahlen gab -, werde ich mich deswegen der Stimme enthalten, weil mir einfach die Mentalität derartiger Anträge nicht gefällt. Hier im Plenum: Es gibt einen Artikel 8, Menschenrechtskonvention, dieser Artikel 8 schützt die Privatsphäre. Es geht meines Erachtens zu weit, was hier getrieben wird. Einmal ist es das Haus eines hohen Mandatars, dann sind es die Telefonkosten eines anderen Mandatars und so geht das dann weiter. Ich glaube, daß wir diese Mentalität nicht unterstützen dürfen. Ich werde mich deswegen schon enthalten, weil die Formulierung dieses Antrages, *die Kostenübernahme für Fernmelde-Privatanschlüsse von politischen Mandataren durch die Stadt wird mit sofortiger Wirksamkeit eingestellt*, für mich persönlich unter das Motto fällt: Neid ist etwas Häßliches.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Meine zweite und letzte Wortmeldung, diesmal - ich bitte um Vergebung - ohne Sakko. Ich möchte nur drei Sätze sagen: Jede andere Firma wäre froh, ihre Mitarbeiter mit besten Arbeitsbedingungen auszustatten. Das gilt nicht nur für mich, auch für viele andere in dieser Gremium. Mein zweiter Satz: Ich habe vom Magistrat auch Briefpapier mit dem Stadtlogo zur Verfügung gestellt bekommen. Vielleicht könnte man diesen Antrag noch ergänzen, um auch das zurückzugeben. Meine dritte Sache: Wer wird in Zukunft für die Bürger dieser Stadt diese Tätigkeiten machen? Ich ersuche alle, sich der Stimme zu enthalten und sich von diesem Vorschlag der ÖVP zu distanzieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Danke. Ich möchte dazusagen, daß ich das Telefon, das ich bekommen habe, zurückgegeben habe. Herr Bürgermeister, das Schlußwort bitte.

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los. So möchte ich dieses Wort zitieren. Man fängt bei irgendeinem an, wie Tilman Schwager richtig gesagt hat, denkt vielleicht gar nicht daran, daß man der nächste selbst ist. Was mich an dieser Debatte stört, ist eigentlich, daß es als ein Privileg hingestellt wird, wenn jemand in seiner Freizeit in seiner privaten Sphäre in dienstlicher Angelegenheit telefoniert. In Wirklichkeit freut sich jeder Dienstgeber, wenn seine Mitarbeiter in ihrer Freizeit im Dienste des Unternehmens tätig werden. Ich habe überhaupt nichts gegen die Seifenhändler, aber jeder Seifenhändler hat heutzutage ein Handy eingesteckt, muß ich euch sagen. Bei mir zu Hause finden seit Oktober des vergangenen Jahres die Umbauarbeiten statt, bei denen unterstellt wurde, sie wären schon vorher durchgeführt worden. Da sind eine Menge Handwerker tätig. Ich bin eigentlich überrascht, daß zumindest jeder Vorarbeiter mit einer solchen technischen Einrichtung ausgestattet ist. Weil es wahrscheinlich billiger ist, wenn ihn der Chef bzw. sein Unternehmen erreicht, weil es wahrscheinlich günstiger ist, wenn er irgend-elche Materialien und Betriebs-mittel über dieses Telefon ordert. Es ist selbstverständlich, daß man in der Wirtschaft neue technische Möglichkeiten einsetzt und wir beschäftigen uns damit, ein regionales Informationssystem in dieser Stadt im FAZAT zu etablieren. Es hat eine große Präsentation stattgefunden, wir haben eine Videokonferenz simuliert. Jeder Schafkäseerzeuger wird in wenigen Jahren an diesen neuen technischen Systemen dranhängen! Und gleichzeitig diskutieren wir in dieser Zeit, wo wir im Aufbruchzeitalter in eine Zeit gehen, wo am Datenhighway die Hölle los sein wird, über die Telefonkosten von ein paar Mandataren. Es ist schon so, daß man sich - glaube ich - wirklich Gedanken darüber machen sollte. Ich halte es eigentlich für beschämend in diesem Gemeinderat, daß sich in Wirklichkeit der Erste namens Bürgermeister Leithenmayr herstellen hat müssen, um zu erklären, wie denn seine Situation ist, als er in dieser Sphäre angegriffen wurde. Nicht mit dem Telefon, sondern mit anderen Dingen. Mit den Bezügen, die er aufgrund der Beschlüsse des Gemeinderates hat, und mit anderen Dingen, die alle als Privileg hingestellt werden. Jetzt in kurzer Zeit darauf stellt sich einer nach dem anderen da her und sagt: „...Da ist meine Steuererklärung ..., ... ich habe telefoniert mit Innsbruck ..., ... ich möchte nicht haben, daß ich in ein schiefes Licht gerate ..., ...ich nehme eigentlich meinem Hauptbrötchengeber die Arbeitszeit weg ...“ usw. Jeder ist plötzlich in die Lage versetzt, daß es sein Leben offenlegen muß, weil er hier diese Tätigkeit für diese Stadt macht. Das ist das Ergebnis einer Diskussion und einer Gesprächskultur unter uns selbst. Weil man meint, man kann mit solchen Taschenspielertricks - anders kann ich das nicht bezeichnen - ein bißchen politisches Kleingeld machen. Das ist die Situation, die ich eigentlich nicht für gut halte. Wir sollten eher schauen, daß die Arbeitsbedingungen der Mandatare verbessert werden. Ich habe mich gerade erkundigt, wie das zum Beispiel in Wels ist. Jeder Stadtrat mit Ausnahme von einem ist - mir scheint - freigestellt und macht diese Tätigkeit. Jeder hat ein Sekretariat, einen Sekretär und natürlich eine Schreibkraft. In Linz ist es natürlich noch etwas komfortabler. Es ist auch die Stadt größer, die Aufgaben vielleicht mehr. Wir sind dabei, die ohnehin nicht komfortablen Arbeitsbedingungen noch weiter zu verschlechtern. Ich rede mich da ein bißchen leichter, weil meine Arbeitsbedingungen natürlich die besten sind unter den Mitgliedern des Stadtsenates, weil ich der einzige Freigestellte bin in dieser Gemeinde. Keine vergleichbare Stadt führt die politische Verwaltung so, wie wir das in dieser Stadt tun. Der einzige Freigestellte soll in Wirklichkeit nach unserem Statut kontrollieren und umsetzen und ist gemäß Statut verantwortlich für die Umsetzung der Beschlüsse des Gemeinderates, des Stadtsenates und der Ausschüsse usw. Wie soll er denn das in Wirklichkeit ganz alleine tun? Ich gebe zu und ich bestätige, daß es zunehmend schwieriger wird, neben einem Bodenberuf auch noch diese Sitzungsvielfalt zu bestreiten, diese Frequenzen, die wir haben, gerade durch schwierige Gesprächssituationen. Man sollte meinen, daß wir moderne Kommunikationsmittel, die dazu geeignet erscheinen, zumindest in einem Teil der Geschäftsfälle räumliche Distanzen auf kurzem Weg zu überbrücken, akzeptieren und als willkommene Chance nützen, um die Arbeit für die Stadt und diese Bürger besser zu machen.

## VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 7 Stimmen dafür. (4 F, 3 VP). Wer ist gegen den Antrag? 1 Gegenstimme (GAL). Wer übt Stimmenthaltung? 23 Stimmen-haltungen. Der Antrag wurde abgelehnt. Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kann man vielleicht noch einmal sagen, wie das Abstimmungsergebnis genau war? 7 dafür, 1 Gegenstimme, 23 Stimmenthaltungen. Die Mehrheit hat sich der Stimme enthalten. Das heißt, der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt. Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 6. Ich darf die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Anträge bitten.

## BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten Antrag handelt es sich um eine Resolution an den OÖ. Landtag. Der Antrag lautet:

6) Kdg-4/94Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr an den OÖ. Landtag hinsichtlich der Übernahme von 50 % der nicht gedeckten Kosten der Kindergärten, Tages- stätten und Horte.

Der Gemeinderat möge beschließen:

RESOLUTION des Gemeinderates der Stadt Steyr an den OÖ. Landtag.

Um den ständig steigenden Bedarf in zeitgemäßer Weise decken zu können, hat die Stadt Steyr bereits im Jahre 1986 mit einem umfassenden Kindergärten- und Horte-Ausbau- und Verbesserungsprogramm begonnen und für diesen Zweck bisher einen Betrag von rund 47 Millionen Schilling aufgewendet. Die Planungen des weiteren Ausbau- und Verbesserungsprogrammes erstrecken sich bis zum Jahr 2000 und umfassen einen Investitionsbedarf von rund 93 Millionen Schilling. Das gesamte Investitionsvolumen - gerechnet vom Jahr 1986 bis zum Jahr 2000 - beträgt nach den derzeitigen Kostenermittlungen rund 140 Millionen Schilling.

Zur Zeit ist die Stadt Steyr Erhalter von dreizehn Kindergärten und fünf Horten. Der Betrieb dieser Einrichtungen verursachte im Jahr 1994 einen Abgang von rund 32,4 Millionen Schilling. Dadurch wird die Stadt Steyr bei den Kindergärten pro Platz und Monat ohne Investitionsaufwand mit S 4.242,-- und im Bereich der Horte mit S 4.383,-- belastet.

Die vom Gesetz vorgeschriebene Reduktion der Kinderanzahl pro Gruppe bewirkt im Hinblick auf die dargestellte Kostensituation ein weiteres Ansteigen des Betriebsabganges.

Die Aufteilung des Betriebsaufwandes auf die einzelnen Kosten-träger ergibt folgendes Bild:

Kindergärten:

Anteil der Stadt Steyr 55,3 %, Landeszuschuß 30,4 %, Elternbeiträge 13,8 %, sonstige Einnahmen 0,5 %.

Horte:

Anteil der Stadt Steyr 58 %, Landeszuschuß 23,6 %, Elternbeiträge 18,4 %.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr stellt daher fest, daß die Stadt mittlerweile an den Grenzen der Finanzierbarkeit der Kindergärten und Horte angelangt ist.

Moderate Anpassungen der Elternbeiträge sowie organisatorische Maßnahmen können zwar zu einer Eindämmung der Steigerung des Betriebsabganges beitragen, werden jedoch den erforderlichen Zuschußbedarf nicht verringern.

Gemäß § 29 OÖ. Kindergarten- und Hortegesetz leistet das Land über Antrag des Kindergarten-(Hort) erhalters einen Beitrag in Höhe von 75 % des jährlichen Personalaufwandes für alle Gruppenführenden Kindergärtnerinnen bzw. Horterzieherinnen. Zusätzliche Landesbeiträge werden für Kindergarten- und Horterzieherinnen je nach Gruppenanzahl geleistet.

Mit diesen Zuwendungen kann unter den gegebenen Umständen das Auslangen nicht mehr gefunden werden. Die Finanzsituation der Stadt Steyr ist seit längerem sehr angespannt und wird in letzter Zeit durch die Wirtschaftsentwicklung noch weiter belastet. Die eminente Bedeutung der Kindergärten und Horte für unser Gesellschaftssystem ist unbestritten und gerade im Jahr der Familie 1994 wurde diesen Institutionen weitere Anerkennung beigemessen.

Der Gemeinderat der Stadt Steyr richtet daher an den OÖ. Landtag den dringenden Appell, eine Änderung des Kindergarten- und Hortgesetzes dahingehend herbeizuführen, daß künftig der um die Elternbeiträge reduzierte Betriebsaufwand für Kinderbetreuungseinrichtungen im Sinne des OÖ. Kindergarten- und Hortgesetzes jeweils zur Hälfte vom Land OÖ. und den Gemeinden als Kindergarten- bzw. Horterhalter getragen wird.

Ich ersuche um Zustimmung zu dieser Resolution.

*Stadtrat dkfm. mag. Helmut Zagler verläßt um 15.25 Uhr die Sitzung.*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Ich habe den Vorsitz übernommen. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Gemeinderat Rohrauer, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Bezugnehmend auf den Amtsbericht des Geschäftsbereiches V darf ich ihnen noch einige interessante Daten übermitteln. In den 13 Kindergärten werden 38 Gruppen unterhalten. Dies verursacht Personalkosten in Höhe von 36 Millionen Schilling. In den 5 Horten werden 15 Gruppen geführt, welche 13 Millionen Schilling für das Fachpersonal verschlingen. Laut Rechnungsabschluß sind insgesamt 49 Millionen für die fachliche Betreuung unserer Steyrer Kinder notwendig. Wir erhalten von der OÖ. Landesregierung 18,44 Millionen Schilling refundiert, welche aber auch Zuschüsse für Baukosten - und zwar 2,5 Millionen Schilling - enthalten. In diesen 53 Kindergärten, Tagesheimstätten und Horten werden 1.150 Kinder betreut. Das ergibt einen Durchschnitt von 22 Kindern pro Gruppe. Wenn man bedenkt,

daß eine Hortnerin, die Schulkinder betreut, aufgrund des Arbeitsaufwandes bedeutend weniger Kinder betreuen kann, ist der Schnitt in den Kindergärten dementsprechend höher und man kann von einer Vollausslastung unserer Kinderbetreuungseinrichtungen sprechen. Dies bedeutet aber, daß wir an den Grenzen unserer Kapazität angelangt sind und weitere Kindergärten bauen werden müssen. Dies ist eindeutig in unserer Resolution festgehalten. Bei uns im Resthof sind zum Beispiel alle Gruppen bis zum Schulschluß 1996 restlos belegt. Die Klagen der Eltern, deren Kinder im kommenden Kindergartenjahr 1995/96 kindergartenfähig werden, erreichen bereits eine Schmerzgrenze. Gerade im Resthof ist, bedingt durch die hohe Mietenbelastung, das Doppelverdienertum notwendig, da sonst der Lebensstandard ins Bodenlose absinken würde. Und das wollen wir alle ja sicherlich nicht! Nun zurück zu unserer Resolution. Mich verwundert, daß gerade im abgelaufenen Jahr, dem deklarierten Jahr für die Familie, von seiten der Landesregierung und der damit betrauten Politiker und zuständigen Stellen für die Familie recht wenig geschehen ist. Es wurden zwar viele Aktivitäten auf allen Ebenen gesetzt, doch getan haben letztendlich nur die Kindergartenhalter etwas, indem sie die dementsprechenden Lokalitäten und das Fachpersonal zur Verfügung gestellt haben. Wenn wir uns dabei die Finanzen näher anschauen - und Stadtrat Zagler wird sicherlich noch darauf eingehen -, sind wir gezwungen, dem Land 165 Millionen Schilling in den nimmermüden Rachen zu schmeißen. Der goldene Esel Land gibt aber im Gegenzug nur 61 Millionen Schilling her. Die Differenz von 104 Millionen Schilling müssen leider wir Steyrer schlucken. Wenn man die Zahlen genau ansieht, haben fast alle Abgaben an das Land sozialen Charakter und sind im weiten Umfeld gegen die Familie gerichtet. Der Altlandeshauptmann Dr. Ratzenböck war verbal immer ein Verfechter für die Familie und offensichtlich sein Nachfolger ebenfalls. Nur finanziell war er der harte und disziplinfordernde Landesvater, der für eine Stadt wie Steyr wenig Verständnis aufbrachte. Ich kann nur hoffen, daß unser neuer Landeshauptmann Dr. Pühringer nicht in den Fußstapfen des alten Landeshauptmannes wandelt, sondern neue Wege beschreitet, die auch für unsere Stadt Steyr, ihre Bürger und vor allem ihre Kinder eine bessere Zukunft bescheren.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke. Als nächster hat sich Herr Stadtrat Eichhübl zu Wort gemeldet.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß wir von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion dieser Resolution selbstverständlich die Zustimmung geben werden, obwohl ich persönlich befürchte - ja sogar davon überzeugt bin -, daß es dieser Resolution ebenso ergehen wird, wie vielen anderen Resolutionen, die von diesem Gemeinderat bereits verabschiedet worden sind in Richtung Bund und Land. Sie werden negiert, teilweise nicht beantwortet und - wie ich vermute - irgendwo in einem Rundordner landen. Beispiele dafür gibt es genug, wenn ich nur daran denke, wieviele Resoutionen von diesem Gemeinderat verabschiedet wurden im Zusammenhang mit der Errichtung der Nordspange in den letzten 15 - 16 Jahren. Nordspange haben wir bis heute noch keine. So wäre es mir auch noch möglich, eine Reihe von anderen Beispielen heranzuziehen. Ich möchte ganz kurz auf die Wortmeldung vom Kollegen Rohrauer eingehen, der sicherlich in seiner Argumentation recht gehabt hat, aber eines sollte halt auch nicht passieren, was vor kurzem passiert ist. Ich habe im Zusammenhang mit einem anderen Antrag mit dem Herrn Bürgermeister ein Zwiegespräch geführt, sehr viele Mandatare haben nicht erkannt, worum es gegangen ist, daher darf ich das Beispiel heute wiederholen. Was ist passiert? Wir haben vergangenen Herbst - wie ich mich erinnern kann - einstimmig eine Resolution in Richtung Abschaffung der Landesumlage verabschiedet. Es hat sich dann herausgestellt, daß einige Monate vorher die Freiheitliche Landtagsfraktion einen Antrag auf Abschaffung der Landesumlage im Landtag eingebracht hat und die Mandatare der SPÖ und der österreichischen Volkspartei diesen Antrag abgelehnt haben. Sollte auch nicht passieren, aber ich habe es bewußt hier nochmals

klargemacht, was mit so manchen Resolutionen aus den Gemeindestuben passiert. Aber, meine Damen und Herren des Gemeinderates, der wahre Grund meiner Wortmeldung ist der, daß ich befürchte, daß dieser Antrag eine Ankündigung für eine weitere Tarifierhebung in diesem Bereich sein wird. Warum? Weil ich davon überzeugt bin, daß das Land kein Geld haben wird oder zumindest zuwenig Geld zur Verfügung stellen wird, so daß es erforderlich sein wird, in diesem Bereich Tarifierhebungen durchzuführen. Das ist für mich sehr dramatisch, wenn ich daran denke, wieviele Tarifierhebungen es in den letzten Jahren, Monaten und Wochen gegeben hat. Ich bin überzeugt davon, daß wir noch über dieses Thema sprechen werden. Wie gesagt, der Resolution werde ich die Zustimmung geben, ebenso wie meine Fraktionskollegen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Stadtrat Eichhübl. Als nächster Herr Stadtrat Holub. Gibt es noch weitere Wortmeldungen?

STADTRAT KARL HOLUB:

Wie der Gemeinderat Mundorff meint: „Schauen wir, was er sagt.“ Der vorliegende Antrag, eine Resolution des Gemeinderates der Stadt Steyr bezüglich der Kindergärten und deren höhere Bezuschussung durch das Land Oberösterreich, gibt mir Anlaß für einen breiteren Rundblick. Also schauen wir wirklich, was er sagt. Die Gefahr, die Kollege Eichhübl aufzeigt, daß die Tarife erhöht werden, scheint mir auch nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn man sich dazu den Wortlaut des Amtsberichtes verinnerlicht. Lassen sie mir den jetzt hernehmen und einige Gedanken daraus ableiten. Es wird für die Stadt Steyr bei den Kindergärten pro Platz und Monat ohne Investitionsaufwand mit S 4.242,-- und im Bereich der Horte mit S 4.383,-- die Stadt belastet. Aus dem Betrieb der Kindergärten. Im Vergleich dazu wollen wir einmal anschauen, was die privaten Kindergärten an Subvention bekommen, ausgenommen der Waldorff-Kindergarten und der Teilzeitkindergarten der Kinderfreunde. Aber die sonstigen Kindergärten von privaten Trägern, nämlich Caritas-Kindergärten zum Beispiel, bekommen je Kindergarten S 24.000,-- - in Münchenholz sind mehrere Gruppen in diesem Kindergarten -, aber bitte nicht etwa im Monat, sondern im Jahr! Vergleichen wir den Aufwand, den die Stadt in sich selbst pro Monat an Abgang hat, nämlich rund S 4.000,-- pro Kind. Nehmen wir jetzt an, daß eine Kindergartengruppe aus - nehmen wir es einmal ganz salopp und kurz zum Kopfrechnen, damit wir uns leichter tun - 15 Kindern besteht, dann sind das S 60.000,-- pro Monat. Die Caritas-Kindergärten machen dieselbe Dienstleistung am Bürger der Stadt für einen städtischen Aufwand von S 24.000,-- pro Standort. Wenn man das jetzt auf den Zuschuß pro Monat und Kind aufrechnet, müßten wir eigentlich schamrot werden vor der Behauptung, daß im Resthof die Kindergärten voll sind und wir nicht wissen, woher wir die Lösungen finden sollten. Da müßten wir schamrot werden, wenn wir in die Vergangenheit zurückblicken und uns an die Aussage erinnern, als wir von der ÖVP versucht haben, die Caritas-Kindergärten mit mehr finanziellen Mitteln, auszustatten: „Das ist gegen die Intention. Wir haben einen sozialpolitischen Weg, den wir gehen wollen, und dieser Weg heißt Kindergarten der Stadt.“ So geschehen vor einigen Jahren im Stadtsenat. Daran muß man sich erinnern, gesprochen hat Erich Sablik. Er ist nicht mehr bei uns, aber man kann das durchaus noch nachdiskutieren. Wer damals in dieser hohen Runde mit dabei war, wird sich noch daran erinnern. Gut. Wenn die Stadt schon meint, sie erfüllt einen eigenen sozialpolitischen Weg, dann wird die Stadt nicht darüber wehklagen dürfen, daß es so ungleiche Belastungen in ihrem Säckel gibt. Was ich jetzt meine ableiten zu können, das ist, daß offenbar die privaten Kindergärten im Caritas-Bereich - früher hat man gesagt - eine Konkurrenzvorstellung zu den städtischen Kindergärten darstellen und daher nicht gefördert wurden, daß es aber richtig wäre, die privaten Kindergärten etwas höher zu fördern. Ein Vielfaches wäre da möglich! Mit dem Aufwand, mit dem zum Beispiel der Caritas-Kindergarten Münchenholz gefördert wird, sind nicht einmal 6 Kinder im Monat finanziell bedeckt. 7 Kinder, die in einen städtischen

Kindergarten gehen, kosten der Stadt mehr, als ein Caritas-Kindergarten in Münichholz mit zumindest 2, zeitweise 3 Gruppen der Stadt kostet. Und dort findet auch Dienstleistung statt. So, das ist also das eine Bild. Dann gibt es ein anderes Bild. Natürlich hat die Stadt gut funktionierende Horteinrichtungen. Der Kollege Rohrauer hat das auch aufgeführt, in 15 Gruppen entstehen 13 Millionen Schilling Personalaufwand. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, hohes Präsidium, ich weiß nicht, ob sie alle wissen, welche Situation jetzt entstanden ist. Lassen sie mir ein Beispiel schildern, das sie glaubhaft macht: Eine junge, alleinerhaltende Mutter war arbeitslos, weil sie ihre Arbeitskraft nicht in der Produktion einsetzen konnte, weil sie ein Kind hat. Entsprechend aus dem sozialen Netz unterstützt, wächst das Kind in die Fähigkeit, einen Hort zu besuchen, weil es schulpflichtig wird. Das Kind wächst in diese Fähigkeit, die Mutter bekommt Gott sei Dank Arbeit. Ein Glück, das nicht jedem beschieden ist. Was passiert jetzt? Die Mutter steht vor der Tatsache der beginnenden Schulferien und erfährt, leider Gottes sind die städtischen Horte - andere haben wir nicht - über die Schulferien geschlossen. In ihrer Not geht sie zum Arbeitsgeber und sagt: „Lieber Arbeitgeber, ich habe ein Problem. Ich brauche andere Dienstzeiten, weil mein Kind daheim ist, das kann ich alleine nicht bewerkstelligen und im städtischen Hort bringe ich es nicht unter.“ Nächste Strophe, der Arbeitgeber sagt: „Das ist nicht mein Problem. Ich habe betriebsnotwendige Anwesenheitszeiten, wenn du die nicht erfüllen kannst, muß ich mir jemanden suchen, der diese Möglichkeit bringt.“ Das ist vom sozialen Standpunkt her nicht sehr ausgezeichnet, aber vom Standpunkt des Betriebes - mag sein - verständlich. Ich sage jetzt nicht, wer das ist, weil die Dame Schutz haben soll. Aber es ist ein konkreter Fall, der an mich an einem Sprechtag herangetragen wurde. Was passiert jetzt in weiterer Folge? Wir wenden 13 Millionen Schilling Personalaufwand auf und sind nicht in der Lage zu verhindern, daß diese Frau wieder arbeitslos wird. Sie wird arbeitslos werden, weil ihr nichts anderes übrigbleibt! Sie ist alleine in Steyr, hat keine Angehörigen, und ihre Nachbarn helfen ihr auch nicht. Das ist die Kehrseite des großen Aufwandes, meine Damen und Herren und liebe Öffentlichkeitsvertreter, die schreiben! Das ist das soziale Gefühl, das mir eigentlich nicht sehr bedeckt erscheint, wenn es dann heißt: „Früher hätten wir helfen können, aber das geht leider Gottes nicht, weil wir heuer keine Ferialpraktikanten in den Horten haben. Wir haben keine Ferialpraktikanten, weil der Stadtsenat das beschlossen hat.“ Das war die Antwort. Das befriedigt die Mutter überhaupt nicht, ändert ihre Situation auch nicht! Wenn ich aber jetzt die Niederschriften anschau, die wir selbst uns über die Budgetklausur gemacht haben, so war genau der soziale Bereich bei der Restriktion nicht beinhaltet. Das ist jetzt nur ganz einfach zum Nachdenken, ob das alles so gemeint war, wie es sich jetzt auswirkt. Es hat im Kindergarten Plenkelberg die Möglichkeit gegeben, daß Kinder in solchen Situationen inoffiziell mitbetreut werden. Die haben das eben als auszeichnungswürdige Großzügigkeit mitgemacht, obwohl es gegen die Normen war. Sie haben es halt gemacht. Ein herzliches Danke an die Kindergärtnerinnen und Kindergärtner! Aber es bleiben unsere Leute in ihrer Zwangssituation unversorgt! Jetzt könnte man mir entgegenhalten - das weiß ich -, das sei ein Einzelschicksal und mit Gemeinderatsbeschlüssen erledigt man keine Einzelschicksale. Oh nein, das sind keine Einzelschicksale, es gibt Statistiken darüber. Schauen wir uns das einmal alle gemeinsam an, wie viele alleinerhaltende und alleinstehende Mütter es wirklich gibt. Nicht nur die steuerfreundlichen, die nicht zusammenziehen, damit sie mehr Unterstützung bekommen, sondern jene, die wirklich in Zwangssituationen sind. Schauen wir uns die Zahlen einmal an und denken wir daran, daß wir doch auch soziale Aufgabenstellungen haben, die nicht nur in bestimmte Richtungen gehen sollten. Schauen wir uns an, wie die 13 Millionen entstehen. Das ist die nächste Seite. Man sieht also, aus so einem Antrag kann man eine ganze Palette von Blickwinkeln ausarbeiten. Schauen wir uns die nächste an. Wieder die Kindergärten, nein, nehmen wir einmal die Horte, da versteht man es ein wenig besser. Bei den Kindergärten komme ich nämlich nicht mit. Die Horte haben in den Schulferien betriebsfrei. In der betriebsfreien Zeit haben die Mitarbeiter, so nehme ich es an, keine Präsenzpflicht. Es wäre ziemlich sinnlos, präsent zu sein, wenn man den Kindern den Zutritt verwehrt, weil betriebsfrei ist. Wieviele Ferienmonate hat das Jahr, was glauben sie? Wieviele Urlaubswochen hat der normale Arbeiter oder Angestellte? Das weiß ich, mehr als 6 Wochen im Jahr gibt es nicht. Wenn ich das jetzt vergleiche, wir haben 13 Millionen Schilling Abgang aus dem Titel Horte, so kommt die Frage: Wieviele Wochen oder Monate erlösen wir keine Beiträge für das Personal, weil wir betriebsfrei sind? Das Gesetz habe ich mir angeschaut. Es regelt, daß an bestimmten Tagen und in bestimmten Perioden des Jahres den Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen Urlaub gebührt, und daß der Gebührenurlaub in der Regel in der betriebsfreien Zeit oder in der

Schulferienzeit - so heißt es sinngemäß übersetzt - konsumiert werden muß. Wenn man sich die Entwicklung dieser Feriengestaltung anschaut, so kommt man darauf, daß aus ursprünglich 5 Wochen betriebsfreier Zeit im Jahr 1973 mittlerweile alle Schulferien betriebsfrei geworden sind. Das ist kein Vorwurf an die Kindergärtnerinnen, wirklich nicht! Wenn jemand diese Möglichkeiten hat, so stehen sie ihm auch zu, wenn sie ihm der Dienstgeber gegeben hat. Es steht ihm zu! Ich bin es nicht neidig! Das muß ich ausdrücklich sagen, damit nicht wieder allfällige Betrachtungen kommen. Das sei auch an die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten gerichtet, bei der ich mich dann in weiterer Folge auch noch persönlich bedanken möchte. Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten lasse ich jetzt aus dem Kraut. Ich wende mich wieder den Mitarbeiterinnen im Kindergarten- und Hortewesen zu und sage: Ich bin euch wirklich nichts neidig! Aber wenn wir schon sagen, der Ruin steht vor der Tür, wir müssen höhere Zuschüsse vom bösen Land haben - ich möchte gar nicht alle Apostrophe dazu anführen, die der Kollege Rohrauer gebraucht hat -, so müssen wir auch hinterfragen, ob die Dienstzeitenregelungen, wie sie gehandhabt werden, tatsächlich alle richtig sind. Ich habe es nicht gepackt herauszubekommen, wie die Dienstzeitenregelung für die Kindergärtnerinnen wirklich ist. Wohlgermerkt, ich bin es nicht neidig! Ich wäre nur recht froh und dankbar, wenn man eine Form der Aufklärung bekommen könnte, damit man weiß, welche Ferienregelung und welche Urlaubsregelungen die Kindergärtnerinnen haben und welche Gesamtabsenz im Jahr und im Durchschnitt sich daraus ergibt. Das wäre wirklich einmal eine Betrachtung wert, wenn man Resolutionen macht, in denen man mit einer hoffnungslosen Finanzsituation argumentiert. Dieser Resolution werden wir selbstverständlich zustimmen, weil wir ja auch das Budget lesen können! Es wäre schön, wenn unsere Verlustabgänge zur Hälfte vom Land ersetzt würden. Aber das Land wird uns ganz sicherlich fragen, was wir im eigenen Bereich getan haben. Die Frage wird sicher kommen. Und im Hinblick auf diese Frage möchte ich mich nicht schuldig machen, daß ich verschwiegen hätte, daß man vorher nach Antworten suchen sollte. Das ist einer der Beiträge. Sollte sich jetzt wieder ein Willi aus dem Gewerkschaftszeitungsblatt über mich in Mundart - darum gebrauche ich sie jetzt auch, damit der Willi mich auch versteht, weil er es nicht anders kann - auslassen, sollte er wieder über mich schreiben wollen, lade ich ihn gerne ein. Ich bin schon neugierig, was ihm einfällt! Wir haben bei den Kindergärtnern noch eine dritte Facette. Zwei haben wir schon gehabt, es gibt noch eine dritte Facette, das sind die Familienbegleitenden Kindergärtner. Wir haben alle gesagt, die Familienbegleitenden Kindergärten sind eine sehr notwendige soziale Initiative, ebenso die Familienbegleitende Sozialarbeit an sich. Ein beispielweisendes Projekt der Stadt Steyr, das gar nicht genug gelobt werden kann. Aber schauen sie sich einen Vergleich an. Zwei machen die Arbeit, eine Sozialarbeiterin und eine Kindergärtnerin. Wieviel Urlaub hat die Sozialarbeiterin, was glauben sie? Mit ihrem Alter fünf Wochen. Wieviel Arbeit und Dienstfreizeiten hat die im selben Raum arbeitende Kindergärtnerin? Siehe oben. Sie ist zwar nicht in einem Kindergarten, der betriebsfrei ist, hat aber trotzdem dieselbe Dienstzeit- und Freizeitregelung. Nicht, daß ich es ihr neidig bin! Wirklich nicht, ich vergönne es ihr! Ich würde ihr auch vergönner, wenn sie mehr hätte! Wirklich, von ganzem Herzen! Jeder soll das haben, was ihm der Dienstgeber gibt! Aber die Frage ist, ob das so richtig ist? Die vierte Seite dazu: Es hat beim Projekt pädagogische Familienbegleitung einen Lehrer gegeben. Dieser Lehrer war vom Dienst freigestellt. Er hat just am ersten Tag seiner Dienstfreistellung erfahren müssen, daß er selbstverständlich keine Ferienzeiten mehr hat, sondern daß ihm der reguläre Gebührenurlaub des Dienstnehmers zusteht. Punkt, Ende, Absatz, einfach zum Nachdenken. An meinen Freund Willi noch ein paar Worte. Sie wissen, wer Willi ist. Nicht? Willi der Aktenwurm. Willi hat sich in einer Liebenswürdigkeit mit mir auseinandergesetzt, wie es überhaupt noch nicht der Fall war. Es ist mir in meinem Leben - und es werfe der den ersten Stein, dem das zusteht - noch nie der Vorwurf gemacht worden, in irgendeiner der Gruppen, in denen ich arbeite und mich engagiere, ein schwarzes Schaf zu sein. Das ist ein ganz lieber Gag. Aber, lieber Willi, wer immer du bist, es gibt auch Menschen, die gekränkt werden können! Du, Franz, kennst den Willi wahrscheinlich, denn du bist Mitglied des Redaktionskomitees ... Bist du nicht? Dann gratuliere ich dir. Aber du kennst wahrscheinlich jemanden, der den Willi kennt. Sag dem bitte, daß man so niemandem nützt! Das geht jetzt zu weit und würde uns vom Thema wegführen. Das sage ich aber jetzt nicht nur für das Protokoll, sondern weil es mir wirklich weh tut. Ich bin kein schwarzes Schaf! Ein schwarzes Schaf ist etwas sehr ehrenrühriges im allgemeinen Sprachgebrauch. Ich möchte bitteschön wirklich sagen, überlegt euch, liebe Freunde von der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes, der Gemeindebediensteten, doch wirklich die Wortwahl und was da vorkommen kann.

*Zwischenruf Gemeinderat Josef Brandstötter:*

*Es ist aber momentan keiner herinnen!*

STADTRAT KARL HOLUB:

Oh doch! Es sind Mitglieder der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten im Raum, und die spreche ich als Mitglied des Gemeinderates an, damit sie weitergeben, daß man solche Töne vermeiden sollte. Ich bitte wirklich um Klarstellung über die Auswirkung der Betriebsvereinbarung, die am 7. Mai 1993 über die Kindergärtnerinnen getroffen wurde. Ich habe diese über Anfrage natürlich bekommen. Gar so natürlich ist das gar nicht in Steyr! Aber ich bedanke mich dafür, daß man diesem Wunsch nachgekommen ist. Ich habe diese Betriebsvereinbarung bekommen. Ich konnte sie lesen, aber ich werde nicht schlau daraus. Deswegen bitte ich wirklich, daß man uns erklärt, wieviel Absenzzzeit einer Kindergärtnerin in Steyr zusteht. Wenn man diese Resolution positiv beschließt, was ich sehr hoffe, dann sollte man auch den Überblick über die von mir gestellten Fragen haben. Es sollte sich der Gemeinderat auch die Frage stellen, ob diese Minimalstförderung der Caritas-Kindergartengruppen überhaupt noch zu vertreten ist, moralisch und wirtschaftlich, weil jede höhere Förderung und jede Investition in eine nicht-städtische Gruppe den Druck von der Stadt wegnehmen würde, sowohl finanziell als auch räumlich. Die Investitionen, die in diesen konfessionellen Kindergärten getragen werden, müßten dann letztendlich auch nur zum Teil am Subventionsweg aus der Stadt getragen werden. Eine ganze Menge zum Nachdenken! Wenn es mir gelungen ist, meine Damen und Herren, sie zu veranlassen, mir ernsthaft zuzuhören, dann hätten wir eigentlich eine ganze Menge zu tun. Wenn nicht, dann bin ich es auch schon gewöhnt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke, Herr Stadtrat Holub, für die erste kurze Stellungnahme und für den Ausflug in das Tierreich, wo ich dann wieder zuständig wäre. Als nächster hat sich Herr Gemeinderat Dipl.-Ing. Mundorff zu Wort gemeldet, bitte sehr.

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die schwierigen Arbeitsbedingungen von uns hier haben wir ja geredet. Ich hoffe, sie verzeihen mir deswegen, daß ich heute in etwas sommerlichem Look vor ihnen stehe. Ich möchte aber auch sofort auf das Thema zurückkommen: Mein Vorredner, Stadtrat Eichhübl, hat ja bereits erzählt, daß wir diese Resolution sicherlich unterstützen werden, nur möchte ich da noch etwas weiter gehen. Ich glaube sehr wohl, daß diese Resolution sogar nur ein gewisses Feigenblatt sein soll. Wenn dann die Elternbeiträge erhöht werden, kann man auf das Land und den Bund zeigen und sagen: „Die Bösen haben uns nichts gegeben! Uns bleibt gar nichts anderes übrig, wir mußten erhöhen!“ So ist das sicherlich schlecht! Aus budgetärer Sicht erteilen wir - wie gesagt - natürlich trotzdem eine Zustimmung in der Hoffnung, daß es funktioniert. In dieser Resolution wird auch auf das Jahr 1994, das Jahr der Familie, die großartigen Aktivitäten in diesem Zusammenhang und die eminente Bedeutung der Kindergärten und Horte für unser Gesellschaftssystem bezug genommen. Mit diesem Wort „unser“ kann ich mich sicherlich nicht identifizieren, und ich lasse mir auch daraus - wie es heute geworden ist - keine Verantwortung zudividieren. Von dieser Stelle aus habe ich in diesem Jahr 1994, als es um das Jahr des Kindes ging,

schon einmal darüber geredet, daß eigentlich das Gesellschaftssystem und diese Nicht-Finanzierbarkeit, an der wir angelangt sind, das Ergebnis einer Verfechtung - das muß ich in dem Fall schon sagen - der sozialistisch geprägten Familienpolitik ist, die über die ganze Zeit von der Wiege bis zur Bahre betreuen will, Einfluß nehmen will und dadurch natürlich ein großes Potential für sich gesehen hat. Aber Gott sei Dank hat das einen Pferdefuß, es ist nämlich - wie wir sehen - schön langsam nicht mehr finanzierbar.

*Zwischenruf*

*Gemeinderat Kurt Apfelthaler:*

*Wieso Gott sei Dank?*

GEMEINDERAT DIPL.-ING. FRANK MUNDORFF:

Gott sei Dank hat es einen Pferdefuß! Wir Freiheitlichen erneuern unsere langjährige Forderung, daß mit der natürlich notwendigen Betreuung aus der jetzigen Situation heraus eine Steuergerechtigkeit einhergehen muß und eine steuerliche Symmetrie zwischen Familienbetreuung und öffentlichen Betreuung. Wir erneuern unsere Forderung nach einer echten Wahlfreiheit der Frauen zwischen Familie und Beruf, die daraus resultiert. Diese Familienarbeit muß endlich einmal gleichgesetzt werden mit der Berufsarbeit. Der Verfassungsgerichtshof hat schon im Dezember 1991 diese Unterschiede bemängelt. Eine gute Gelegenheit dazu böte - und da könnten sie sicherlich auf die entsprechenden Kollegen in Wien einwirken - die dritte Etappe der Steuerreform, nachdem die zweite eher eine Schlechterstellung der familiären Betreuung gebracht hat. Das System ist klar, diese Individualbesteuerung wurde seit 20 Jahren kontinuierlich von den Sozialisten hochgelobt und hat die Schlechterstellung der Familien gebracht. Dazu kommt noch die kalte Progression - das heißt, daß immer mehr Leute in höhere Steuer-klassen hineinkommen -, die das Tempo verschärft, aber natürlich dem Finanzminister 8 - 10 Milliarden Schilling bringt. Deswegen will er daran nicht rütteln. Diese Gleichbesteuerung ist die wesentliche Ursache für die Armutsgefährdung von Mehrkinderfamilien - daß die sich solche Sachen nicht mehr leisten können, darüber wurde heute auch schon geredet -, für Alleinverdiener und Alleinerzieher. Trotz dieser sogenannten Familienförderung, bei der wir sogar im internationalen Spitzenfeld liegen, leben mehr als 100.000 Familien in Österreich an bzw. unter der Armutsgrenze. So kann Kinderbetreuung natürlich nicht finanziert werden. Ich hoffe, sie erkennen aus diesen Ausführungen, daß ihre Vorstellungen von einem Gesellschaftssystem so nicht weiter erhalten bleiben können. Selbst ein Erfolg ihrer Resolution ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Wie es anders gehen kann und wie zudem der Haushalt auch längerfristig und nachhaltiger entlastet werden kann, haben meine Vorredner und ich - glaube ich - verdeutlicht. Wirken sie also - wie ich schon gesagt habe - auf ihre Kollegen ein und verdeutlichen sie ihnen, daß zum Wohle der Familien eine steuerliche Diskriminierung dieser Einrichtung beseitigt werden muß, und daß wir den Frauen einfach die Wahlfreiheit lassen müssen. Sie müssen die echte Wahlfreiheit zwischen Familie und Beruf haben! Ich bin überzeugt, daß sich unter diesen Voraussetzungen, wenn der steuerliche Anreiz wegfällt, viele für ihre Familien entscheiden würden. Dann haben wir weniger Probleme mit der Betreuung der Kinder. Vielleicht ist die Betreuung in der Familie sogar besser.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke Herr Dipl.-Ing. Mundorff. Als nächster hat sich Herr Gemeinderat Oppl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm und gebe den Vorsitz zurück an den Herrn Bürgermeister.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte nur ganz kurz auf die Ausführungen des Kollegen Holub eingehen. Lieber Karli, nachdem ich dir sehr aufmerksam zugehört habe, hoffe ich auch zur sachlichen Diskussion und zum sachlichen Ablauf etwas beizutragen. Selbstverständlich werde ich deine letzte Anregung bzw. deine letzte Bitte weitertragen und es den Kollegen im Gewerkschaftssekretariat weiterleiten. Ich persönlich kenne den Wurm Willi ebenfalls nicht. Ich hoffe, du glaubst mir das. Ich weiß wirklich nicht, wer das ist. Zu den anderen Punkten, zur Dienstzeitenregelung und deiner Frage, wie das geregelt ist: Ich persönlich kann es auch nicht genau sagen, aber ich habe den Eindruck bzw. ich bin überzeugt, daß auch die Kindergärtnerinnen pädagogische Arbeit leisten. Ich sehe das so, daß sich diese Dienstzeitenregelung an der Regelung der Lehrer anlehnt, sprich an die Ferien. Sie haben ja an und für sich auch das Lehrerschema. Ich sehe darin den Grund, daß diese Dienstzeitenregelung so gilt. Sollte das der Fall sein - wobei ich ziemlich sicher bin, daß es so ist -, dann würde ich schon ersuchen, in der Diskussion zu berücksichtigen, daß diese Regelung nicht alleine in Steyr der Fall ist, sondern daß diese Regelung allgemein - zumindest für ganz Oberösterreich - gültig ist, auch wenn es vielleicht in Nuancen kleine Unterschiede von Gemeinde zu Gemeinde geben kann. Ich möchte aber auf deine Ausführungen bezüglich der Caritas-Kindergärten kurz eingehen, nämlich aus dem Grund, damit nicht der Eindruck entsteht, der Teilzeitkindergarten der Kinde-freunde bzw. der Waldorff-Kindergarten werden über Gebühr gefördert. Ich persönlich - muß ich ehrlich sagen - kann nicht nachvollziehen, wie der Caritas-Kindergarten seine Finanzen abwickelt. Der große Knackpunkt war zu dem Zeitpunkt, als der oberösterreichische Landtag mit allen Stimmen der Parteien, auch mit den Stimmen der Freiheitlichen beschlossen hat, die Reform durchzuführen, daß die Kindergärtnerinnen zukünftig im B-Schema entlohnt werden und mittels einer Nachschulung auch alle anderen Kindergärtnerinnen, die die Matura bis jetzt nicht gehabt haben, ebenfalls in das gleiche Schema hineinkommen. Mit diesem Beschluß explodierten die Personalkosten. Explosionsartig gingen diese Personalkosten in die Höhe, nicht nur in der Stadt Steyr, sondern auch bei allem anderen Kindergärten. Das war unter anderem bei uns im Teilzeitkindergarten der Kinderfreunde und im Waldorff-Kindergarten der Grund - nach Berechnungen mußten wir das feststellen, nachdem wir gesetzlich verpflichtet waren, diese höhere Entlohnung durchzuführen -, daß die Schere nicht mehr zusammengegangen ist. Ich kann jetzt nur für den Kinderfreunde-Kindergarten sprechen. Wir erwirtschaften aus unserem Kindergarten nicht einen Schilling Gewinn. Im Gegenteil, wir müssen noch dazufinanzieren. Aus diesem Grunde verwundert es mich und würde mich brennend interessieren wie, aber offensichtlich kommen die Caritas-Kindergärten irgendwie durch. Wenn sie nicht auskommen, kann man gewiß sein, wird es von meiner Person aus in der Diskussion sicherlich die größte Unterstützung geben, weil es um Kinder geht. Für mich ist es egal, ob es ein Caritas-Kindergarten, ein Waldorff-Kindergarten oder sonst irgendein Kindergarten ist. Es geht um Kinder um nicht um Parteipolitik! Ich glaube, wir von der Sozialdemokratischen Fraktion haben das auch im letzten Sozialausschuß bewiesen, wo wir sehr vehement die Kurzzeitbetreuung der Caritas, nicht nur so, sondern auch verbal sehr wohl unterstützt haben. Wir haben mit der Caritas sicherlich keine Berührungsängste, das möchte ich hier in diesem Kreis ausdrücklich betonen! Wenn es einmal so gewesen ist, dann ist es vorbei! Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr. Daher kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 6. Aber vorher kommt noch das Schlußwort der Frau Referentin.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Kollege Oppl hat mir eigentlich schon sehr viel vorweggenommen. Zum Thema Aufklärung über die Regelung in den Kindergärten, kann ich 5 Tage gleich erklären. Ich habe mich erkundigt, die arbeiten 40 Stunden in der Woche. Vorgeschrieben ist eine 38 ½ Stunden-Woche, also bleiben im Jahr 5 Tage zusätzlicher Sonderurlaub.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Es gibt einen zweiten Block und es gibt die betriebsfreie Zeit.*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es gibt natürlich einen zweiten Block, das war eine Vereinbarung im Jahre 1973. Es gibt auch eine Vereinbarung im Altersheim, das müßten sie selbst wissen, daß die auch zusätzlich Urlaub haben.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Ich habe das nicht gemacht!*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich auch nicht! Ich kann es nur vortragen. Aber die Vereinbarung über die 5 Tage Sonderurlaub ist da, darum habe ich gesagt, die ist im Jahre 1973 gemacht worden.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Frau Vizebürgermeister, ich habe eine relativ klare Frage gestellt: Wieviele Wochen sind es bei den Mitarbeiterinnen aus dem Kindergarten- bzw. Hortewesen? Ohne Krankenstände, das ist klar, weil da kann keiner etwas dafür.*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sieben Wochen sind sie weg. Das setzt sich mit dem Zusatzurlaub so zusammen. Ab einem gewissen Alter sind es acht Wochen, mit den Jahren bekommt man ja eine Woche mehr Urlaub. Sieben Wochen haben sie grundsätzlich. Sie haben zweimal fünf Tage Sonderurlaub ...

*Unverständliche Zwischenrufe*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Weihnachtsferien, Energieferien, in diesem Zeitraum haben wir die Kindergärten offen.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Entschuldige bitte, da ist ein Kinder-garten in den Schulferien offen, das ist der Kindergarten Plenklberg. Der hat zwei oder drei Gruppen, das weiß ich jetzt nicht auswendig, mehr hat er jedenfalls nicht!*

Bürgermeister Hermann Leithenmayr:

Der Plenklberg hat sechs Gruppen!

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Von mir aus hat er sechs Gruppen insgesamt, davon sind dann zwei Hortgruppen, also sind es vier Gruppen.*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Plenklberg ist auch die ganzen Ferien offen! In jedem Stadtteil haben Kindergärten offen.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*In den Schulferien?*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, am Plenklberg und auf der Ennsleite. Nur Plenklberg? Ich habe mir gedacht, Ennsleite auch.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Das haben wir letzthin im Stadtsenat besprochen.*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da war ich ja nicht da!

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Da stimmt etwas nicht! Entweder haben wir eine falsche Auskunft bekommen oder sie. Einer von uns beiden.*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kontrolle!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich werde mir die Kontrolle genau zusammenschreiben lassen, damit man das genau sagen kann. Aber ich glaube, es ist ja im Altersheim dieselbe Regelung. In den Kindergärten herrscht ein akkurates Betriebsklima - das möchte ich jetzt schon einmal sagen - unter den Kindergärtnerinnen. 100 Frauen in einem Betrieb, daß die eine Einheit bilden, ist nicht so einfach! Das kann ich auch dazu sagen. Es ist schwer! Im Gegensatz zum Altersheim, wo nicht so eine Harmonie innerhalb des Betriebes herrscht, das muß man auch sagen. Ich werde es aber selbstverständlich überprüfen, weil es mir ebenfalls nicht ganz klar ist. Wir werden es aufklären! Der Herr Dr. Starzengruber ist ja da, er wird es uns dann ganz genau schriftlich belegen können.

*Unverständliche Zwischenrufe*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Jetzt lassen wir erst einmal die Referentin fertigreden, dann werde ich den Herrn Dr. Starzengruber bitten, einige Erläuterungen zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte etwas zu den Horten sagen: Mein Wunsch war es auch, daß der Hort in den Ferien offenbleibt. Wir hatten schon An-fragen - wir haben das nicht publik gemacht - von 15 Müttern, die Alleinerzieher sind. Im Personal-beirat ist mir eine Ferialpraktikantin abgelehnt worden. Ich hätte mich mit einer Ferialpraktikantin zufriedengegeben, die hätte uns vielleicht 20.000 Schilling für 8 Wochen gekostet, aber wir hätten die ganze Zeit jemanden gehabt.

*Unverständliche Zwischenrufe*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es ist mir abgelehnt worden, es war nicht einmal im Stadtsenat!

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Es war ja nicht einmal ein Antrag im Personalausschuß!*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe mit der Frau Schachermayr gesprochen. Sie hat gesagt, es gab einen Antrag. Ich habe noch nachgefragt, es hat geheißen, der Antrag wurde von den Herren einstimmig abgelehnt! Ich bin nicht im Personalbeirat, ich kann es nicht sagen.

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Fehlt die Praktikantin dort wirklich?*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Die fehlt uns sehr! Von der wirtschaftlichen Seite her hätte uns die nicht viel gekostet, weil die Eltern ja weitergezahlt hätten. Ich weiß nicht, warum sie abgelehnt wurde.

*Unverständlicher Zwischenruf von Stadtrat Karl Holub*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir stellen die Dialoge nun ein wenig ein! Zwischenrufe sind erlaubt, aber nicht so ausgeprägt!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Den Herrn Stadtrat Eichhübl hätte ich ersucht, etwas positiver zu denken. Wenn man etwas nicht einreicht, kann auch nichts herauskommen! Darum reichen wir die Resolution ein. Wir können nur hoffen, daß wir etwas zurückbekommen. In Niederösterreich wird alles vom Land bezahlt. Die haben natürlich diese Sorgen nicht, weil die ganzen Kindergärtnerinnen und Kindergärten vom Land Niederösterreich bezahlt werden.

*Unverständliche Zwischenrufe*

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir brauchen die Kindergärten! Damit wir Kosten ersetzt bekommen, haben wir eine Resolution gemacht. Geben wir diese Resolution weiter oder nicht? Das war mein Antrag! Jetzt sage ich nichts mehr, ich bin fertig! Aber nicht mit den Nerven!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war die Beantwortung der Frau Referentin. Jetzt werden wir den Dr. Starzengruber noch bitten, daß er uns erklärt, in welcher Weise - nachdem das ja historisch ist - sich diese Regelung des Zusatzurlaubes ergeben hat. Bitte Herr Dr. Starzengruber. Ich möchte alle bitten aufzupassen, damit wir es beim nächsten Mal wissen!

DR. FRANZ STARZENGRUBER:

Alles basiert auf einem Stadtsenatsbeschluß aus dem Jahre 1973. Natürlich spielt auch die urlaubsrechtliche Gesetzgebung für unsere Kindergärtnerinnen hinein. Die jüngeren haben 35 Arbeitstage, die anderen 40 Arbeitstage Urlaub.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Starzengruber bitte an das Rednerpult zum Mikrophon, wegen des Protokolls.

Dr. Franz Starzengruber:

Aufgrund der urlaubsrechtlichen Bestimmungen und insbesondere eines Stadtsenatsbeschlusses aus dem Jahre 1973 haben unsere Kindergärtnerinnen folgende Urlaubsregelung, die aber selbstverständlich getrennt zu sehen ist von den Öffnungszeiten. Auf die Öffnungszeiten kann ich später eingehen. Der persönliche Urlaub ist 35 Arbeitstage bzw. 40 Arbeitstage. Das ist der Grundurlaub. Nach dem Stadtsenatsbeschluß aus dem Jahre 1973 gibt es während der anderen Ferienzeiten folgende Regelung: 27. - 30. Dezember ist der Kindergarten grundsätzlich nicht geschlossen, aber es besteht Freizeit bzw. Zeitausgleich 1 : 1. Zwischen 2. und 5. Jänner besteht Freizeit für die Kindergärtnerinnen in halbem Ausmaß. In der Karwoche, also Montag bis Gründonnerstag, besteht ebenfalls Freizeit in halbem Ausmaß. Der Punkt ist sehr wichtig, denn obwohl in jeder Gemeinde andere Regelungen bestehen, haben andere Gemeinden zwar weniger Grundurlaub, aber die meisten Gemeinden haben völlig frei zwischen Weihnachten und „Heilige Drei Könige“, sie haben in der Karwoche in den meisten Fällen frei, zum Teil auch in der Energieferien, wo bei uns ganz normaler Betrieb ist. Dann gibt es auch noch einzelne Tage, wie z. B. den Osterdienstag, den Pfingstdienstag, wo bei uns auch ganz normaler Betrieb ist und nicht freigegeben wird, da wird in anderen Gemeinden dafür automatisch Freizeit gegeben, so daß die Besserstellung unserer Kindergärtnerinnen - und da darf ich ein Wort zitieren, das heute schon einmal gesagt wurde: Der Neid ist etwas schreckliches! - nur ganz geringfügig besser ist im Verhältnis zu anderen Gemeinden, auch wenn der Grundurlaub bei anderen Gemeinden eindeutig niedriger ist. So viel besser gestellt sind unsere Kindergärtnerinnen also nicht! Es sei mir erlaubt, als Geschäftsbereichsleiter festzustellen, daß ich sehr froh bin, daß die Arbeit in den Kindergärten so gut funktioniert. Wir ernten sehr viel Lob aus der Bevölkerung und unsere Kindergärtnerinnen leisten ausgezeichnete Arbeit. Wenn sie wissen, was es heißt, pädagogische Arbeit zu leisten - und das wissen die meisten von ihnen, denn ich glaube, fast alle haben Kinder -, dann wissen sie, wie kraftraubend diese Arbeit ist. Ich bitte sie, uns Beamte zu

unterstützen wo es nur möglich ist, diesen Standard zu halten. Denn die Motivation ist sehr schnell weg. Wir haben einen sehr hohen Motivationsgrad in den Kindergärten. Die Motivation kommt nicht von selbst, sie muß erarbeitet werden. Das liegt zum allergrößten Teil in den Händen unserer Frau Oberkindergärtnerin, die sich sehr bemüht. Ich bitte sie, Faktoren der Demotivation nicht einzusetzen. Denn wenn man jemandem etwas wegnehmen will, tut das weh. Auch wenn man jetzt wegen ein paar Urlaubstagen herumdiskutiert und meint, die große Einsparung zu machen, so bitte ich sie zu bedenken, daß die Arbeit in den Kindergärten gut ist. Die Kinder sollten uns das wert sein!

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Und die Betriebszeiten?*

DR. Franz Starzengruber:

Die Betriebszeiten während des Tages oder während der Ferien?

*Zwischenruf Stadtrat Karl Holub:*

*Über ein ganzes Jahr eine Palette, wie schaut das aus?*

Dr. Franz Starzengruber:

Wir haben in den Sommerferien sieben Wochen geschlossen. Wir verlängern den Kindergarten immer um eine Woche. Also ist in der ersten Ferienwoche noch ganz normaler Kindergartenbetrieb, ab der zweiten Ferienwoche ist geschlossen. Der Kindergartenbetrieb wird mit Beginn der letzten Ferienwoche wieder aufgenommen. Daher sind es sieben Wochen. In den Weihnachts- und Osterferien haben wir in den Tagesstätten und in den Horten Betrieb. Nicht den vollen Betrieb, sondern Betrieb je nach Bedarf. Wie es von den Eltern vorher gewünscht wird. Auch das wird natürlich entsprechend abgestimmt. Die Kindergärten sind geschlossen. Wenn Kindergartenkinder betreut werden müssen, können diese in die Tagesstätte gehen. Die Semesterferien sind bei uns zur Gänze geöffnet, ganz normaler Betrieb. Ebenfalls normaler Betrieb ist am Pfingstdienstag und am Osterdienstag. Die Öffnungszeiten tagsüber: Die Kindergärten haben geöffnet von 7.30 bis 12.30 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr. Nicht bis 12.00 Uhr, sondern bis 12.30 Uhr, damit jeder Mutter, die bis 12.00 Uhr arbeiten muß, die Möglichkeit gegeben ist, das Kind abzuholen. Die Tagesstätten haben wir geöffnet von 6.30 Uhr durchgehend bis 18.00 Uhr. Die Horte haben wir geöffnet von 10.30 Uhr ebenfalls bis 18.00 Uhr. Wir haben nur bei den Kindergärten am Freitag nachmittags keinen Dienst, da ist also auch um 12.30 Uhr Schluß. Ich glaube, bei den Öffnungszeiten liegen wir in Oberösterreich optimal, jedenfalls im besten Durchschnitt.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr für diese Erläuterungen. Ich glaube, das war jetzt sehr wichtig und interessant. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Niemand. Stimmenthaltung wird

auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Antrag Nr. 7 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Mein zweiter Antrag lautet:

7) Ha-7442/87 Einrichtung eines Notarzwagens in Steyr; Beitrag zu den Kosten der Notfall- sanitäter im Jahre 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 24. Mai 1995 werden zur Finanzierung der Notfallsanitäter des Steyrer Notarzwagens entsprechend der vertraglichen Vereinbarung mit dem Österreichischen Roten Kreuz, Landesverband Oberösterreich, 37,5 % der gesamten Personalkosten der acht hauptberuflichen Notfallsanitäter ersetzt und mit vorläufig S 1.350.000,-- incl. der Nachzahlung für 1994 gegen nachträgliche Abrechnung akontiert.

Die Bezahlung hat in vier gleichen Teilen zu erfolgen, wobei die ersten beiden Raten sofort zur Auszahlung gelangen und die weiteren jeweils in Höhe von S 320.084,32 am 15. August und 15. November 1995 fällig werden.

Die hierfür erforderliche Mittel im Ausmaß von S 1.350.000,-- werden bei der VA-Stelle 1/5300/757000.2 freigegeben.

Die vom Gemeinderat beschlossene 10 %ige Kreditsperre findet aufgrund der vertraglichen Verpflichtung keine Anwendung.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu dem Antrag das Wort gewünscht? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag oder wird Stimmenthaltung angezeigt? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine Subvention für den Verein „Frauen für Frauen“. Ja, das Jahr ist wieder vorbei. Für den laufenden Betrieb suchte das Frauenhaus in Steyr bei der Stadt Steyr um 1,3 Millionen Schilling an. Seitens der Stadt wurde im Budget für das Jahr 1995 ein Betrag von 700.000 Schilling vorgesehen. Der Antrag lautet:

8) Ha-2517/91 Verein „Frauen für Frauen“; Subvention für das Jahr 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 22. 5. 1995 wird dem Verein „Frauen für Frauen“ für den laufenden Betrieb des Frauenhauses Steyr, Wehrgrabengasse 83, im Jahr 1995 eine einmalige, außer-ordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 700.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel werden bei der VSt. 1/4690/757000.7 freigegeben.

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangen vom vorgesehenen Betrag lediglich S 630.000,-- zur Auszahlung.

Die Auszahlung erfolgt in zwei Teilbeträgen, wobei die erste Rate in Höhe von S 350.000,-- sofort, der Restbetrag erst nach Überweisung des 2. Rate des Landes OÖ. angewiesen wird.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke. Ist jemand gegen den Antrag, übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

**VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:**

Ja, wir werden euch beim Männerhaus-Bau auch recht unterstützen, damit ihr auch keinen Schaden erleidet! Beim nächsten Antrag geht es um den Verein „Pro mente infirmis“, und zwar auch wieder um eine Subvention. Der Antrag lautet:

9) Fin-67/95 Verein „Pro mente infirmis“; ATRIUM Steyr;Subvention 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 11. 5. 1995 wird dem Verein „Pro mente infirmis“ im Zusammenhang mit der Führung des ATRIUM Steyr, Gleinkergasse 21 sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes und 50 % der Betriebskosten eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Betrag von S 340.000,-- gewährt. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 340.000,-- werden bei der VSt. 1/4130/757000.4 freigegeben.

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangen vom vorgesehenen Betrag lediglich S 306.000,-- zur Auszahlung.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Übt jemand Stimmenthaltung? Wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist ein-stimmig angenommen. Nr. 10 bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der nächste Antrag betrifft den neuen Vertragsabschluß mit dem Roten Kreuz über den Behindertenfahrdienst. Der Antrag lautet:

10) SH-4436/91 Behindertenfahrdienst; neuer Vertragsabschluß mit dem Roten Kreuz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 28. 4. 1995 wird dem Abschluß des neuen Vertrages zwischen der Stadt Steyr und dem Österr. Roten Kreuz, mit folgenden Änderungen gegenüber der per 30. 6. 1995 gekündigten Vereinbarung, nach Maßgabe des beiliegenden Vertragsentwurfes zugestimmt.

Die Stadt Steyr übernimmt:

- a) die Kosten für einen hauptamtlichen Sanitäter/Kraftfahrer u. zwar in der Höhe der gesamten Gehalts- und Gehaltsnebenkosten,
- b) die Kosten des Betriebes des Fahrzeuges (Versicherung, Steuer, Instandhaltung, Treibstoff),
- c) Verwaltungskostenpauschale im Ausmaß von 10 Prozent der unter Punkt a) angeführten Kosten, soweit diese Kosten nicht durch Transporterlöse gedeckt sind.

Die Klausel betreffend Kostentragung im Falle der Wiederbeschaffung des Fahrzeuges entfällt.

Der Vertrag tritt mit 1. 7. 1995 in Kraft.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir stimmen ab. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen der Zustimmung. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Mit eurer freundlichen Zustimmung würde ich nun 10 Minuten Pause vorgeschlagen.

**Pause von 16.20 bis 16.40 Uhr.**

Stadtrat Dkfm. Mag. Helmut Zagler trifft um 16.40 Uhr wieder ein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Nächster Berichterstatter ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil, bitte sehr.

#### BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! In meinem ersten und einzigen Antrag geht es um die Errichtung eines Mauthausen-Gedenksteines. Der Gemeinderat hat sich auch hier „nur“ deshalb damit zu beschäftigen, weil es sich um eine Kreditübertragung handelt, obwohl ich der Meinung bin, daß man auch aus dem Titel „Kunstankauf“ ein Auslangen finden könnte. Aber der Gemeinderat beschäftigt sich mit dem gegebenen Tagesordnungspunkt. Der Gedenkstein wurde letzten Freitag früh enthüllt. 50 Jahre Kriegsende, Befreiung vom KZ Mauthausen. Ich bitte um Zustimmung zu folgendem Antrag:

11) Fin-131/95 Mauthausen-Gedenkstein; Förderung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten wird Herrn Mag. Wolfgang Kodada, Bundesbildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, 4400 Steyr, als Zuschuß für den Materialaufwand, Transport und Aufstellungskosten des Mauthausen-Gedenksteines eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention im Ausmaß von S 30.000,-- aus der VASSt. 1/3000/757000.0 gewährt.

Zu diesem Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 30.000,-- bei der genannten Voranschlagsstelle freigegeben und einer notwendigen Kreditübertragung im Ausmaß des genannten Betrages von der VASSt. 1/3600/043000.1 auf die VASSt. 1/3000/757000.0 zugestimmt.

Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr in seiner Sitzung vom 21. 12. 1994 beschlossenen 10 %igen Kreditsperre gelangen vom angeführten Subventionsbetrag lediglich 90 % zur Auszahlung.

Ich bitte um Zustimmung.

#### BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet ist Herr Gemeinderat Philipps, ich erteile es ihm.

#### GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, wertees Präsidium! Ich weiß - ebenso wie viele andere - nichts von dieser Enthüllung. Ich bin auch ein wenig verwundert, daß sie bereits geschehen ist. Ich glaube, es steht außer Frage, daß wir nicht oft genug daran erinnern können, welche Greuelthaten seinerzeit passiert sind. Erlauben sie mir trotzdem, hier eine kleine formale Kritik anzubringen. Ich muß feststellen, daß - wenn unser Bürgermeister bei einer Veranstaltung eines Künstlers anwesend ist und dann vorschlägt, ein Bild anzukaufen - dies nicht durch den Kulturausschuß geht. Umso mehr darf ich hier auch die Kritik anbringen, daß ein Betrag von 30.000 Schilling komplett am Kulturausschuß vorbeigegangen ist. Ich möchte nicht vermeiden zu sagen, daß ich selbstverständlich dafür bin, daß so ein Gedenkstein enthüllt wird. Aber ich darf vielleicht doch mit diesem kleinen Wermutstropfen feststellen, daß der Kulturausschuß auch damit befaßt gehört

hätte.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Die nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Gemeinderat Payrleithner, in Vorbereitung Herr Stadtrat Schloßgangl.

**GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:**

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, wertees Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wenn man vom Jahr 1945 und von der Befreiung spricht, dann trifft das sicher auf jene Menschen zu, die im Mai 1945 aus diesen unmenschlichen Lagern noch lebendig entlassen werden konnten. Dieser Gedenkstein „50 Jahre später“ hat in Steyr sicher seine Berechtigung. Wir werden diesem Antrag selbstverständlich auch zustimmen. Ich darf aber auf etwas zurückkommen, was ich schon einmal vor ein paar Jahren vorgeschlagen habe im Hinblick auf historische Objektivität und vor allem im Gedenken an jene Steyrer Zivilisten, Frauen und Kinder, die zu einem Zeitpunkt, als der Krieg bereits längst entschieden war, einem vollkommen sinnlosen alliierten Terrorangriff in Steyr zum Opfer gefallen sind. Für die gibt es bis heute keine Gedenktafel, keinen Gedenkstein oder sonst etwas. Ich könnte mir vorstellen - ich habe das hier schon einmal vorgeschlagen -, daß zum Beispiel auf einem der Totaltreffer am Stadtplatz - wie am Starkhaus - für diese Menschen eine Gedenktafel mit den Namen der rund 300 Opfer errichtet wird, deren dort gedacht werden soll. Ich möchte den Herrn Vorsitzenden des Kulturausschusses recht höflich dazu auffordern, daß er Aktivitäten in dieser Richtung setzt. Das kostet sicher nicht die Welt und ich glaube, das haben sich auch diese ums Leben gekommenen Steyrer Bürger verdient.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke sehr. Der Kollege Schloßgangl zunächst. Stadtrat Holub in Vorbereitung.

**STADTRAT ING. OHMAR SCHLOßGANGL:**

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich glaube, man sollte mit Recht dieser 50. Wiederkehr der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen gedenken. Umso mehr, als 15 oberösterreichische höhere Schulen und mehr als 4000 Schüler und Lehrer diesen Fürbittstein geschaffen haben. Sie haben einen Betonaltar gemacht, dieser wurde nun vor dem Schloß Lamberg bei der ehemaligen Möbelhalle Lang aufgestellt. Ich glaube, wir haben gerade der Jugend gegenüber die Verpflichtung, immer wieder an die Greuelthaten zu erinnern, damit diese nicht in Vergessenheit geraten und damit wir und auch sie in Zukunft den Frieden entsprechend schätzen und auch halten lernen. Ich möchte aber diesen Antrag auch für etwas anderes zum Anlaß nehmen. Wir haben zwei andere steinerne Monumente seit längerem am Pfarrberg stehen bzw. liegen, für die wir die Aufstellungsdauer mehrmals verlängert haben. Wir haben sowohl im Stadtsenat als auch schon einmal im Kulturausschuß darüber gesprochen und befunden, diese wieder von dort wegzugeben und woanders zu lagern. Es hat sich in Absprache mit Herrn Dr. Kaiser - glaube ich - schon eine Möglichkeit angeboten. Ich würde sehr dafür plädieren, daß man diese - man kann über Kunst und Gestaltung sicherlich sehr verschiedener Meinung sein und streiten, sagen wir vielleicht einmal - „schönen“ Findlinge wieder von der Pfarrgasse entfernt. Ich würde meine Zustimmung geben, wenn

dies durch den Wirtschaftshof geschehen würde, so wie sie auch hintransportiert wurden. Ich bitte, das in nächster Zeit veranlassen zu wollen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung Herr Kollege Stadtrat Holub.

STADTRAT KARL HOLUB:

Ich mache diese Wortmeldung eigentlich wirklich nur, um es in Erinnerung zu rufen: Es gibt ein sehr würdiges Denkmal für die Opfer des Krieges in Steyr, auch für die zivilen Opfer. Und zwar den Würfel bei der Stadtpfarrkirche, der den zivilen Opfern des Krieges und des Widerstandes gewidmet ist und den Opfern für die Freiheit. Ich glaube, es sollte uns klar sein, daß seinerzeit die Widmung dieses Denkmals ausdrücklich auch für die zivilen Opfer des Krieges in unserer Heimatstadt war. Man sollte diesen Würfel, der manchmal etwas belächelt wird, weil sich manche unter einem Denkmal etwas anderes vorstellen, die Würdigung auch aus diesem Blickwinkel zukommen lassen. Es ist ein sehr würdiger Denkstein vorhanden, was nicht daran hindert, daß man auch Gedenktafeln zum Beispiel an zerstörten Werkshallen im Areal des Werkes oder bei zerbombten Häusern anbringen kann. Das ist durchaus richtig und gut. Aber seien wir uns im klaren darüber, daß wir ein sehr würdiges Denkmal besitzen und begegnen wir ihm auch im Sinne seiner Widmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Zagler bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Einen Teil meiner Wortmeldung hat mir der Kollege Stadtrat Holub vorweggenommen. Ich wollte auch auf diese Mahnmale hinweisen, aber nicht, um sie als eine Art Aufzählung und als komplett zu betrachten und abzuhaken, sondern um den Sinn dieser Mahnmale zu unterstreichen. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus, nie wieder Opfer im Widerstand gegen massives Unrecht! Das genau hat auch diese Schulaktion, die alle Steyrer höheren Schulen gemeinsamen getragen haben, am 9. Mai in Mauthausen gebracht. Ich kann nur stellvertretend für alle Direktoren und Professoren, Schülerinnen und Schüler, die daran teilgenommen haben, dem Dir. Gillesberger, dem Religionslehrer Dr. Holzleitner und dem Künstler, der für diesen Stein die Verantwortung trägt, dem Prof. Kodada danken, daß sie sich für diese Sache so ins Zeug gelegt haben und die anderen Steyrer motiviert haben. Es ist ein Berufsstand, dem ich auch angehöre, der in den Medien - ähnlich wie die Politiker - nicht immer so behandelt wird, wie er es verdient. Es gibt Armleuchter da und dort - und ich meine auch, das sollte man durchaus im Protokoll so lesen können -, die leider Berufsstände überstreuen. Das ist in der Politik so, das ist auch in der Schule so. Für mich rundet das Beispiel und diese Zeit, in denen diese fürchterlichen Lager nicht nur Juden, sondern auch Menschen anderer Rasse, anderer Gesinnung, anderer politischer Einstellung so gefährdet, dezimiert, gequält und vernichtet haben, heraus, auch darauf hinzuweisen, daß Lehrer nicht nur einem Führer Gehorsam leisten und nacheifern, sondern auch heute in Freiheit ihre Tätigkeit machen und viel mehr leisten, als das, wofür sie honoriert werden. Ich habe heute vormittag den ORF für ein Österreichbild bei mir in der Schule gehabt. Ich weiß nicht, ob sie das in der Zeitung gelesen haben. Bei uns in Steyr in der

Handelsakademie hat vor wenigen Tagen ein völliges blindes Mädchen, die Eva-Maria Felbauer aus Garsten, also aus dem Dambachtal, mit Auszeichnung maturiert. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Selbstverständlich wäre gewesen, sie in ein Blindeninstitut abzuschicken und nicht in eine öffentliche Schule zu integrieren. Verziehen sie mir, wenn ich das aus meiner beruflichen Sicht auch zu diesem Punkt dazufüge. Hier zeigt sich Lehrerengagement. Lehrerengagement auf der einen Seite gegen Faschismus, gegen Terror, gegen Dinge, die man nicht will. Auf der anderen Seite ein Lehrerengagement für soziales Verständnis. Ich glaube, diese Schillinge müssen wir aufbringen. Wir sollen dieses Denkmal entsprechend würdigen und einreihen in die anderen, die wir in der Stadt Steyr haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:g

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren! Auch wenn wir jetzt vom Thema fast wegkommen: Deine Meldung, die mir bislang unbekannt war, der Erfolg dieses Mädchens Felbauer ist für uns, die wir - ich kann das nur für Rotary sagen - auch einigermaßen teilgehabt haben an deren Schicksal, eine so unheimlich erfreuliche, daß ich es selbst auf mich nehme, vom Thema abschweifend eine Wortmeldung zu machen. Zur Sache selbst gibt es für uns keine Frage. Krieg ist Greuel, Greuel ausgehend von wem auch immer, man soll es nicht abwägen. Ich finde die Idee vom Hans Payrleithner sehr gut, auch wenn Karl Holub absolut recht hat, daß der zivilen Opfer an dem Würfel, der unter dem Schutzmantel des Heiligen Michael sichtbar ist - „Quis ut deus“ heißt das, „Wer ist wie Gott?“, und es ist der mit dem Flammenschwert -, sehr gut gedacht wird. Jedenfalls glaube ich schon, daß wir natürlich der Opfer gedenken müssen, die Gott sei Dank - wie mein Vorredner schon gesagt hat -, 1945 noch befreit werden konnten. Aber wir müssen auch derer gedenken, bei denen 1945 das Leid erst begonnen hat.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es noch eine Wortmeldung? Nicht mehr. Schlußwort bitte, Herr Referent.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr froh und zufrieden, daß dieser Antrag einstimmige Zustimmung erfahren wird. Ich bin nur etwas bestürzt, daß selbst bei diesem Antrag, dem wir positiv gegenüberstehen sollten, in der Vorgangsweise dann doch wieder versucht wird, irgendetwas zu finden, was nicht in Ordnung war. Herr Philipps, dieser Antrag kam am 11. 5. 1995 an. Die nächste Kulturausschußsitzung war am 24. Juni angesetzt, wenn ich in meinem Kalender recht sehe. Es war keine andere Möglichkeit, als das - um nur ja kein Problem zu erstellen - im Rahmen einer Fraktionsobmännerbesprechung abzuklären. Ich finde es bedauerlich, daß man selbst an dieser Vorgangsweise etwas findet und daß man einen Bildankauf damit vergleicht! Weder ein Bürgermeister noch ein Vizebürgermeister sind irgendjemandem verpflichtet! Es geht dann schon um Kosten aus dem Kulturbudget, aber wenn man das mit einer Eröffnung bzw. einer Installierung eines Denkmals „50 Jahre Mauthausen“ vergleicht, ist das bedauerlich. Vergessen wir ihre

Wortmeldung ganz schnell wieder. Seien wir uns einig, der „50-Jahre-Gedenkstein-Altar“ soll uns recht sein. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir stimmen über diesen Antrag ab. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nächster Antragsteller ist Herr Kollege Holub.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KARL HOLUB:

Was lange währt, wird endlich gut. Es ist nach längerem hausinternen Behördenweg gelungen, meine Damen und Herren, den Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen, nachdem er von der Verfassung durch den Fachabteilungsleiter durch die diversen Prüfinstanzen durchzubringen war, bis sich endlich der Stadtsenat damit auseinandersetzen durfte. So darf ich ihnen den folgenden Antrag vorlegen:

12) K-1/95 Maßnahmen zur Ortsbild- pflege 1995 - 1. Teil „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“ - „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet“.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III vom 7. Juni 1995 werden für die Subventionierung von Maßnahmen zur Ortsbildpflege Mittel wie folgt freigegeben:

A) „Innere Stadt“ und „Ennsdorf“

S 1.730.780,--

B) „Steyrdorf“ und „Wehrgrabengebiet S 1.433.934,--

„Bauforschung“ und „Baudokumentation“ S 110.000,--

insgesamt bei VA-Stelle 5/3630/778.000.0 S 3.283.714,--

Wegen Dringlichkeit wurde der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug des Beschlusses ermächtigt.

So lautet der Antrag. Der Stadtsenat hat also wegen der gegebenen Dringlichkeit, die - wie ich vorhin skizzieren wollte - am langen Amtsweg verursacht wurde, vorzeitig einen Beschluß nach § 49 Abs. 7 des Statutes der Stadt Steyr erteilt. Ich bitte nun den hohen Gemeinderat, das im Nachhinein beschlußmäßig abdecken. Zu der Auswertung selbst sei noch angeführt, sie finden vor sich in der Tabelle Herstellungskosten. Diese entsprechen nicht ganz dem Begriff, den sich jeder von uns darunter macht. Es sind in den weitaus meisten Fällen die eingereichten Kosten. Es sind also nicht in allen Fällen alle Kosten, die tatsächlich bei Durchführung angefallen sind. Es fehlt dazwischen die Kolonne, die in Zukunft vor ihren Augen sein wird, nämlich die förderbaren Kosten. Dann kann man die Höhe der Einzelsubvention mit den förderbaren Kosten besser vergleichen und kann auch beurteilen, wie hoch die Gesamtherstellungskosten in einem Haus waren, die unter Umständen nicht alle Denkmalmittel-förderwürdig sind.

Ich bitte um Zustimmung und möchte mich bei allen Hausbesitzern bedanken, die einen sehr hohen

Beitrag dazu geleistet haben, daß unser Stadtbild so schön ist, wie es heute ist und die die Initiative aus der 1000-Jahr-Feier im Jahr 1980 in die Gegenwart aktiv herüberretten. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zunächst zu Wort gemeldet ist der Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:v

Zwei Fragen drängen sich hier auf, obwohl dieser Antrag grundsätzlich natürlich mit Ja zu behandeln sein sollte. Bei diesen vorgelegten Rechnungen sind bei vielen - oder einigen - Häusern Fassaden angegeben. Aber wenn man einige Häuser anschaut, die hier angeführt sind - ich möchte jetzt gar keines konkret herausnehmen, aber mit fallen auf Anhub einige konkret ein -, sieht man, daß die in einem eher erbärmlichen Zustand sind. Das heißt ... Nein, ich möchte das aus bestimmten Gründen nicht. Ich komme schon auf meine Frage hin. Sind diese Arbeiten abgeschlossen? Liegen konkrete Rechnungen für die Fassadenaktionen vor? Handelt es sich bei diesem Antrag um abgeschlossene oder geplante Vorhaben? Das kann man - glaube ich - beantworten. Das ist das eine. Das andere ist das Gebiet Steyrdorf und Wehrgraben. Wir haben hier eine Summe von knappen 1,5 Millionen Schilling. Sie wissen - glaube ich - alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß ein Antrag eines Hauseigentümers für ein Einzelobjekt besteht, das von der gewünschten Förderungssumme her ein Mehrfaches dieser Einzelsumme übersteigt. Wie wird sich die Stadt dazu verhalten? Rathmayr ist das, ja. Ich glaube, die Hauseigentümer, die unsere Richtlinien hernehmen und das natürlich für ihren Bereich möglichst ausnützen wollen, haben ein Recht darauf, daß wir ihnen sagen, daß wir das fördern. Aber wenn dann jemand ein größeres Projekt vorlegt, dann sagen wir, wir fördern nicht! Da fehlt mir der Zugang dazu. Ich hätte gerne die zwei Fragen beantwortet.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte diesen Antrag zum Anlaß nehmen, auf ein paar - ich möchte fast sagen - Dauerbrenner hinzuweisen und den Herrn Kollegen Holub ersuchen, ob er in Zusammenarbeit mit dem Herrn Dr. Kaiser darauf drängen könnte, die Projekte, diese Objekte doch endlich einmal zu einem gütlichen Ende zu führen. Das erste ist, ich sehe, es ist ein Betrag von 235.000 Schilling für das bekannte Projekt Zwischenbrücken, Rauscher/Geck, genehmigt. Es wundert mich, weil dieses Projekt noch immer nicht abgeschlossen ist. Es herrscht dort schon seit Jahren ein Zustand, der meiner Meinung nach nicht sehr befriedigend ist, noch dazu mitten in der Stadt. Die Fremdenführungen, alle kommen dort hin. Es liegt ja nicht irgendwo, sondern an einem sehr neuralgischen Punkt unserer wunderschönen Altstadt. Ich würde ersuchen, daß man dort endlich einmal Nägel mit Köpfen macht. Ich glaube, im Bereich dieser Hochwassermarkierung, wo wirklich immer sehr viele Leute hinkommen, denn es ist ein interessanten Anziehungspunkt, sollte man endlich einmal die Fassade und das Rundherum und vor allem der unteren Bereich sanieren und fertigstellen. Das zweite habe ich bereits im Anschluß an den letzten Bauausschuß dem Herrn Baudirektor vorgebracht: Der Verein „Aktives Steyrdorf“ hat die

Mieter der ehemaligen Trafik bei der Frauengasse gekündigt. Ursprünglich wollte dort wohl der Verein Aktivitäten entwickeln und hat sich das dann offensichtlich anders überlegt. Inzwischen ist dieses Kleinod dort draußen - es hat irgendwie auch zu Steyrdorf dazugehört, auch wenn es nicht besonders wertvoll ist, dieses kleine Holzhäuschen oberhalb der Frauenstiege - einen sehr erbärmlichen Zustand eingenommen. Ich bin zwar kein Bauexperte, bin aber der Meinung, daß es wahrscheinlich aufgrund des schlechten Zustandes der Dachkonstruktion einen weiteren Winter nicht überstehen wird. Ich habe dem Herrn Baudirektor vorgeschlagen, vielleicht im nächsten Amtsblatt dieses Objekt zur Miete feilzubieten. Vielleicht findet sich der eine oder andere Geschäftsmann - ich weiß nicht, aber mir ist auch nichts anderes eingefallen -, der dieses kleine Häuschen in irgendeiner Form für Gewerbezwecke nützen möchte. Wenn dies nicht in der Fall ist bzw. dies nicht möglich ist, muß man sich überlegen, ob wir es entweder abreißen oder sanieren. Dann stellt sich natürlich die Frage nach einer sinnhaften Verwendung in der Zukunft. Der derzeitige Zustand ist sicher nicht befriedigend. Es ist hier glaube ich Handlungsbedarf. Noch eine Kleinigkeit gegenüber unserem zuständigen Stadtrat für die Liegenschaften - er geht jeden Tag in der Früh dort hinaus und sieht es hoffentlich, recht viel genützt hat es zwar bis jetzt nicht -, und zwar ist es dieses Brunnenhaus in der Sierninger Straße. Ich habe es schon vor 1 - 2 Jahren im Bauausschuß urgiert. Es ist im Besitz der Stadt. Es ist mir damals vom Baudirektor zugesagt worden, daß er sich um eine Sanierung kümmern wird. Es ist ein Teil der Historie Steyrdorfs, es gehört dort dazu. Wir haben so viel Geld in den Straßenbelag hineingesteckt, Steyrdorf ist so schön geworden. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es bei dieser Kleinigkeit scheitern kann. Es gibt sogar schon einen Kostenüberschlag, er ist nicht weltbewegend, nur geschehen ist bis jetzt nichts! Vielleicht, wenn du morgen früh wieder hinausgehst und dieses Brunnenhaus, dieses ehemalige Waschhaus siehst .... Doch, es gehört der Gemeinde! Laut Auskunft des Baudirektors ist es im Eigentum der Gemeinde, nur die Sanierung war ein wenig schwierig. Ich kann mich nur auf das verlassen, was der Herr Baudirektor Vorderwinkler mir mitgeteilt hat, nachdem ich das offiziell im Bauausschuß urgiert habe. Selbst wenn es nicht der Gemeinde gehört, sollten wir auch dahinter sein, daß es saniert wird. Aber laut seiner Aussage gehört das Gemeinde und ich glaube, es gehört endlich einmal etwas gemacht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Herr Kollege Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER

Werter Gemeinderat! Zu dem Brunnenhaus ist nur soviel zu sagen, daß es bei der Ortsbildpflege nicht nur um Gebäude der Stadt geht, sondern um alle Gebäude **in** der Stadt. Es ist egal, wem das Gebäude letztendlich gehört. Der Stadtrat ist - glaube ich - zuständig für Ortsbildpflege, nicht nur für die Häuser der Stadt. Der Herr Stadtrat Holub hat auch von Hausbesitzern und dem entsprechenden Dank gesprochen, darum meine Frage, ob er sich auch schon bei den Hausbesitzern, Leimhofer, Schwarz-Hofer und Daurer auch schon bedankt hat? Haben die schon etwas gemacht? Ich habe einmal eine Anfrage gestellt, die ist sehr belächelt worden. Ich glaube, im Fall Schwarz-Hofer gibt es noch nicht viel Neues, im Falle Leimhofer auch nicht, und im Fall Daurer ist es soweit gediehen, daß sich keiner mehr irgendetwas zu machen traut. Zum zweiten möchte ich auch zu Steyrdorf noch etwas sagen. Der Bereich Wieserfeldplatz ist ein Provisorium. Es ist Zeit, daß wir uns für das nächste Budget überlegen, diesen Platz zu gestalten. Diese Blumentröge, die quer über den Platz stehen, sind sicher nicht einladend! Man kann diesen Marktplatz wieder beleben. Es ist mittlerweile soweit, daß man zur Pestsäule Abfallcontainer hingestellt hat. Hier wäre einmal die Umweltabteilung gefragt, Verbindung mit dem Denkmalschutz aufzunehmen, damit solche Sachen nicht passieren. Zu allerletzt ein Problem, das anscheinend überhaupt nicht lösbar ist. Es ist das Problem der Plakatwände. Ich mußte aus der Zeitung erfahren, daß ein Magistratssprecher gesagt hat, es wäre dazu sogar notwendig, eine eigene Abteilung zu installieren. Ich weiß nicht, von wem der Magistratssprecher diese Information

hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es so schwierig ist, hier Ordnung hineinzubringen. Wir können uns nicht einerseits nur um die Häuser und die Parkanlagen kümmern, wenn wir uns andererseits die ganzen Straßenzüge mit Plakatwänden verschandeln. Dann geht es womöglich soweit, daß man sich sogar nicht einmal mehr Bäume pflanzen traut, weil die Bäume den Plakatwänden die Sicht verstellen würden. Soweit ist nämlich schon argumentiert worden. Ich glaube, wir müssen uns wirklich einmal überlegen, daß wir das Ortsbild im gesamten sehen, nicht nur den Stadtplatz und die Altstadt, sondern die gesamte Stadt.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort bitte, Herr Referent.

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Ich mache einmal einen Diskussionsbeitrag, um den Kollegen die Möglichkeit zu geben, die Unzulänglichkeit meiner Antworten festzustellen. Herr Dr. Pfeil, sie haben nach Fassaden gefragt, die nicht fertig gestellt sind. Wenn wir uns die Liste anschauen - damit wir keine Namen nennen -, so meinen sie mit Gewißheit die Positionen 12 und 14. Die meine ich auch. Kollege Payrleithner hat Nägel mit Köpfen gefordert hinsichtlich der Position 14. Damit da etwas weitergeht, haben Herr Dr. Kaiser und ich gesagt, nach den Kostenschätzungen wollen wir hier eine Initialzündung geben und schon vor der Fertigstellung die Mittel gedanklich zur Verfügung stellen, aber erst nach der Fertigstellung und Abrechnung auszahlen. Das war hier der Impuls, daß die beiden Hauseigentümer wirklich bereit waren, jetzt endlich die Sanierung durchzuführen, weil wir ihnen auf diesem Weg sagen können, mit sound soviel könnt ihr in eurer Kostenrechnung die Situation einschätzen. Eigentlich ein Vorgang, wie ich ihn am liebsten hätte. Daß man im Vorhinein Kosten einschätzt, gemeinsam die Maßnahme bespricht und eine definierte Höhe des Zuschusses, und die dann bei Ausführung der Maßnahme erst zur Zahlung bringt oder in Etappen.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Eine Zwischenfrage. Es gibt hier zwei Punkte 12, ich weiß nicht, ob das jemandem aufgefallen ist. Es gibt auf Seite 2 auch einen Punkt 12.*

**STADTRAT KARL HOLUB:**

Es hat ja geheißen, ich darf keine Namen nennen. Es ist der zweite Punkt 12 gemeint. Es ist die Hack-Villa, die Leopold Werndl-Straße Nr. 3, wo die Fassade instandgesetzt werden soll. Das Haus ist in seiner Substanz hervorragend revitalisiert. Längst fällig ist die Außengestaltung, aber der Private ist finanziell mit diesem Haus sehr gefordert und wird jetzt die Instandsetzung zumindest kalkulieren können und auch heuer noch durchführen, das hat er uns versichert. Dr. Rauscher/Dr. Geck, Zwischenbrücken 3-4, ist ein eigenes Kapitel. Dort gilt genau das. Es sollte die Initiative gesetzt werden, damit auch tatsächlich einmal ein Fortgang an dem so prominenten Gebäude erkennbar ist. Wenn ich zuerst gesagt habe, es wäre der Vorgang, der mir der Richtige erschiene, daß man zuerst die Maßnahme definiert, dann den Zuschußbedarf, dann die Zuschußmöglichkeit und dann zu einer Vereinbarung kommt, so wäre das Gegenstand der Förderungsrichtlinien, die längst vorliegen. Herr Dr. Kaiser hat sie Anfang des vergangenen Jahres schon vorgelegt, es ist leider Gottes noch zu

keinem politischen Gespräch über die im Büro des Bürgermeisters vorliegenden Förderungsrichtlinien gekommen. Es wäre Zeit, daß wir das weiter betreiben. Die Förderungsrichtlinien, die sie, Herr Dr. Pfeil, in ihrer zweiten Frage angesprochen haben, betreffen ein sehr großes Objekt bzw. zwei große Objekte in der Sierninger Straße - nehme ich an. Dort hat ein Privater zwei devastierte Gebäude erworben und mit einem Architekten gemeinsam ein Revitalisierungsprojekt geplant, das in einem ersten Entwurf ein sehr kleinzelliges Besiedeln mit Wohnungen, in einem zweiten Entwurf - der besser mit dem Denkmalamt abgestimmt war, ein sehr attraktiver Entwurf - gemischte Wohnungen vorsieht. Der private Eigentümer beruft sich nicht ganz zu Unrecht auf die von der Stadt verlautbarten Förderungsrichtlinien, die bis dato noch immer nicht aufgehoben sind. Das ist unser Problem. Wir beschließen und können es dann aus lauter Kraft nicht durchführen. Damit haben wir Diskussionen ohne Ende. Entweder sagen wir, die Sonderförderungsrichtlinien für Steyrdorf waren eine Fehleinschätzung der Situation, dann müßten wir aber auch sagen, „Lieber Bürger, wir haben uns vertan, so können wir uns das nicht leisten, wir machen etwas neues!“, oder aber wir halten uns daran, was den Bürgern noch dazu in einem Gemeinderatsbeschluß veröffentlicht vor Augen geführt wurde. Wenn man die Förderung macht, hat das bisherige Volumen aus dem Titel Denkmalpflege auf einige Jahre überhaupt keine Chance, irgendetwas anderes zu tun. Wenngleich ich anmerken möchte, daß es unrichtig ist, diese Mittel aus der Denkmalförderung zu finden. Gemeint war das Schaffen von Wohnraum nach Möglichkeit in Steyrdorf und die bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraumes. Das ist nicht unbedingt Denkmalförderung, sondern das könnte im Budget unter Wohnbauförderung sehr wohl Deckung finden, wenn es einem damit ernst ist. Wenn es nur ein Lippenbekenntnis war, dann verstehe ich die heutige Situation. Wenn es keines war, dann sollten wir dringend handeln. Meine Möglichkeiten sind erschöpft, als politischer kleiner Referent habe ich mit dem beamteten kleinen Referenten die Richtlinien vorgelegt, in die Diskussion nehmen kann ich sie persönlich nicht. Kollege Payrleithner, die Dauerbrenner, die du angesprochen hast, sind das mit dem Rauscher-Haus, das habe ich damit erwähnt, dann war noch der Kiosk in der Frauengasse. Du hast vollkommen recht, eine wahre Schande dieser Kiosk, wenn man ihn nicht instandsetzt, sollte man ihn gestern und nicht heute entfernen! Die Lösung dafür ist aber - glaube ich - im Baubereich noch nicht ganz konkret geschehen, welcher Verwendung dieser Kiosk zugeführt werden soll. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Ich werde den Dr. Kaiser daran erinnern, daß wir hier aus dem Titel Ortsbildpflege zum Handeln gedrängt sind. Ein anderes Objekt macht mir mehr Sorgen, das ist nicht im Bereich des Denkmalschutzes, aber es ist Denkmal. Dr. Pfeil hat mich schon öfters daran erinnert, daß das Dach des Bürgerspitals in der Substanz gefährdet ist. Das Haus ist zwar in seinem Bestand nicht gefährdet, aber das Dach wird jeden Tag kaputter, wenn es weiter regnet. Es ist vollkommen richtig, was sie sagen, aber nicht mein Bier. Es ist ein städtisches Objekt und damit im Bereich der Liegenschaftsverwaltung. Der Denkmalschutz kann nicht selbst durchführen, sondern höchstens über die Gestaltung und die Förderung derselben nachdenken. Genau dasselbe trifft zu auf ein sehr prominentes Ensemble, nämlich das Bruderhausensemble, wo sowohl die Kirche als auch das anschließende Unterstandshaus Bruderhaus in einem Zustand ist, daß Gott erbarme. Beide sind städtische Objekte, beide müßten seit fünf Jahren hergerichtet werden. Die Kirche ist tatsächlich einsturzgefährdet. Das Unterstandshaus sieht nicht nur so aus, weil es einmal gebrannt hat, weil ein Einlieger dort im Alkoholübergenuß seine Behausung angezündet hat, sondern weil das Haus zwar außen einmal hergerichtet wurde, damit es ein bisserl frischere Farben hat, aber sonst nichts. Jetzt kommt die ganze Mauerfeuchtigkeit von innen durch, und es ist schon fast an der Grenze des Einsturzes. Hier haben wir also auch Handlungsbedarf. Ich habe auch mit dem Kollegen Tatzreiter schon öfter darüber gesprochen, aber er ist auch in der Situation. Er vermeldet das, er wird also kein Budget zur Verfügung haben. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß das viel ernsthafter ist, als daß wir jetzt Spaß machen könnten. Wenn die Stadt selbst nicht imstande ist, ihren Hausbesitz vorbildlich instandzuhalten, dann hat sie auch nicht das volle Gewicht, wenn sie es von privaten Hauseigentümern anmahnt, so zum Beispiel, Herr Kollege Fürweger, von der Liegenschaft Leimhofer, von der Liegenschaft Daurer und von der Liegenschaft Schwarz-Hofer. Zum Fall Leimhofer im Wehrgraben, das ist die Dauerruine beim Eingang zum Museum Arbeitswelt: Am 10. Juni - das werden sie nicht wissen - war der Dr. Kaiser mit den Eigentümern dort und hat gemeinsam mit ihnen ein Sanierungskonzept erarbeitet. Ob es eingehalten wird, möchte ich nicht beschwören müssen, weil ich mit 50 Prozent einen Meineid leisten müßte. So ist der bisherige Hergang, der Hauseigentümer war bis jetzt nicht sehr vereinbarungsgetreu. Absolut

vereinbarungsgetreu war der Hauseigentümer Daurer, den sie mir geschildert haben. Der hat sich nämlich perfekt an nichts gehalten, was vereinbart war. Das ist der Stand der Dinge. Ein Strafantrag und ein Instandsetzungsauftrag ist von der Bezirksverwaltungsbehörde als Strafvorgang der Stadt Steyr schon mehrfach ergangen und wird auch weiter verfolgt. Die Liegenschaft Schwarz-Hofer hat nicht nur die Presse, sondern auch die Gemüter im Gemeinderat schon mit Aufmerksamkeit angeregt. Wie sie sicher im Vorbeifahren oder Vorbeigehen bemerkt haben, schaut der Balkon jetzt anders aus. Der Spitz ist abgeschnitten, eine Säule ist untergestellt und die Treppe ist errichtet. Es ist nach Überprüfung der konsensmäßige Zustand hergestellt, nicht endgefertigt, aber hergestellt. Wobei ich persönlich ja die Frage stelle, wie dieser Konsens entstehen konnte. Vor dem alten Haus diesen Balkon hinzustellen, ist ein Jammer. Der Hauseigentümer hat aber ein Recht auf zumindest die Einhaltung des Konsenses. Die öffentliche Hand hat dieses selbe Recht auf der anderen Seite, hat das angemahnt und auch herbeigeführt. Soweit mein Kommentar zu den Fragen bisher. Bei den Plakattafeln habe ich leider Gottes keine Antwort für sie zur Hand. Ob das das Schlußwort war oder nicht? Das wird sich jetzt zeigen, ob noch jemand etwas sagen will. Das liegt am Bürgermeister. Wenn niemand mehr etwas sagen will, bitte ich, das als Schlußwort zu betrachten. Wenn noch jemand etwas sagen möchte, stehe ich gerne zur Verfügung.

#### BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Kollege Zagler wollte noch etwas sagen, aber ich habe geglaubt, du hast das Schlußwort genommen. Als solches habe ich es dir auch erteilt. Aber bitte, wenn der Kollege Zagler etwas wichtiges sagen will, wollen wir uns das doch nicht entgehen lassen.

#### STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Mit soviel Vorschußlorbeeren ausgestattet - wer Lorbeer gekostet hat, weiß, daß er ein wenig bitter ist - möchte ich ein paar kurze Bemerkungen zu den Gebäuden in der Sierninger Straße bzw. in Steyrdorf machen, die der Herr Rathmayr erworben hat, sich berufend auf jene Förderungsrichtlinien, die im Magistrat damals in Windeseile von allen Fraktionen beschlossen und fertiggestellt worden sind. Ich möchte für das breitere Publikum - leider ist ja nur mehr die Dame vom Volksblatt hier, die anderen Medienvertreter nicht ... - nein, nicht *leider* und nicht *nur mehr*. Aber es geht darum, daß dem Herrn Rathmayr die Förderung, die wir beschlossen haben, zu hoch gewesen ist. Insofern zu hoch, denn hätte er diese Förderung angesprochen, hätte er die Landesförderung gar nicht mehr bekommen. Es war hier ein Elaborat, das die Politiker in diesem Haus beschlossen haben, das eigentlich an der Realität vorbeigegangen ist. Das sollten wir schon betonen. Auf die Frage: „Haben wir vielleicht Fehler gemacht, kann man sich dazu bekennen?“ Ich persönlich bekenne mich dazu, diese Förderungsvereinbarung bzw. dieser Beschluß, den wir gefaßt haben, war nicht so gedacht, wie es ausgelegt werden konnte. Es ist noch etwas bemerkenswertes dabei: Würde die Förderung für Rathmayr, für diese knapp mehr als 30 Wohnungen von uns im Gemeinderat beschlossen, würde das eine gemeinderätliche Subventionssumme von etwa 8 Millionen Schilling bedeuten. Bei dem Ansatz, den wir hatten, Steyrdorfförderung von - glaube ich - 2 Millionen, wir haben im Rahmen der Budgetklausur auf 1 Million reduziert, hätte das bedeutet, daß der Herr Rathmayr für 8 Jahre lang - unter Voraussetzung einer gleichbleibenden Dotierung - die gesamte Steyrdorf-Wohnbauförderung auf sich vereint hätte. Jeder, der später gekommen wäre, wäre irgendwo hinten angereicht gewesen. So kann diese Vereinbarung nicht verstanden worden sein, obwohl wir uns - glaube ich - alle erinnern und dazu bekennen, daß eine Wohnbauförderung im Steyrdorf eine zusätzliche, durch das Rathaus und die Gemeinde durchaus nötige, nützliche und wichtige ist und daß im Umfeld der gegründeten Fachhochschule, des gegründeten Studienganges, der auch für uns Studenten herbringen wird, gerade hier kleinräumige - wie du gesagt hast - Wohneinheiten durchaus erforderlich sind. Wir haben bei der Budgetklausur - ohne Geheimnisse ausplaudern zu wollen - gesagt, diese Million, die wir für die Steyrdorf-Wohnbauförderung geben wollten, geben wir in das Budget der Altstadterhaltung und

Altstadtpflege, in die Fachabteilung des Herrn Dr. Kaiser, damit in die Verantwortung des zuständigen Stadtrates Karl Holub. Natürlich ist das gebunden damit, daß im Hinblick auf die Wohneinheiten, die Stiegenhäuser, die Fenster, die Landschaft dort entsprechende Maßnahmen zu treffen sind. Ich kenne den letzten Vorschlag vom Herrn Ing. Redtenbacher bezüglich des Umbaus nicht, aber wenn hier Förderungsmöglichkeiten vorhanden sind, ist das - glaube ich - auch budgetär gedacht. Es sollte für uns ein Anlaß sein, wir haben ja nächste Woche jene im Dezember eingeforderte Stadtsenatsklausur, zu überlegen, was alles eingetroffen ist und was alles von unserem damaligen Termin nicht oder noch nicht verwirklicht ist. Wir haben dort die Gelegenheit, vielleicht auch dieses Thema zu beleuchten, um zu ehrlichen und klaren Richtlinien zu kommen. Ich glaube, es hat niemand von uns - ich will keinen beschuldigen, ich tue das nur für mich selbst - diese Dimension und dieses Ausmaß an Fördermitteln für eine einzelne Wohnung bedacht, wie sie am Ende herausgekommen ist. Es mag den suspendierten Mag. Zineder nicht trösten oder anders umstimmen, daß er in der Geschwindigkeit diese Richtlinien erarbeitet hat. Ich will damit auch nicht darlegen, daß diese Arbeit nicht gut genug war. Wir alle haben sie ja schließlich beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Noch eine Wortmeldung. Herr Dr. Schwager bitte.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ja, es ist schon ergiebig, weil wir eben - wie du, lieber Stadtrat weißt - mit unserer alten Stadt gerne leben. Daher sind es - wenn es auch scheinbar kleine Probleme sind - solche, über die man reden sollte. Eine Lanze mehr für das Haus Stadtplatz 39, Dr. Edith Schwarz-Hofer, es wurde schon vom Herrn Referenten dargelegt, daß der konsensgemäße Zustand bereits hergestellt ist. Das heißt, es waren geringfügige Abweichungen gegenüber eine Baubewilligung. Ob die Baubewilligung glücklich war, war das Problem. An dem Zustand hat sich die Bevölkerung teilweise - vielleicht mit Recht - gestoßen, aber das ist rechtskräftig bewilligt. Was jetzt noch zu geschehen hat, ist eine Abstimmung von Details in der Ausführung mit dem Herrn Dr. Kaiser, und das wird ja auch erfolgen. Eine Lanze für Dr. Edith Schwarz-Hofer mehr habe ich deswegen gesagt, weil es bekanntlich das alte Madlsederhaus ist und in der nicht gerade unblutigen Zeit der Gegenreformation dort Lanzen aufgestellt waren, auf deren einer das Haupt des vormaligen Bürgermeisters - nicht nachahmenswürdig - Madlseder aufgespießt war.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nun ein zweites Schlußwort bitte.

STADTRAT KARL HOLUB:

Nach dem Ausflug in Dr. Ofners Geschichte der Steyrer Häuser, die wirklich jedem einzelnen sehr empfohlen werden kann, bedanke ich mich für diese Erinnerung, warum das Haus so heißt. Mit dem Hinweis an den Kollegen Zagler, daß wir besser nicht Indianer spielen und die Mittel an diesen und jenen geben sollten, sondern daß wir wirklich etwas bewegen sollten, bitte ich nun endgültig um Zustimmung zu den beantragten Freigaben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Ich bin ganz überrascht, daß der Kollege Holub so kurz war. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe, Stimmenthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich gratuliere. Kollege Schloßgangl ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem ersten Bericht geht es um die Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung. Diese wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 31. Jänner 1974 zuletzt mit Gemeinderatsbeschluß vom 7. Juli 1994 dahingehend abgeändert, daß die einzelnen Tarifsätze - auch die von der OÖ. Landesregierung geforderten Mindesthöhen - angehoben wurden. Mit Erlaß vom 21. März 1995 weist die OÖ. Landesregierung darauf hin, daß in der Wasser- und Kanalgebührenordnung mancher Gemeinden die Fälligkeiten der Anschlußgebühren nach wie vor von Erfordernissen abhängig gemacht werden, welche in der neuen OÖ. Bauordnung 1994 - wirksam seit 1. Jänner 1995 - nicht mehr die Deckung finden. Da die genannten Mängel auch für die Kanalanschlußordnung der Stadt Steyr zutreffen, erscheint es in Übereinstimmung mit der OÖ. Landesregierung zweckmäßig und notwendig, die Kanalanschlußgebührenordnung neuerlich zu novellieren und den gesetzlichen Erfordernissen anzupassen. Konkret sind § 3 Abs. 1 und § 5 Kanalanschlußgebührenordnung betroffen, deren Neuformulierung aus nachfolgender Textgegenüberstellung ersichtlich wird. Ich bitte, mir das Vorlesen des Wortlautes zu erlassen und komme zum Antrag:

13) GemKan-102/94 Kanalanschlussgebührenordnung; Novellierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 7. Juni 1995 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Änderung der Kanalanschlußgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. August 1995 in Kraft und ist durch Anschlag an der Amtstafel der Stadt Steyr kundzumachen.

BEILAGE

Ich bitte um Diskussion bzw. ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Ich habe den Vorsitz übernommen und erteile dem Herrn Stadtrat Eichhübl das Wort.

## STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich darf vorausschicken, wertres Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mich bemühen werde, zu diesem Antrag nicht in Lottozahlen zu sprechen, sondern Klartext zu reden. Nachdem im Zusammenhang mit der heute zu beschließenden Novellierung der Kanalanschlußgebührenordnung zumindest im Amtsbericht auf den Gemeinderatsbeschuß vom 7. Juli 1994 hingewiesen wird, möchte ich ganz kurz darauf eingehen. Was ist damals passiert? Meine Damen und Herren des Gemeinderates, es ist sehr viel passiert. Es wurde durch Mehrheitsbeschuß dieses Gemeinderates auf zwei Ebenen - einerseits bei den Kanalanschlüssen, andererseits bei den Kanalbenützungsgebühren - eine sehr eklatante Gebührenerhöhung mit der Begründung eingeleitet, daß man vom Land keine Förderungsmittel zu erwarten hat, wenn nicht gewisse Mindesttarife in den angesprochenen Bereichen eingehoben werden. Ich habe damals im Namen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einen Antrag eingebracht, daß diese beiden Tarifgruppen getrennt abzustimmen wären, weil wir von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß wir zwar - was die Kanalbenützung betrifft - im Zusammenhang mit den zu gewährenden Förderungsmittel durchaus unter einem gewissen Druck von seiten des Landes stehen, aber daß das bei den Kanalanschlußgebühren nicht zutreffend ist. Daher - das darf ich heute hier nochmals in Erinnerung rufen - haben wir eine getrennte Abstimmung verlangt, um zumindest einen Teil dieser eklatanten Gebührenanhebung von unserer Bevölkerung hintanzuhalten. Bei der Abstimmung zu diesem Antrag war es so, daß dieser Antrag von uns, von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion abgelehnt wurde und wir daher diesem Hauptantrag die Zustimmung nicht gegeben haben. Wir werden uns daher - obwohl in diesem Amtsbericht darauf hingewiesen wird, daß lediglich eine Veränderung in rechtlicher Hinsicht eintreten wird und das keine Auswirkungen auf die Berechnung dieser beiden Tarifgruppen hat - der Stimme enthalten.

## VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zu Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke sehr. Gegenstimmen? Keine. Stimmenthaltungen? 9 Stimmenthaltungen (F). Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Nächster Punkt bitte.

## STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um die Belagsarbeiten auf der Saaßer Bezirksstraße. Der Antrag lautet:

14) BauStr-682/93 Belagsarbeiten auf der 1348 Saaßer Bezirksstraße, km 9.000 bis km 9.625 (Bereich Quenghof); Vergabe der Arbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 12. Juni 1995 wird dem reduzierten Umfang der öffentlich ausgeschriebenen Belagsarbeiten auf der Saaßer Bezirksstraße (Aschacher Straße) im Bereich zwischen Stelzhamerstraße und ca. 100 m vor der Saturngasse zugestimmt und der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten an die Fa. Illbau BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 700.000,-- incl. MWSt. übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die Bauausführende Firma.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Nicht. Wer stimmt für den Antrag? Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Nein. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Beim nächsten Antrag geht es um Belagsarbeiten auf der B 115, der Eisenbundesstraße. Der Antrag lautet:

15) BauStr-714/94 Belagsarbeiten auf der B 115 (Eisenbundesstraße) km 18.665 bis km 19.085.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 12. Juni 1995 wird der Auftrag zur Durchführung der Belagsarbeiten auf der B 115 (Ennser Straße), km 18.665 bis 19.085, zwischen der Marlen-Haushofer-Straße und August-Moser-Straße an die Firma Zwettler BaugesmbH, Steyr, zum Anbotspreis von S 957.743,34 incl. MWSt. übertragen.

Die Finanzierung erfolgt von der Bundesstraßenverwaltung direkt an die Bauausführende Firma.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag? Danke sehr. Stimmt jemand gegen den Antrag oder übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOßGANGL:

Bei meinem letzten Antrag geht es um die Kanalisation Tabor, 3. Bauabschnitt. Der Antrag lautet:

16) Bau6-647/88 Kanalisation Tabor; 3. Bauabschnitt 1994/95; Mittelfreigabe.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Mit GR-Beschluß vom 7. Juli 1994 wurde an die Fa. Kanzler, Waldhausen, der Auftrag zur Errichtung der Kanalisation Tabor 3. Bauabschnitt 1994/95 mit S 5.945.829,60 netto vergeben.

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III / FA Tiefbau vom 12. Juni 1995 werden zur Bezahlung weiterer Rechnungen Mittel in Höhe von S 3.000.000,-- bei VSt. 5/8110/050450.4 freigegeben.

Ich bitte auch hier um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer stimmt für den Antrag? Danke. Stimmt jemand gegen den Antrag? Nein. Übt jemand Stimmenthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke dem Herrn Stadtrat Schloßgangl. Der nächste Berichterstatter ist der Herr Stadtrat Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Im ersten Antrag geht es um einen Verkauf eines Grundstückes in Mitterdietach 1157. So wie im Amtsbericht dargestellt, ist die Stadt Steyr Eigentümer seit 1967. Es geht um das Grundstück der ehemaligen Niedermayr-Schottergrube und die angrenzenden Grundflächen. In diesem Zusammenhang ist die Stadtgemeinde seither Besitzer dieses Grundstückes und die Gemeinde Dietach bewirbt sich seit längerem um dieses Grundstück, um eine Liegenschaftsreserve zu erreichen. Indem wir in der Stadt Steyr in letzter Zeit sehr viel an Grundflächen gekauft haben, ist es auch zweckmäßig, auswärtige Grundstücke, die wir nicht für den Eigenbedarf verwenden können bzw. schlecht verwerten können, wieder zu verkaufen. In diesem Zusammenhang ist eine Einigung mit der Gemeinde Dietach zustande gekommen. Durch eine Begehung bzw. eine Schätzung eines gerichtlich beeideten Sachverständigen wurde die Teilung der Grundstücke in landwirtschaftliche Grundflächen zu S 95,- pro Quadratmeter und Betriebsbaugebiet zu jeweils S 320,- pro Quadratmeter festgesetzt. Somit ergibt sich eine Gesamtsumme von 2.870.000 Schilling. Der Antrag lautet:

17) ÖAG-45/95 Verkauf des Grundstückes 1157, KG Mitterdietach, an die Gemeinde Dietach.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. Juli 1995 wird dem Verkauf des nach der Vermessung verbleibenden Grundstückes mit der Parzellenbezeichnung 1157/2, KG Mitterdietach, an die Gemeinde Dietach zum Kaufpreis von S 2.869,385,- zugestimmt. Der Kaufpreis kann in drei gleichen Jahresraten, beginnend bei Vertragsabschluß, ohne Verrechnung von Zinsen, jedoch gegen Berechnung einer Wertsicherung nach dem VPI 1986 entrichtet werden. Die Kosten der Vertragserrichtung sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Steuern und Gebühren einschließlich der Kosten der notwendigen Vermessung sind von der Gemeinde Dietach zu tragen.

Ich bitte, dem Verkauf dieser beiden Grundflächen im Gesamtausmaß von 12.853 Quadratmetern um den Preis von S 2.869.385,- zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Stimmt jemand dagegen oder übt jemand Stimmenthaltung. Nein. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Im nächsten Antrag geht es um einen Annuitätenzuschuß, die zweite Rate für den Wohnbau der Wohnungsanlagen GesmbH Linz in Steyr IX. Wir haben schon einmal heuer, mit Beginn des Jahres einen Annuitätenzuschuß bezahlt und damals festgestellt, daß sich das Bauvolumen insgesamt um 2.700.000 Schilling verringert hat. Daher hat sich auch der Annuitätenzuschuß damals verringert. Jedoch haben sich in der zweiten Jahreshälfte - wie im Amtsbericht dargestellt - die Zinsen erhöht, dadurch ist jetzt der Wert von 1.098.612,-- Schilling aufzuwenden. Der Antrag lautet:

18) Ha-5369/92 Wohnungsanlagen GesmbH Linz, Bauvorhaben Steyr IX, Zahlung des Annuitätenzuschusses, zweite Rate 1995.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 2. Juni 1995 wird zur Zahlung der zweiten Rate des Annuitätenzuschusses 1995 für das Bauvorhaben der Wohnungsanlagen GesmbH Linz, Sebekstraße, bei der VASt. 5/4800/777010.8 der Betrag von S 1.058.400,-- freigegeben. Weiters wird bei derselben VA-Stelle eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 40.200,-- bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen. Von der Anwendung der 10 %igen Kreditsperre für Subventionen wird aufgrund der vertraglichen Verpflichtung der Stadt Abstand genommen.

Ich bitte sie, dem Antrag die Zustimmung zu geben und möchte noch hinzufügen, daß deswegen von der 10 %igen Kreditsperre Abstand genommen wird, weil es eine fixe Zusage an die Wohnungsanlagen GesmbH ist. Wir haben dadurch auch das Einweisungsrecht erhalten. Ich bitte um Zustimmung

VIZEBÜRGERMEISTERINFRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet ist Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

*Gemeinderat Franz Rohrauer verläßt um 17.45 Uhr die Sitzung.*

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen des Gemeinderates, Herr Stadtrat! Ich Prinzip kann und soll man diesem Antrag zustimmen. Aber wird werden uns dennoch aus mehreren Gründen der Stimme enthalten. Es steht hier „aufgrund gestiegener Zinsen“, das ist das eine. Mir ist bekannt - und es dürfte auch ihnen bekannt sein -, daß sich die Zinsentwicklung in diesem Jahr sehr nach unten gedreht hat. Man hat derzeit so günstige Zinsen wie noch nie. Daß man jetzt im Juli hier einen Antrag stellt und kühn behauptet, daß wir aufgrund von gestiegenen Zinsen eine Kreditüberschreitung machen müssen, da fehlt mir das Verständnis dafür. Wenn es sich um die normale Annuitätenrate ... Ja, ich komme schon darauf, ... umso mehr handelt es sich bei dieser Kreditüberschreitung um ein Problem. Herr Stadtrat Tatzreiter, es wäre ihnen unbenommen geblieben, das auch in der Budgetklausur so zu sagen. Wir haben vereinbart, daß man alles sagt, was wir verpflichtend eingegangen sind und daß keine Kreditüberschreitungen kommen. Vielleicht haben sie es versucht, mir sind keine Versuche bekannt. Wir haben gesagt, wenn jemand aus irgendwelchen Gründen mit seinem Geld nicht auskommt, hat er die Verpflichtung zu schauen, aus welchem Ressort oder aus welchem Detailgebiet man eine Kreditübertragung machen kann. Hier heißt es einfach Kreditüberschreitung und mir ist überhaupt nichts bekannt, daß irgendwie versucht worden wäre, das

mit einer Kreditübertragung zu machen. Deshalb kann es nicht sein, daß wir hier eine Kreditüberschreitung machen. Aus diesem Grund wird sich unsere Fraktion hier der Stimme enthalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Schlußwort bitte, Herr Referent.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Es ist bekannt, daß die Abrechnung eines solchen Bauwerkes erst nach Bezug der Wohnungen und Feststellung der Garantiefälle erfolgen kann. Daher war die erste Rechnung günstiger mit dem Annuitätenzuschuß, wie auch im Amtsbericht festgestellt wurde. Natürlich schlagen sich die erhöhten Zinsen für das Jahr 1994 nieder. Das hat nicht für 1995 gegolten, sondern für 1994. Wir müssen es nur jetzt zahlen! Es ist ein fix verbindliche Zusage, die mit dem Bürgermeister, mit der Wohnbauförderung des Landes und dem Eigentümer dieser Wohnungsanlage in der Sebekstraße auch für den weiteren Bau, der jetzt in der Prinzstraße entsteht, abgesprochen wurde. Es ist eine fixe Zusage und wir können jetzt nicht zurück. Es steht jedem frei, ob es damit einverstanden ist oder nicht. Wir waren damals einverstanden, daß wir diesen Wohnbau unterstützen. Es ist im Sonderwohnbauprogramm passiert. In diesem Zusammenhang haben wir damals diesen Beschluß gefaßt und müssen heute dazu stehen. Wenn die Freiheitliche Fraktion das nicht kann, verstehe ich es.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Warum nicht Kreditübertragung? Haben sie es versucht?*

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Aus welchem Bereich bitte? Soll ich es aus meinem eigenen Sack bezahlen?

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wenn es nicht geht, weil er es nicht hat! Wir haben einen Vertrag!

Wo soll er es hernehmen?

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ich bitte um Abstimmung.

## VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen den Antrag? Niemand. Wer übt Stimmenthaltung? 8 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Herrn Stadtrat Tatzreiter, der nächste ist der Herr Stadtrat Zagler.

## BERICHTERSTATTER STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich möchte es so schnell machen, wie im Stadtsenat. Aber ein paar wichtige Punkte zu meinem ersten Amtsbericht, dem Rechnungsabschluß 1994 doch hervorheben. Ich weiß nicht, ob sie die Amtsvorlage vor sich liegen haben? Ich möchte es seitenweise definieren und ein paar Zahlen dort hinrücken, damit sie eine Interpretation haben, die vielleicht auf den ersten Blick nicht so offenkundig ist. Wenn sie den Amtsbericht über den Rechnungsabschluß 1994 anschauen, so beginnt er auf der ersten Seite mit dem Ordentlichen Haushalt, mit den Einnahmen. Sie sehen einen Einnahmerückgang von minus 8,4 Prozent. Toni Polster hätte gesagt: „Ja das stimmt!“ Ich muß sagen: „Das stimmt nicht!“ Es stimmt natürlich, die Zahlen sind nicht gefälscht. Es stimmt natürlich, wenn man die Zahlen 1993 und 1994 vergleicht, aber das ist ein unseriöser Vergleich, weil wir im Jahr 1993 die Darlehensreorganisation hatten und auch die Rücklagenbewegung herausrechnen müssen. Um diese Beträge bereinigt bedeutet es, im Ordentlichen Haushalt hatten wir einen Einnahmewachstum von ungefähr 4,2 Prozent. Ich glaube, das gehört der Vollständigkeit halber erwähnt. Ich bin gerne bereit - wenn Aufklärungsbedarf ist - auf die Details einzugehen. Wir haben schließlich auf Seite 2 eine bemerkenswerte Erhöhung bei der Kommunalsteuer um 65,8 Prozent auf 161 Millionen im Jahr 1994. Das hängt damit zusammen, daß - wie Ihnen bekannt ist -, seit 1. Jänner 1991 die Kommunalsteuer von 2 auf 3 Prozent erhöht wurde, die Freiberufler wissen das ganz besonders mißfällig zu schätzen. Warum das so ist, darf ich vielleicht auch ganz kurz anmerken: Zur Zeit der Gewerbesteuer waren nicht nur die Freiberufler selbst, sondern auch ihre Beschäftigten von der Lohnsummensteuer befreit. Nichtsdestotrotz - und ich glaube, das zu wissen, ist für uns alle wichtig - ist der Differenzbetrag, oder das, was im Vergleich zwischen Kommunalsteuer und damaliger Gewerbesteuer entfällt mit etwa 30 Millionen zu unseren Lasten ausgegangen. Das heißt, wir sind keine Kommunalsteuersieger, keine Gewinner, wir sind hier leider Verlierer. Das hängt vor allem damit zusammen, daß wir eine Reihe von Industriebetrieben haben - wenn ich an SKF, BMW und andere denke -, die in der Gewinnzone waren und fleißig Gewerbesteuer abgeliefert haben, vor allem in den letzten Jahren. Ein weiterer Punkt ist hier drinnen, und zwar bei der Gewerbesteuernachzahlung, die besonders dramatisch gesunken ist. Wir haben von BMW aufgrund der Vergangenheitsdaten eine Vorauszahlung erhalten, die aber aufgrund des Beginns der Phase IV um etwa 30 Millionen revidiert werden mußte. Also ist die Vorauszahlung um 30 Millionen zu hoch gewesen, statt 50 Millionen gab es bei BMW nur 20 Millionen an Gewerbesteuerrestzahlung im Jahr 1994. Schließlich haben wir ein ähnliches Bild bei den Gesamtausgaben, wo auch hier in der vorletzten Spalte vor der Summe unter Sonstiges der dramatische Unterschied von 58 Prozent hervorgeht. Das ist wieder auf die Darlehensreorganisation zurückzuführen. Wir haben antizipative Darlehen auf dekursive Darlehen umgestellt, was uns im ersten Jahr der Reorganisation besondere Ersparnis brachte, im zweiten Jahr klarerweise zu Jahresende viele Zinszahlungen bescherte. Auf Seite 3 sehen sie den Personalaufwand. Hier ist die erstaunlich gute Zahl von minus 8,4 Prozent ausgewiesen. Ich will auch hier reinen Wein einschenken, es ist ein rechnerisches Minus. Wenn man berücksichtigt, daß wir im Jahr 1994 den RHV und die GWG ausgegliedert haben, ist diese Reduktion deswegen da. Würde man RHV und GWG weiter berücksichtigen, wäre eine Erhöhung des gesamten Personalaufwandes von etwa 4,5 Prozent darstellbar gewesen. Das ist angesichts der jährlichen Preissteigerungsrate für 1994 von 3 Prozent und der bekannten Lohn- und Gehaltsabschlüsse eine Zahl, die zeigt, daß unsere Belegschaften nicht mehr weiter angestiegen sind, sondern daß hier ein gebremstes Wachstum eingetreten ist. Auf Seite 4 sehen sie die Darlehensaufnahmen in Höhe von 160 Millionen Schilling. Ich bitte Sie, angesichts dieser horrenden Zahl auf die zweite Tabelle auf Seite 4 zu schauen, die Gesamtübersicht bei den Ausgaben. Wir haben einen Erwerb von unbeweglichem Vermögen, also

von langfristig zu finanzierendem Vermögen, von 159 Millionen Schilling gehabt. Jeder Kaufmann und jeder Private weiß, daß man langfristig genutzte Anschaffungen auch langfristig finanzieren soll, wenn man nicht über genügend liquide Mittel verfügt. Also ist auch hier die Deckung zwischen der Darlehensaufnahme und dem Einsatz gegeben. In den 160 Millionen Schilling - ich brauche das ja nicht extra zu betonen - ist klarerweise die Rate Repa-Ankauf, die Stadtgut-Ankaufsrate und viele andere dieser Ankäufe unbeweglicher Vermögen vorgesehen, z. B. auch die Grundbeschaffungen für die Bahnhofüberbauung und so weiter. Das heißt, wir haben hier eine Deckungsgleichheit zwischen frisch aufgenommenen Darlehen und dem, was für die Finanzierung langfristiger Mittel vorgesehen ist. Vielleicht noch die Kapitaltransfers unter Punkt 2.2.1 in Höhe von 46 Millionen Schilling, das sind Zahlungen, die wir an den RHV leisten, die wir an Wirtschaftsförderung ausgeben, die wir an Wohnbauförderung - wie gerade beim letzten Antrag vom Kollegen Tatzreiter beschlossen - ausgeben, die wir für Denkmalpflege ausgeben - wie für einen der letzten Anträge, den der Kollege Holub heute gebracht hat -, wie jene Beträge, die wir für FAZAT, VPTÖ und die Fachhochschule ausgeben. Es zeigt also auch hier im Außerordentlichen Haushalt von der Ausgabenbewegung her, wie zielgerichtet wir Förderung einsetzen oder zumindest einzusetzen versuchen. Daß wir von einer sehr dünnen finanziellen Decke ausgehen, ist uns auch bekannt und das sehen wir auf Seite 5 vielleicht auch ganz dramatisch. Wenn man nämlich auf Seite 5 dieses Finanzberichtes die Differenz anschaut zwischen Überweisungen, die das Land an die Stadt Steyr erbringt in Form von Bedarfszuschüssen und anderen Dingen und vergleicht mit dem Betrag der Überweisungen an das Land, wo wir Landesumlage, Krankenanstaltenbeitrag, Behindertenbeitrag, Berufsschulbeitrag, Pflegegeldbeitrag, Sozialhilfebeitrag etc. zahlen in Höhe von über 165 Millionen Schilling, sehen wir, daß wir 1994 als Differenz an das Land netto 104 Millionen Schilling abliefern mußten. Ein Jahr vorher waren es 82 Millionen Schilling. Also sie sehen schon, hätten wir allein ein Einfrieren der dortigen Ausgaben, könnten wir uns auch leichter tun und vielleicht auf manches verzichten oder manches zusätzlich ermöglichen. Ich denke an die heutige Diskussion am Vormittag, von der mir berichtet worden ist, über die Jugendthemen „Streetworker, Jugendkulturzentrum“ und an anderes, ich denke an Sachen in der letzten Zeit, wo wir freiwillig auf Einnahmen verzichteten, die uns der Bürger bisher sehr anstandslos bezahlt hat, ich denke an die Parkraumbewirtschaftung. Ein Betrag auf Seite 5 stößt mir persönlich besonders sauer auf, das ist in der Tabelle 3.1.2 die erste Zeile, nämlich 43 Millionen Schilling Landesumlage, die wir an das Land zahlen aufgrund landesgesetzlicher Regelungen, die nicht mehr in allen Bundesländern abgeführt werden müssen. Wir haben eine nahe Grenze zu Niederösterreich, dort ist es aus mit der Ablieferung der Landesumlage an die Landesregierung, und zwar ersatzlos aus! Ich habe auch in meiner Presseaussendung betont, daß wir hier eine diesbezügliche Gleichstellung haben sollten. Wir sollten uns wirklich in allen Fraktionen dafür einsetzen, diese Landesumlage ersatzlos zu streichen. Bei vielen anderen Dingen sind uns andere Bundesländer auch weit voraus. Heute ist die Resolution bezüglich der Bezuschussung der Kindergärten und der Kinderhorte gefaßt worden. In Niederösterreich - man weiß das - ist hier eine ausschließliche Bezahlung durch das Land Niederösterreich der Fall. Vielleicht sind deswegen dort die Mehrheiten noch so deutlich. Auf Seite 6 haben wir die Rücklagenentwicklung gezeigt. Ich möchte das auch jenen, die bei der Budgetklausursitzung nicht dabei gewesen sein konnten, sagen: Wir haben damals bei der Budgetklausur etwa 40 Millionen Schilling an Rücklagenüberhang von 1994 nach 1995 geschätzt. Es ist - wie gesagt - Gott sei Dank auf 90 Millionen Schilling angewachsen. Es sind hier die 50 BMW-Millionen dabei, die um 30 Millionen reduziert werden, das heißt, der echte Satz, der aufgrund unseres heutigen Wissens dort stehen sollte, ist 60 Millionen Schilling. Das heißt, die Differenz zu den bei der Budgetklausur festgestellten 40 Millionen Schilling in Höhe von 20 Millionen Schilling wurde im Jahr 1994 durch Mehreinnahmen und Minderausgaben erwirtschaftet, was auch wieder unseren Trend, das Budget sparsam zu vollziehen, beweist. Zu den Stadtwerke und dem Versorgungsbetriebsverbund, vor allem zu letzterem, weil ja hier die Verkehrsbetriebe auch drinnen sind, ist auch zu überlegen, wie weit wir über die Verlustabdeckung nicht die Investitionen doppelt an die Stadtbetriebe bezahlen, nämlich einerseits als Investitionskostenzuschuß, andererseits die hereingebrachten Abschreibungen über die Verlustabdeckung noch einmal honorieren. Das ist sicherlich eine Aufgabe, die man sich für das nächste Budget vornehmen muß. Ich weiß, daß ein Kollege das auf jeden Fall in diesem Sinn weiter betreiben wird. Es ist der Kollege Holub, der jahrelang genau diese Mängel in der Budgetierung - es sind keine Mängel, aber die Ungereimtheiten oder Unüblichkeiten - hervorgehoben hat. Ich darf

letztendlich wirklich herzlichen Dank an die Abteilung ausrichten, die den Rechnungsabschluß macht, an den GB II, den Herrn Mag. Lemmerer und in diesem speziellen Fall besonders an den Herrn Hermann Pfeiffer, seinen Stellvertreter, der das wirklich in einer vorbildlichen und - ich glaube - auch aussagekräftigen Form vorgelegt hat. Als ich Finanzreferent geworden bin, war immer der Vorwurf, man könne die Dinge nicht lesen. Meine persönliche Meinung hat sich festgesetzt, es wird immer besser. Es ist noch nicht hundertprozentig, aber wir sind auf dem Weg dorthin. Der Antrag lautet:

19) Fin-180/94 Rechnungsabschluß 1994.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Rechnungsabschluß der Stadt Steyr für das Finanzjahr 1994 wird mit Einnahmen und Ausgaben (Anordnungs-Soll)

im ordentlichen Haushalt von

S 945.124.993,44

im außerordentlichen Haushalt von

S 237.662.441,22

somit insgesamt

S 1.182.787.434,66

genehmigt.

Weiters wird die Bilanz der Stadtwerke Steyr für das Finanzjahr 1994 mit Aktiva und Passiva in Höhe von S 135.279.438,29 und die Bilanz des Versorgungsbetriebeverbundes Steyr mit Aktiva und Passiva von S 149.110.180,65 genehmigt.

BEILAGE

Ich bitte, diesem Rechnungsabschluß die Zustimmung zu erteilen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übergebe dem Bürgermeister wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Danke für den Vortrag. Ich darf fragen, wer das Wort dazu wünscht? Wortmeldung Herr Dr. Pfeil.

## VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich unser Stimmverhalten erklären. Wir werden uns hier der Stimme enthalten, weil wir uns auch bei dem Gesamtbudget 1994 der Stimme enthalten haben bzw. dagegen waren. Trotzdem haben wir einigen - oder sehr vielen - Vorhaben zugestimmt, so wollen wir aus diesen Gründen nicht das Gesamtbudget 1994 - den Rechnungsabschluß - abschlägig bescheiden. Aber zu ein paar Punkten möchte ich ganz kurz Stellung nehmen. Das ist einerseits die Gesamteinnahmensituation, die sich dramatisch verändert. Weiters ist da eine Situation im Personalaufwand 1994, bereinigt um die Ausgliederungsstellen, nur um 4,5 Prozent, das war 1994 noch kein Ansatz zum Sparen. Ich hoffe, es wird in diesem Bereich besser. Zum angesprochenen Einnahmenverlust aus den Bereichen der Parkraumbewirtschaftung möchte ich folgendes sagen: Es war nie Absicht derjenigen, die sich stark gemacht haben für eine gebührenpflichtige Parkraumbewirtschaftung im Bereich der Stadt Steyr, daß man damit das Budget saniert. Das war nie die Absicht! Die Absicht war, daß man Parkraum im inner-städtischen Bereich schafft. Das war die Absicht! Und es war deklarierte Absicht - und durch Gemeinderatsbeschluß einstimmig bekräftigt -, daß der Erlös aus diesem Titel ausschließlich dem öffentlichen Verkehr bzw. den Maßnahmen im ruhenden Verkehr zugutekommt. Es war nicht die Absicht, daß diese Einnahmen ausschließlich den städt. Betrieben zur Abdeckung der Verluste, die von vornherein feststanden, zufließen werden. Ich habe meine Probleme damit, daß diese Erlöse automatisch zur Verlustabdeckung abgegeben wurden, daß sie nicht zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes, zur Beschleunigung im Bereich öffentlicher Verkehr eingesetzt wurden. Wir werden in der Klausurtagung noch darüber reden. Ich wünsche mir von den nächsten Budgetverhandlungen eine sachlich-fachliche Auseinandersetzung und daß wir jeden Budgetposten wirklich einzeln beurteilen, damit es nicht mehr sein kann, daß man dann im nächsten Jahr wiederum mit andauernden Budgetüberschreitungen, Budgetübertragungen und Kreditübertragungen dasteht, weil man Dinge nicht budgetiert hat, die vorhersehbar waren. Da müssen wir auf einen klaren Weg kommen, genauso wie im Personalbereich, wie es auch heute schon in einer früheren Diskussion vorgekommen ist, genauso wie sich im Sozialbereich gezeigt hat, daß auch hier noch Einsparungsmöglichkeiten sind. Wir müssen alle sparen und da gehört auch dieses Problem dazu. Wir werden uns zu diesem Rechnungsabschluß 1994 der Stimme enthalten.

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Holub bitte.

## STADTRAT KARL HOLUB:

Es ist nicht ganz so schlimm geworden, wie wir gefürchtet haben, meine Damen und Herren, aber es ist schlimm, das ist nach wie vor unbestritten. Wir haben zwar Rücklagen, haben aber dabei doch einiges veräußert, was uns einst lieb war. Wir haben einige Ankäufe getätigt, die uns heute lieb sind und gewiß noch teuer werden, wie z. B. das Kommunalzentrum. Wir werden die Zahlen dann im Abschluß 1995 viel deutlich sehen, welche Dimension es hat, wenn man in einem Prozeß laufend Entscheidungen verändert, die nicht vorausplanbar sind. Ich bin, wie viele von ihnen wissen, nicht unbedingt ein Anhänger der Planwirtschaft, aber ich bin ein Anhänger von geplanten Investitionen. Die Planung von Investitionen wäre also etwas, was uns viel mehr beschäftigen sollte. Eine Budgetklausur, so wie wir sie im vergangenen Dezember absolviert haben, ist eigentlich nicht das, was man machen sollte. Wir haben diese vielgelobten 100 Stunden mehr oder weniger dazu gebraucht, um auf irgendeine Form eine kameralistische Darstellung herbeizuführen. Wir haben ein Ziel jedenfalls nicht erreicht, nämlich das Durchchecken nach Prioritäten. Wir haben ein Ziel nicht erreicht, wir

haben das Durchchecken nach vermeidbaren und unvermeidbaren Folgekosten noch nicht gemacht. Wir haben uns die Zustimmung zum Budget 1995 in diesen 100 Stunden vielleicht nicht leicht, manche sagen jedoch zu leicht gemacht. Das ist jetzt nicht Gegenstand der Betrachtung, weil wir das Jahr vorher vor uns liegen haben. Ich meine aber, gerade wenn ich meinen Freund Willi zitiere - nein, das war nicht Willi, das war ein Cousin von Willi, der in der letzten Gemeindebedienstetenzeitung schreibt, daß man über die Personaleinsparungen sorgfältiger nachdenken sollte und daß die ÖVP letztendlich auch den Dienstpostenplänen zugestimmt hätte, seit 1988 erinnert sich der Autor -, so ist das ganze eher ein Aufruf an die Fraktionen im Gemeinderat, den Dienstpostenplan eben nicht mehr mitzubeschließen. Wir haben das im letzten Jahr schon gesagt, so kann es nicht sein, so wird es ganz sicherlich nicht gehen! Ich will meine Fraktion nicht präjudizieren, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß man solche Sachen kritiklos schreiben läßt. Eine selbstbewußte Organisation wie die Österr. Volkspartei - und das sei den Damen und Herren von der Personalvertretung, die sich so schriftstellerisch vergnügen, ins Buch geschrieben - ist nicht ein Lausub, den man nach Willkür watschen kann, sondern das ist ein Teil des Dienstgebers, das sollten sich die Damen und Herren merken. Wenn sie meinen, daß die Zustimmung zu einem Budget dann die willenslose Auslieferung von Zahlenwerken waren, die vorher politisch nicht verhandelt waren, so werden sie in Zukunft irren, meine Damen und Herren. Ich glaube mich da wirklich eins mit meiner Fraktion, so geht es sicher nicht mehr. Wir wollen etwas in der Stadt bewegen, aber wir wollen uns nicht im Nachhinein lächerlich machen lassen in einer Art und Weise, die - naja, mag sein - den einen oder anderen zum Schmunzeln verursacht, aber ich bin schon von größeren Geistesblitzen geblendet worden. Zurück zum Rechnungsabschluß 1994: Die Bereinigung der Darlehensumschuldung - so nennt es der Finanzreferent - war natürlich eine große kommerzielle Aktion. Der Abend ist immer klüger als der Morgen. Wenn heute der Zeitpunkt der Verhandlungen wäre, wüßte man, wie sich die Zinsenlandschaft entwickelt hat. Man könnte andere Strategien machen. Wenn heute der Verhandlungstag wäre, so - glaube ich - hätten wir auch mehr Mut gehabt, bei der Umschuldungsaktion zu sagen: „Vergeßt den kurzfristigen Nutzen, schauen wir langfristig auf die Liquidität.“ Denn wer lang einen Berg hinaufsteigen will, der hat von einem Anfangsspur überhaup nichts, wenn ihm dann 100 Meter unter dem Gipfel die Luft ausgeht. In der Gefahr bewegen wir uns durch die Bereinigungsaktion und die Umschuldungsaktion, auch wenn momentan unter dem Strich Spektakuläres überbleibt. Hoffentlich erreichen wir dennoch den Gipfel, nämlich ein finanzierbares Steyr in den nächsten Jahren. Hoffentlich erreichen wir mit der Anmahnung nach ordentlichen Verhandlungen auch eines, nämlich daß nicht am 15. oder 20. Dezember in Hektik begonnen wird, über Budgetzahlen zu reden. Ich muß euch ganz ehrlich sagen, meine Damen und Herren, ich vermisse es eigentlich, daß noch überhaupt nichts im Gang ist. Ich vermisse es wirklich! Es hat sehr lang gedauert bis zu der Klausur, die sich über das erste Quartal auseinandersetzen soll. Das wird jetzt - da verrate ich ja kein Geheimnis - nächsten Freitag der Fall sein, obwohl es ursprünglich geheißen hat morgen. Meine persönliche Zeitplanung war danach, mich morgen an den Verhandlungstisch zu setzen. Dem ist jetzt nicht so. Nächsten Freitag bin ich nicht in Steyr. Es war bekannt, das mir das nicht möglich ist. Ich habe gemeint, es wäre gut, wenn ich mitspreche. Wenn es nicht erforderlich ist aus der Sicht der Veranstalter, dann findet eben die Feier ohne mich statt und ich kann höchstens im Nachhinein sagen, das gefällt mir und das nicht. Ich muß wirklich bitten, diese Position so zur Kenntnis zu nehmen. Zum Jahr 1994 selbst noch einmal gesagt: Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben sollte uns - auch im Personalbereich - dazu veranlassen, daß wir nachdenken, wo die Kosten ihre Bedeckung finden. Ich sage jetzt wieder nur, diese Abenteuer wie z. B. mit der Ferialpraktikantin in den Horten, die ohne weiteres durch Einnahmen abgedeckt werden könnte, die sollten wir in Zukunft nicht mehr machen.

*Zwischenruf Stadtrat Roman Eichhübl:*

*In den Bereichen der Stadtwerke detto?!*

## STADTRAT KARL HOLUB:

In vielen Bereichen. Es ist grenzthirnt, wenn man in den Dienstleistenden Zweigen den Sparstift ansetzt und dort die Ferialpraktikanten, die die Systeme erhalten haben, einspart und sich nicht die Frage stellt, ob nicht eine Deckung erreicht werden könnte durch die Dienstleistungserlöse. Es ist wirklich grenzthirnt! Und das genau, meine Damen und Herren, ist die Grenze der Kameralistik - das habe ich, seit ich im Gemeinderat bin, immer wieder gesagt -, weil sie uns hindert, einen gesamtperiodenübergreifenden kaufmännischen Begriff über unsere Stadt zu sammeln. Das sollten wir machen. Und ich glaube, daß wir auch Kostenrechnungen periodenübergreifend besser noch als bisher darstellen sollten, damit wir Rüstzeug in die Hand bekommen. Es mag sein, daß der Mag. Lemmerer in seiner Schublade oder in seinem Computer so etwas ähnliches hat, aber die politisch Entscheidungstragenden sollten dieses Rüstzeug auch zur Hand haben. Es geht in Zeiten wie diesen - ein blödes Wort, aber es stimmt -, wo es eng ist, nicht darum, daß einer den anderen über den Tisch zieht. Sondern es geht darum, daß wir miteinander die bestmöglichen Entscheidungen für Steyr treffen. Es geht nicht darum, daß der eine oder andere dumm stirbt, sondern es geht darum, daß diese Stadt am Leben bleibt. Das sollten wir aus dem Jahr 1994 lernen. Das sollten wir lernen aus der Situation, die im Dezember entstanden ist. Die ist nicht aus Jux und Tollerei entstanden, sondern war durch die Ablehnung der Weiterleitung des Haushaltsvoranschlages 1995 tatsächlich ein provoziertes Denkanstoß, miteinander zu reden. Es ist vorbei, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratischen Fraktion, daß ein Diktat einer Mehrheit die Stadt ganz einfach vor sich hintreiben konnte. Das ist vorbei! Und noch einmal an den Vetter vom Willi: Es sollte auch vorbei sein, daß man sich über denkende Fraktionen lächerlich macht. Es ist wirklich ziemlich schlimm, was hier an Klimavergiftung stattfindet. Die Sozialzweige wurden heute angezogen, Großes ist noch vor uns. Wir haben aufgeschoben, aufgeschoben heißt nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben heißt notverlängert. Das muß uns bitte klar sein, wenn wir den Rotstift dort ansetzen, wo es um sozial Schwächere oder um Pflegebedürftige geht. Es hilft dem Bürger unserer Stadt, dem wir einzig verantwortlich sind, nicht, wenn wir sagen können, wir haben ein ehrgeiziges Ziel erreicht und soundsoviel Prozent an Personalkosten gespart, wenn es dort stattfindet, wo es dem Bürger wehtut und dort nicht bzw. wenig, wo es der Hoheitsverwaltung wehtut. Es geht nicht darum, daß Schmerzen bereitet werden. Es geht darum, daß Effektivität gesteigert wird. Das wäre mein Wunsch und solange ich hier herinnen mitreden kann, werde ich auch nicht müde werden, das in diesem Geist zu tun. Die ÖVP-Fraktion wird dem Rechnungsabschluß 1994 zustimmen. Nicht gern, weil ich glaube, daß es aus Gründen eines Deutlichermachens doch auch nicht unerzieherisch wäre, einmal zu sagen: „Mit uns könnt ihr nicht alles tun!“ Es wäre vielleicht gut, aber es hilft nichts. Es hilft nichts, sich jetzt im Nachhinein aufzulehnen. Wenn ein Jahr passiert ist und wenn - wir, die stimmberechtigten Mandatäre jedenfalls - hier eine Zustimmung kommt, so bedeutet das nicht, daß wir all die Schmerzen, die uns im vergangenen Jahr zugefügt wurden, vergessen hätten. Es bedeutet nicht, daß wir zu allen Dingen im Nachhinein ja sagen, die wir beim besten Willen nicht mitvollziehen können. Aber als Rechnungsabschluß ist das eine Subsummierung von Zahlen, das wirtschaftliche Ergebnis eines Jahres, und dem - in diesem Geiste - stimmen wir zu. Ich glaube, daß man sonst sitzungsverlängernd nicht mehr tätig sein sollte. Wir werden noch einige Hinweise vom Finanzreferenten bekommen über Richtiges oder Unrichtiges an diesen Anmerkungen. Ich möchte also wirklich noch einmal sagen, es tut mir leid, daß ich an der Klausur nächste Woche nicht teilnehmen kann. Es wäre gut, wenn die gewissenhaft vor sich ginge. Bitte versuchen wir doch, Prioritäten zu finden, wenn wir uns nicht alles gleichzeitig leisten können. Das sollte das Ziel der Politik sein. Das sollte das Ziel einer Finanzpolitik sein, und das muß bitteschön auch das Ziel der Verwaltung im Hause sein - nicht der politischen, sondern der beamteten Verwaltung - und nicht politisches Indianer spielen.

## BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich unterstreiche besonders den letzten Satz, daß man Prioritäten finden soll. Eines möchte ich noch sagen zu den Terminen: Es hat zunächst einen anderen Termin gegeben, da hat uns der Herr Finanzreferent mitgeteilt, daß es nicht kann. Der wird wohl dabeisein müssen! Daraufhin hat es

diesen Termin gegeben. Es ist Sommer, es sind Ferien, es ist ungeheuer schwierig, die neun Leute plus die dazugehörigen Beamten an den Tisch zu bringen. Ich bin durchaus bereit, auch über einen anderen Termin zu reden, damit nicht der Eindruck entsteht, es wird bewußt jemand ferngehalten. Man könnte das meinen, ich sage es ja nur! Irgendjemand muß ja einladen, weil sonst sagt ihr, es findet nichts statt. Die Klausur haben wir anberaumt und wir wollen sie machen, das ist festgestellt worden. Der Mag. Lemmerer hat mitgeteilt, wann er frühestens in der Lage ist, über die Zahlen zu verfügen, dann tun wir mit den Terminen herum. Es ist halt schwierig. Ich stelle nur fest, wenn der Wunsch besteht, können wir auch noch über einen anderen Termin reden. An dem soll es sicher nicht scheitern. Weil ich auch der Meinung bin, daß wir im Hinblick auf das kommende Budget nicht in eine solche Situation kommen sollten, wie vergangenes Jahr. Mir wäre es lieber, wenn wir die 100 Stunden ein bißchen besser über den Herbst verteilt aufwenden würden und dann ein Budget zustande-bringen, das uns alle gemeinsam vielleicht mehr entspricht. Schmerzen, lieber Freund Holub, hast nicht du alleine gehabt, glaube mir das! Andere haben auch Schmerzen gehabt. Aber das ist so, man tut sich eben weh, wenn man auf die Dauer mit-einander streitet. Aber bitte schön, es kommt ja auf die Ziele an.

*Zwischenruf Stadtrat Roman Eichhübl:*

*Wir haben vereinbart, daß wir auf die berufliche Tätigkeit der Mandatäre Rücksicht nehmen. Das ist bis jetzt, muß ich sagen, nicht eingetreten. Da gibt es eine Reihe von Beispielen, nicht nur mit der Klausurtagung, sondern wie z. B. auch beim Jugendgemeinderat. Ich frage mich wirklich, warum es notwendig ist, daß man an einem Tag zwei Sitzungen macht .....*

*Ich würde mir wünschen, daß ab jetzt auf die berufliche Tätigkeit der Mandatäre Rücksicht genommen wird. Ich halte es auch für nicht zielführend, ich darf das jetzt noch ausführen, wenn sich heute der Kollege Oppl darüber mokiert, daß beim Jugendgemeinderat so wenig Mandatäre anwesend sind. Ich darf sie wirklich bitten, Herr Kollege Oppl, vergleichen sie ihre Tätigkeit mit der jener Mandatäre, die in der Privatwirtschaft tätig sind. Es ist natürlich relativ einfach, daß man einen Stock heruntergeht und sich hineinsetzt. Ich hoffe, daß sie sich in Zukunft an meine paar Worte erinnern und nicht solche Äußerungen machen.*

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Ja, aber irgendwelche Termine müssen wir auch in Zukunft vereinbaren. Es geht auch am Abend sehr vielen Leuten schlecht aus. Ich sehe ja, daß Abendveranstaltungen nicht die Präsenz bringen, die eigentlich wünschenswert wäre. Aber wir sollten so gut es geht natürlich darauf Bezug nehmen, keine Frage. Ich bin einverstanden damit. Es ist nur nicht einfach. So, Herr Kollege Schwager bitte.

**GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:**

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich werde nicht wesentlich sitzungsverlängernd wirken, um das gleich einmal vorweg zu sagen, die diesbezügliche Angst vom Herrn Stadtrat Holub möge hier gleich einmal entsubstanziiert werden. Es ist nicht so schlimm mit dem sitzungsverlängern. Es ist eigentlich durch den - nennen wir es - Zwischenruf vom Herrn Stadtrat Eichhübl schon manches gesagt worden, was ich am Rande auch bemerken wollte. Ich bleibe einmal zunächst noch bei dem Tagesordnungspunkt über den Rechnungsabschluß 1994. Sie wissen, daß wir damals diesem Budget 1994 aus sehr konkret vorgebrachten Gründen nicht zustimmen konnten. Es wurde auch schon von unserem Fraktionserstredner in diesem Tagesordnungspunkt dargebracht, warum wir auch diesem Rechnungsabschluß nicht zustimmen können. Vorweg sei gesagt, daß der

Rechnungsabschluß natürlich eine Heidenarbeit ist und wir es selbstverständlich anerkennen, was die Beamtenschaft in diesem Zusammenhang geleistet hat und das auch bedanken. Das hat mit dem nichts zu tun, was man in der Sache politisch darüber denkt, das ist immer so. Sie kennen meine Auffassung, Budget ist politisches Credo. Wenn dann natürlich hervorkommt, daß das, was man in seinem Credo vor 1 ½ Jahren gesagt hat, sich verifiziert, fühlt man sich wohl auch bestätigt, aber nicht in der Lage, unbedingt jetzt zu sagen, ich stimme zu. Es war einer der wesentlichen Punkte, warum wir damals gesagt haben, wir können dem Budgetentwurf nicht zustimmen, daß bekannt war, daß die Kommunalsteuer die alte Gewerbesteuer ablösen wird. Es gibt in Steyr - hier im Haus - eine Riesenabteilung Statistik, die ja nicht immer ganz ausgelastet ist, wenn nicht gerade Wahlen ins Haus stehen. Die hätte doch einige Arbeit anhand von Computern machen können, um überschlägig einmal zu ermitteln, was könnte es für Ausfälle geben, was haben wir für Betriebsstrukturen in Steyr, was erwarten wir uns denn von den paar Freiberuflern an Steueraufkommen, die vielleicht maximal fünf Angestellte haben und - um mich vielleicht selbst zu nennen - diese auch nicht sehr gut zahlen? So heißt es zumindest, es gibt ja dann auch zwei Betrachtungsweisen. Daß hier ein gewaltiges Einnahmenloch entstehen wird, war eigentlich von vornherein klar. Was mich wundert ist, daß sich Herr Stadtrat Holub in seiner jetzigen Wortmeldung darüber beschwert hat, daß früher alles mit Mehrheiten beschlossen worden sein soll - sicher war es so -, die nicht unbedingt seiner Vorstellung entsprochen haben. Ich darf darauf hinweisen, daß es nicht unsere Fraktion war, die diesem Budget, wo wir jetzt den Rechnungsabschluß haben, die Mehrheit gegeben hat. Sie hätten damals alle die Möglichkeit gehabt, auch damals ihre Kenntnisse anzuwenden - und ich kann mich noch sehr gut erinnern, daß wir auch auf das hingewiesen haben, daß man als Banker oft anders denken muß, als als Politiker. Man hätte auch damals sagen können: „Das geht sich nie aus, wir können dem nicht zustimmen!“ Jetzt zu beklagen, daß man Mehrheiten nicht erreicht, oder daß man sich sozusagen über den Tisch gezogen fühlt, ist verkehrt. Es ist eine Geschichte, die irgendwie an das anschließt, was wir heute vormittag erlebt haben. Ich muß sagen, ich war wirklich entsetzt, sonst würde ich mich in diesem Punkt nicht wiederholen. Es darf nicht so weit gehen, daß man aus Gründen der Rhetorik persönliche Angriffe reitet, die einfach mit der Sache selbst nichts zu tun haben. Es darf nicht so weit gehen, daß man in einer Untergangsstimmung, in der die Bundespartei sich vielleicht befinden mag, Angriffe reitet gegen eine Bewegung, die immernoch im Aufwärtstrend ist, auch wenn ich ihr nicht angehöre - das kann man ja so nennen -, und daß man dann, um irgendjemandem, der - und sei es nur einer - ein absoluter Undemokrat ist, zu imponieren, solche Angriffe reitet, dafür fehlt mir das Demokratieverständnis wieder von unserer Seite. Noch eines zum Wort Termine. Ich bin auch da schon wieder dabei, mich zu wiederholen, aber es sind halt die Gremien nicht immer gleich. Es ist bedauerlich, daß zu dieser Klausur nicht alle Zeit haben können. Die kurzfristigen Ausschreibungen, die wir in letzter Zeit erlebt haben, sind eine Katastrophe und für jemanden, der auch etwas anderes zu tun hat, nicht zumutbar. Es geht nicht an, daß man sozusagen am Freitag Nachmittag im Spital angerufen wird, am Montag sei wieder eine Ausschußsitzung, weil man mit irgendeinem Ausschuß nicht fertig geworden ist oder weil man vergessen hat, irgendjemanden einzuladen. Es geht nicht an, daß man in einem anderen Ausschuß auch wieder auf drei Tage voraus eine weitere Ausschußsitzung ausschreibt. Das ist etwas, was ich als mangelnde Terminkultur bezeichnet habe und weiterhin bezeichne. So geht es nicht! Es gehört auch zum Erzielen eines gemeinsamen Effektes, daß man sich bemüht, sich gemeinsam zu treffen, um gemeinsam über Themen reden zu können, die unsere Stadt notwendig hat. Es hat manchmal den Anschein - und ich hoffe, daß es nur den Anschein hat und nicht so zu verstehen ist -, als wollte man gewisse Leute geradezu von bestimmten Terminen ausschließen.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr Gemeinderat Oppl bitte.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Die Dienstzeit ist schon bald aus, gelt?*

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Ja, außerdem kommt bald das Wochenende, wo ich grundsätzlich nichts mache, nicht wahr?! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte schon ganz kurz Stellung nehmen zu ihrer Wortmeldung, Herr Eichhübl. Der Termin des Jugendgemeinderates war sicherlich zwei Monate bekannt. Ich stehe dazu, was ich heute vormittag gesagt habe, wir haben auch eine Budgetsitzung, die den ganzen Tag dauert. Ich vergleiche den Jugendgemeinderat als eine so hochwertige Angelegenheit für unsere Jugendlichen, daß ich die Gewärtigkeit gleichsetze der Budgetsitzung. Nehmen sie zur Kenntnis, auch ich habe eine Arbeit. Ich sitze nicht daumendrehend in meinem Büro und warte, bis vielleicht eine Wahl kommt, wie es von ihnen ausgesprochen wurde. Ich weise das aufs Entschiedenste zurück! Und wenn sie glauben, daß die Statistik eine riesengroße Abteilung ist, dann darf ich ihnen sagen, daß wir im Ganzen 6 ½ Arbeitskräfte inclusive meiner Person sind. Ich lade sie ein, es würde hier zu weit führen, aber sie können jederzeit sich erkundigen, welche Aufgaben wir zu erledigen haben. Es sind nicht wenige und wir sitzen sicherlich nicht daumendrehend in der Gegend herum, sondern wir arbeiten für unsere Bürger.

*Zwischenruf Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil:*

*Haben sie heute Urlaub gehabt, oder was war das heute?*

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Herr Dr. Pfeil, nehmen sie zur Kenntnis, daß auch für jeden anderen anwesenden Mandatar, der hier in diesem Raume sitzt und in der Privatwirtschaft tätig ist, die Firma meines Wissens Anspruch auf Kostenersatz hat, solange er hier tätig ist.

*Unverständliche Zwischenrufe*

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nicht? Dann nehme ich das zurück und nehme das zur Kenntnis. Ich kann ihnen nur versichern, daß keine einzige Minute über der Dienstzeit von mir irgendwie als Zeitausgleich gutgeschrieben wird.

*Unverständliche Zwischenrufe*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir melden uns wieder zu Wort, wenn der Bedarf besteht - die Möglichkeit besteht ja, haben wir

zuerst schon festgestellt - und schreien nicht alle durcheinander! So wird das ja nicht besser. Es soll jeder seine Meinung äußern können und die Gegenmeinung auch zur Kenntnis nehmen. Ende der Zwischenrufe und der Dialoge! Wer das Wort wünscht, soll sich bitte melden! Gibt es eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt erlaube ich mir doch an den Herrn Magistratsdirektor die Frage, weil der Herr Oppl gerade gesagt hat, er auch. Meint er damit, er hat auch heute Urlaub, oder nicht? Ist er heute auf Urlaub, oder ist er heute in der Dienstzeit da?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Das haben sie falsch verstanden. Die Frau Kollegin hat gesagt, sie hat sich schon einmal Urlaub genommen. Ich habe gesagt, ich habe mir auch schon Urlaub genommen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das glaube ich schon, daß sie sich auch schon einmal Urlaub genommen haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Schlußwort bitte, Herr Referent!

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Auch andere nehmen sich Urlaub. Bei Lehrern gibt es auch so etwas, das heißt Ferien. Die dauern länger, aber nicht, weil die Lehrer so einen hohen Anspruch haben, sondern weil die Schüler so eine große Pause brauchen. Ich will das jetzt nicht in eine lächerliche Art und Weise hineinziehen. Ich darf zurückkommen auf die Wortmeldung vom Dr. Schwager, die wieder das einmal zeigt, was heute beim Tagesordnungspunkt 4 oder 5 - Telefongebühren - schon vorgebracht worden ist, nämlich wie miserabel die Arbeitsbedingungen für einen Politiker in der Stadt Steyr sind. Ich glaube, es geht nicht darum, daß irgendjemand schikanös Termine ansetzt. Es geht darum, daß wir alle - bzw. die meisten - in einem Beruf sind, wo man sich sehr schwer freimachen kann. Ich glaube, da sollten wir den Hebel ansetzen. Das sollte man verbessern. Vielleicht gibt es dann auch weniger Magistratsbedienstete, weil die politischen Funktionäre hier an Ort und Stelle auch Arbeit machen. Vielleicht ist das auch ein Ansatzpunkt, der hier überlegenswert ist. Zu den Personaleinsparungen, wo Dr. Pfeil gesagt hat, das Sparen sei nicht erkennbar: Bei 4,5 Prozent, bei einem Lohnabschluß von damals knapp unter 3 Prozent - und du bist ja selbst in der Wirtschaft tätig, wenn auch Freiberufler, da wirst du wissen, daß es eine Fülle von Lohn- und Gehaltsnebenkosten gibt - ist eine Rate der Zunahmen bei den Personaleinsparungen von 4,2 Prozent wirklich ein sehr geringer Ansatz. Es ist damals schon die Spargesinnung erkennbar gewesen und vor allem eines, es haben sich die Prozentsätze der letzten Jahre gebrochen. Es ist die Dynamisierung aus diesen Dingen herausgenommen worden. Es entwickeln sich die Lohn- und Gehaltskosten nicht mehr in einer extremen Exponentialkurve nach

oben, sondern sie beginnen sich zu linearisieren, was sicherlich kein Nachteil für die Haushalte ist. 700 Millionen Schilling ist die Verschuldung per Ende 1994, ganz genau 695 Millionen Schilling. Der Karl Holub hat gesagt, wie weit bzw. wie schlecht wir schon in unserer Gestion gekommen sind. In diesen 695 Millionen Schilling stecken über 400 Millionen Schilling Schulden, die wir für den Kanalbau, für den Reinhaltungsverband, für den städtischen Kanal, für die Kläranlage etc. aufgenommen haben und zurückzahlen müssen. Ich will das deswegen auch hereinbringen, weil das letzte blaue F-Blatt vorgeworfen hat, Steyr sei an der Spitze der Verschuldeten. Nominell betrachtet haben sie recht. Sie haben nicht einzelne Städte, nicht einzelne Gemeinden, nicht einzelne Orte verglichen, denn da wären wir unter ferner liefen. Da gibt es Gemeinden, Orte, Städte, die deutlich höher sind. Sie haben die Bezirkszahlen aus der Landeskorespondenz - ich weiß nicht, aber wahrscheinlich - von einem Parteimitarbeiter erhalten. Sie sind nicht anzuzweifeln, nur muß man das bitte auch relativieren. Wels hat alle Schulden aus dem Kanalbau, aus dem Bau der Kläranlage etc. an das E-Werk übergewälzt. Im Budget schaut das sehr gut aus. Wir haben leider kein E-Werk, um das hinüberzuwälzen. Deswegen schauen die Zahlen so aus. Bitte also, man kann nominell diese oder jene Meinung vertreten, man sollte hier aber auch die Relativierung finden. Das wollte ich mit diesem Beispiel erklären. Daß nichts geschieht in der Finanzabteilung, nicht nur wenn ein so dicker Jahresendbericht, ein Rechnungsabschluß vorliegt, sondern auch was die Planung der Zukunft anlangt, stimmt nicht. Es ist in vielen Vorgesprächen die Vorgangsweise für das nächste Budget zwischen Referenten und Beamten vorbesprochen worden. Es wird auch nächsten Freitag zwischen Finanzreferent und Beamten besprochen, Herr Kollege Holub. Die sollten ja auch reden, nicht immer das ganze Gremium, sonst wäre der Finanzreferent ja wirklich obsolet, den bräuchten wir dann nicht. In das Ganze ist eingebunden, daß wir nächste Woche vielleicht auch zu einem anderen Termin unsere Zwischenabrechnung machen, unsere Budgetkontrollklausur. Vielleicht werden es wieder 100 Stunden, ich weiß es nicht. Auch dort ist - ich glaube, die Tagesordnung ist inzwischen ergangen - der Ansatz einer mittelfristigen Budgetplanung bzw. Finanzplanung wieder drinnen. Wir alle und sie - ich leider nicht, weil ich damals auch beruflich verhindert gewesen bin -, haben das Stadtentwicklungskonzept vom Dr. Breitling vorgetragen bekommen. Ich habe es lesen müssen. Ich habe es mir also erlesen müssen, was Grundlage für ein Stadtentwicklungskonzept ist. Wir haben so viele Vorarbeiten geleistet, auf die wir aufbauen müssen, nur eines ist Illusion, nämlich daß wir recht viel früher als am 20. Dezember zu einem Budget kommen werden. Sie alle wissen aus der politischen Arbeit, daß bis zuletzt in dem Kartenspiel gemischt wird und versucht wird, den Zwanziger, den Vierziger oder eine As abzuheben, um hier neue Stecher zu bekommen, um für eigene Interessen, für Dinge, die für die eigene Fraktion, für die eigene Willensbildung besonders wichtig sind, Mittel zu blockieren. Das wird nicht anders werden. Nur eines möchte ich auch hier in den Raum stellen und hoffe auch, daß das gehört wird: Es ist schlimmer, kein Budget zustandezubringen. Nicht für den Finanzreferenten, nicht für die Beamten und Bediensteten im Haus, sondern für die Bürger unserer Stadt. Dafür sollten wir investieren und wir sollten uns an unsere ganzheitliche und gesamtheitliche Verantwortung halten. Kein Budget heißt keine Sonderleistungen, nur mehr der Dienstbetrieb wird aufrechterhalten, ein Mindestbetrieb. Wenn wir das dem Bürger zumuten wollen, dann - glaube ich - sind wir alle falsch am Platz. Wenn wir Budgets oder andere Dinge dazu benutzen, um parteipolitisches Kleingeld zu machen, sind wir auch falsch am Platz. Wir sollten - und die Einladung hat Bürgermeister Leithenmayr ausgesprochen - für die Bürger unsere Termine wahrnehmen und versuchen, gemeinsame Termine zu finden und diese dann auch wahrzunehmen. Und wir sollten vor allem unsere Arbeitsbedingungen verbessern. Ich bitte, den Rechnungsabschluß 1994 in Höhe von S 1.182.787.434,66 der Beschlußfassung unterziehen zu wollen.

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren des Gemeinderates, die Hand zu heben, die gegen diesen Rechnungsabschluß stimmen. Danke sehr, niemand. Wer enthält sich der Stimme? 9 Stimmenthaltungen (F). Wer stimmt für den Antrag? Der Rest. Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Antrag 20 bitte.

STADTRAT DKFM. MAG. HELMUT ZAGLER:

Der letzte Antrag der heutigen Tagesordnung zeigt im Amtsbericht, daß ein Engpaß an rechtskundigen Mitarbeitern im Rathaus der Stadt Steyr eingetreten ist. Kein Aufruf - so hoffe ich - neue Juristen einzustellen, sondern eine Angelegenheit, die uns veranlaßt, eine Neuzusammensetzung der Disziplinaroberkommission mit sofortiger Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1996 zu beschließen. Einer jener, die ersetzt werden müssen, ist der Herr OMR Mag. Augustin Zineder, der vom Dienst suspendiert ist und in seiner eigenen Angelegenheit klarerweise schwer als rechtskundiger Mitarbeiter in dieser Disziplinarkommission tätig sein kann, und der von ihm abgelehnte OMR Mag. Helmut Golda. Für beide sind Herren aus der Stadtverwaltung der Stadt Wels vorgesehen, nämlich der SR Mag. Urban, OMR Dr. Justus Hupfer und der Herr Dr. Günther Chalupsky als Stellvertreter, die von uns ihm Gemeinderat hier bitte nachbestellt oder ersatzbestellt werden müssen. Der Antrag lautet:

20) Präs-11/94 Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinarbehörden.

Der Gemeinderat möge beschließen:

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. März 1994 wird die Disziplinaroberkommission mit sofortiger Wirksamkeit bis zum 31. Dezember 1996 wie folgt geändert:

Herr OMR Mag. Helmut Golda scheidet als Mitglied der Disziplinaroberkommission aus. Die Herren SR Mag. Franz Urban, OMR Dr. Justus Hupfer (Stellvertreter) und SR Dr. Günther Chalupsky (Stellvertreter) werden gleichzeitig für den vorgenannten Zeitraum zu Mitgliedern der Disziplinaroberkommission bestellt.

Wegen der Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 (5) des Statutes für die Stadt Steyr 1992 zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Diskussion und Abstimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es eine Wortmeldung dazu? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Dieser Antrag auf Änderung der Disziplinarbehörden gibt mir erfreulicherweise noch einmal Gelegenheit, auf meine Anfrage vom Beginn dieser Sitzung zurückzukommen. Ich möchte schon ganz klar feststellen, daß ich mehrfach - nicht einmal, mehrfach - den Herrn Magistratsdirektor aufmerksam gemacht habe auf die Unzulänglichkeiten im Bereich der Controllingabteilung. Das kann ich auch notfalls - oder wenn es gewünscht ist - belegen. Ich kann auch belegen, daß hier Seminare bestellt und bezahlt worden sind, auf die dann mangels des Vorhandenseins vom Herrn Mag. Zineder jemand anderer gefahren ist, z. B. Herr Dr. Starzengruber auf ein Rhetorikseminar. Das heißt, es ist nicht richtig, daß man Seminare ausschließlich für den Herrn Mag. Zineder bestellt und dann bezahlt hat. Ich hätte auch lieber gehabt, in der Summe der Antworten auch eine Antwort zu finden auf meine Frage: Was hat denn die ganze Ausbildung in Summe gekostet? Nicht nur der einzelne Kurs beim Controllerinstitut, sondern was hat das in Summe der Stadt gekostet? Und welche Tätigkeiten hat Herr OMR Mag.

Zineder im Bereich Controlling gemacht? Als Controller, nicht in anderwärtigen Tätigkeiten. Da ist man mir jede Antwort schuldig geblieben. Es wird jetzt eine neue Disziplinaroberkommission bestellt. Es kommen Juristen aus dem Magistrat Wels, das kostet der Stadt Steyr wieder etwas. Diese Beamten der Stadt Wels kommen in der Dienstzeit hierher, sie bekommen selbstverständlich zusätzlich zu ihren Diäten ein Sitzungsgeld auf Kosten der Stadt in ihrer Dienstzeit. Meinem Rechtsgefühl nach wäre es logisch, daß man das dem Dienstgeber, der Stadt Wels, refundiert und die Diäten natürlich an die Sitzungsteilnehmer nach Aufwand vergibt. Es ist natürlich juridisch zu klären, wenn das Disziplinarverfahren positiv für die Stadt Steyr ausgegangen ist, daß diese Kosten am Regreßweg selbstverständlich zurückgefordert werden müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Der Referent verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, die Disziplinarkommission in vorgeschlagener Weise umzubersetzen, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Stimmt jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht geübt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Danke vielmals. Die Tagesordnung ist erschöpft. Wir kommen zur Aktuellen Stunde. Wird von der SPÖ-Fraktion das Wort gewünscht zu einem Thema? Das ist nicht der Fall. F-Fraktion?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Wortmeldung, der Herr Gemeinderat Payrleithner.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich möchte kurz eine Wortmeldung in einer Sache bringen, die mir doch sehr am Herzen liegt, obliegt es doch auf der einen Seite der Ortsbildpflege, auf der anderen Seite betrifft es meiner Meinung nach das Image unserer Stadt, handelt es sich doch um ein Objekt, das sich im Besitz der Stadt befindet, nämlich der Schloßparkpavillon. Sie werden sich noch erinnern können, es ist ja nicht allzu lange her, als dieser Vertrag über die Verpachtung erneuert wurde. Ich habe damals mit einigen anderen Fraktionskollegen gegen diese Vergabe gestimmt. Wie sich jetzt herauszustellen scheint, dürfte ich offensichtlich recht behalten haben mit meiner Skepsis, denn die Erwartungen, die man damals in den Nachfolger vom ... - ich weiß nicht, wie er damals geheißen hat - gesetzt hat, sind offensichtlich in keiner Weise eingetreten. ... Ja, der Herr Bagdadi .... erstens, daß die angekündigten Beträge in dieses schöne Objekt im Schloßpark investiert werden, ist nicht eingetreten. Ich habe mich selbst davon überzeugt, es ist in einem eher erbärmlichen Zustand und meiner Meinung nach nicht gerade ein Aushängeschild für die Stadt. Zweitens ist wieder etwas eingetreten - und wenn das so stimmt, werde ich auch den Herrn Dr. Gottlieb-Zimmermann und seine Beamten damit beauftragen -, und zwar war damals eine Weiterverpachtung - eine Subverpachtung - ein Grund im Vertrag, jederzeit aus diesem aussteigen zu können. Wie sich jetzt offensichtlich herausstellt, ist das eingetreten. Ich glaube, wir sollten das jetzt

wirklich zum Anlaß nehmen. Damals ist es ja nicht gegangen, weil diese Frist übersehen wurde, diesmal sollte wir es wirklich zum Anlaß nehmen, diesen Vertrag mit dem jetzigen Pächter zu kündigen, zumal die Kaufabsicht eines - meiner Meinung nach - renommierten Gastronomen aus Steyr vorliegt, der insofern Referenzen aufweisen kann, als daß er bereits große Beträge erfolgreich in sein Lokal investiert hat und das auch herzeigen kann. Er wäre interessiert, dieses Lokal zu übernehmen. Ich glaube, du bist ja inzwischen informiert über diese Kaufabsicht, und wir sollten uns - glaube ich - mit dieser Angelegenheit näher befassen. Dieser Mann betreibt sein Lokal in Steyr mittlerweile vier Jahre lang - ich sage den Namen absichtlich nicht -, meiner persönlichen Meinung nach nicht nur erfolgreich, sondern auch herzeigbar. Wenn sich herausstellen sollte, daß diese von mir geäußerten Vermutungen stimmen, sollten wir raschest diesen Vertrag lösen und dort endlich ordentliche, für die Stadt herzeigbare Verhältnisse schaffen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich werde vielleicht ganz kurz aus meiner Sicht Stellung nehmen. Ich muß es allerdings von meinem Informationsstand aus tun. Der jetzige Pächter war bei mir vor etwa 14 Tagen oder 3 Wochen vorstellig und hat mir mitgeteilt, daß das Geschäft nicht gut geht. Er war da und hat erklärt, daß er daran denkt, das aufzugeben. Ich habe ihm gesagt, daß er uns das schriftlich mitteilen soll und daß wahrscheinlich eine neuerliche Ausschreibung ins Auge zu fassen sein wird. Ich habe ihm empfohlen, das gleich beim Dr. Schmoll, der für Privatrechtsangelegenheiten zuständig ist, zu deponieren. Das ist mein Wissensstand. Daß hier eine Weiterverpachtung vom Herrn Walicord vorgenommen wurde oder wird, ist mir nicht bekannt. Es ist wirklich nicht zulässig, eine Unterverpachtung könnte nur mit Zustimmung der Stadt geschehen. Mir ist so etwas nicht bekannt. Ich bin auch nicht informiert, daß es einen Käufer gibt, bei mir hat sich auch niemand gemeldet. Es würde halt gut sein, wenn das einmal amtskundig gemacht würde, wenn es Käufer gibt. Wir werden uns zu überlegen haben, ob wir dieses wunderbar gelegene Haus wirklich verkaufen wollen oder nur verpachten. Ich bin mit dem Verkaufen sehr vorsichtig. Ich muß ehrlich sagen, ich habe große Bedenken, daß in dieser Lage zum Beispiel vielleicht auch jemand gerne wohnen möchte. Das kann doch nicht die Absicht der Stadt sein. Auch Lokale kann man so führen, daß sie dann nachher plötzlich nicht funktionieren. Alle diese Dinge sind schon passiert. Ich warne also hier vor übereilten Schritten. Zunächst würde ich schon bitten, daß man den Bürgermeister informiert, wenn Kaufabsichten bestehen, wenn wirklich ein Unterpachtverhältnis besteht, denn das hätte ich auch gerne gewußt. Die Beamtschaft ist auch beauftragt, so etwas mitzuteilen, das möchte ich schon bitten! Mehr kann ich dazu aus gegenwärtiger Sicht nicht sagen.

*Zwischenruf Stadtrat Leopold Tatzreiter:*

*Nur einen Satz: Interesse hat der Pächter der Schloßtaverne. Er führt sie hervorragend und er hat Interesse am Pavillon. Das heißt, uns könnte es nur gut tun, noch dazu, wenn er es dazunehmen möchte.*

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als Pächter?

*Stadtrat Leopold Tatzreiter:*

*Nein, er wäre ein Käufer.*

**BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:**

Wünscht die ÖVP-Fraktion dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Die Grünen? Auch nicht. Gibt es ein Thema für die ÖVP, das in der Aktuellen Stunde angesprochen werden soll. Das ist nicht der Fall. Wollen die Grünen etwas sagen? Auch nicht. Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Es ist ein langer Sitzungstag gewesen. Ich bedanke mich für die Mitwirkung und schließe die Sitzung. Ich gebe noch bekannt, daß wir heute S 9.802.300,-- mit Beschlüssen verfügt haben.

**ENDE DER SITZUNG: 18.51 UHR**